

FINANZMINISTERIUM DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN

FINANZBERICHT 2008

STAND: Juli 2007

1. Zum Haushaltsplanentwurf 2008

1.1 Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2008

Der Haushaltsplanentwurf des Landes für 2008 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit je 50.820 Mio EUR ab. Im Vergleich zu 2007 (Haushaltsplan einschließlich Nachtragsentwurf) ist ein Anstieg des Haushaltsvolumens um 737,3 Mio EUR oder 1,5 v. H. vorgesehen.

Einnahmen

Auf der Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2007 wurde für das Jahr 2008 ein Steueransatz i. H. v. 41.140 Mio EUR eingeplant. Gegenüber dem Ansatz des Vorjahres bedeutet dies eine Steigerung von 1.190 Mio EUR bzw. 3,0 v. H. Die Steuerfinanzierungsquote wird damit 81,1 v. H. betragen. Weitere 7.508,7 Mio EUR oder 14,8 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben werden aus steuerähnlichen Abgaben, Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Einnahmen aus Zuweisungen (hauptsächlich vom Bund) und Zuschüssen sowie sonstigen Einnahmen gedeckt.

Die für 2008 vorgesehene Netto-Neuverschuldung **am Kreditmarkt** beläuft sich auf 2.171,3 Mio EUR und liegt damit um rd. 352 Mio EUR unter dem für 2007 geplanten Soll. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2007 um 0,7 Prozentpunkte auf 4,3 v. H.

Die Netto-Neuverschuldung **insgesamt** (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt zzgl. der Schuldenaufnahme/-tilgungen bei Gebietskörperschaften und Sondervermögen) soll 2008 1.992,9 Mio EUR betragen. Dies sind knapp 1,5 Mrd. EUR weniger als die Summe der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Investitionsausgaben (Hauptgruppen 7 und 8) abzüglich der Einnahmen für Investitionen (Obergruppen 33 und 34). Die in Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen festgelegte Verschuldungsgrenze wird damit deutlich unterschritten.

Ausgaben

Der weitaus größte Teil des Haushaltsvolumens entfällt auf Ausgabenblöcke, die nicht oder zumindest kurz- bis mittelfristig kaum beeinflussbar sind. So werden 19,3 Mrd. EUR, dies entspricht 38,1 v. H. der bereinigten Gesamt-

ausgaben, durch Personalausgaben aufgezehrt. Den Kommunen des Landes werden rd. 13,7 Mrd. EUR (= rd. 26,9 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben) zufließen. Auf Zinszahlungen (Kreditmarkt) werden 2008 4.840 Mio EUR entfallen; dies entspricht einer Zinslastquote von 9,5 v. H. Allein durch diese Positionen sind bereits 74,5 v. H. der bereinigten Gesamtausgaben gebunden.

Ein großer Teil der verbleibenden Mittel, nämlich rd. 4,7 Mrd. EUR, soll für Investitionen aufgewendet werden. Die Investitionsquote wird im Jahr 2008 9,2 v. H. betragen und damit um 0,2 v. H. über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Weitere Eckdaten können der Tabelle im finanzstatistischen Teil des Finanzberichts (s. Ziff. 7.23) entnommen werden.

1.2 Organisatorische Änderungen

- a) Durch das Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen wurde bereits zum 01.01.2007 eine Vielzahl von Sonderbehörden der Einzelpläne 05, 08, 10 und 11 aufgelöst. Hierbei handelt es sich z. B. um die Bergämter, die Ämter für Arbeitsschutz, Umweltämter und Ämter für Agrarordnung. Die Umsetzung der Stellen, Einnahmen und Ausgaben der betroffenen Kapitel 05 077, 08 110, 10 110, 10 111, 10 120, 10 130, 10 131, 10 140 sowie 11 110 erfolgte insgesamt haushaltsneutral in den Einzelplan 03 bzw. innerhalb der Einzelpläne 05 und 10.
- b) Durch das Hochschulfreiheitsgesetz haben die Universitäten (einschließlich der Fachbereiche Medizin) und Fachhochschulen zum 01.01.2007 ihre Eigenschaft als staatliche Einrichtung verloren und wurden Körperschaften des öffentlichen Rechts mit eigener Dienstherren- bzw. Arbeitgebereigenschaft. Das Stellensoll hat sich daher bereits in 2007 um 37.162 Planstellen und Stellen verringert. Nominal erscheinen diese Stellen jedoch noch in den Erläuterungen zu den Zuschusstiteln der Hochschulen.

Die sich hieraus ergebenden haushaltsmäßigen Folgen wurden in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2007 vom 06.11.2006 (LT-Drs.: 14/2850) im Einzelnen dargestellt.

1.3 Tabellen zum Haushalt ¹⁾

1.3.1 Einnahmen und Ausgaben nach Hauptgruppen

Einnahmen

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	41.446,4	40.269,0	+ 1.177,4	+ 2,9
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2.691,5	2.613,5	+ 78,0	+ 3,0
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.291,9	3.372,6	- 80,7	- 2,4
3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.390,2	3.827,7	- 437,5	- 11,4
Insgesamt	50.820,0	50.082,8	+ 737,3	+ 1,5

Ausgaben

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
4 Personalausgaben	19.319,4	19.672,3	- 352,9	- 1,8
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für Schuldendienst	7.460,3	7.192,8	+ 267,5	+ 3,7
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	19.214,5	18.663,5	+ 551,0	+ 3,0
7 Baumaßnahmen	221,5	215,2 ²⁾	+ 6,3	+ 2,9
8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.445,8	4.306,2 ²⁾	+ 139,6	+ 3,2
9 Besondere Finanzierungsvorgänge	158,5	32,7	+ 125,8	+ 384,7
Insgesamt	50.820,0	50.082,8	+ 737,3	+ 1,5

¹⁾ Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

²⁾ Die Zahlen 2007 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln gem. § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007 aus dem Epl. 20 (Titel 20 020/799 75) in den Epl. 06 (Bereich Universitätsklinik - dort HGr. 8) i. H. v. 16,5 Mio EUR aufgrund der Kabinettsentscheidung über die Bau- und Mietliste 2007 vom 17.04.2007.

1.3.2 Einnahmen

(1) Gesamtüberblick

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Steuern	41.140,0	39.950,0	+ 1.190,0	+ 3,0
Steuerähnliche Abgaben	306,4	319,0	- 12,6	- 3,9
Verwaltungseinnahmen, Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse und dgl.	2.691,5	2.613,5	+ 78,0	+ 3,0
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.291,9	3.372,6	- 80,7	- 2,4
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	1.213,3	1.299,4	- 86,1	- 6,6
Schuldenaufnahmen	2.171,3	2.523,0	- 351,7	- 13,9
Sonstige Einnahmen	5,7	5,4	+ 0,3	+ 5,6
Insgesamt	50.820,0	50.082,8	+ 737,3	+ 1,5

- A 4 -

(2) Steuereinnahmen

Anteil des Landes an	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	19.965,0	19.235,0	+ 730,0	+ 3,8
Steuern vom Umsatz	14.310,0	13.735,0	+ 575,0	+ 4,2
Gewerbesteuerumlage	385,0	495,0	- 110,0	- 22,2
Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage	770,0	805,0	- 35,0	- 4,3
Zinsabschlag	990,0	965,0	+ 25,0	+ 2,6
Vermögensteuer	-	-	-	-
Erbschaftsteuer	934,0	884,0	+ 50,0	+ 5,7
Grundwerbsteuer	1.285,0	1.310,0	- 25,0	- 1,9
Kraftfahrzeugsteuer	1.855,0	1.875,0	- 20,0	- 1,1
Rennt- und Lotteriesteuer	371,0	371,0	± 0,0	± 0,0
Feuerschutzsteuer	70,0	70,0	± 0,0	± 0,0
Biersteuer	205,0	205,0	± 0,0	± 0,0
Insgesamt	41.140,0	39.950,0	+ 1.190,0	+ 3,0

(3) Nichtsteuerliche Einnahmen

(ohne Schuldenaufnahmen)

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Gebühren, sonstige Entgelte, Strafen	1.168,4	1.188,6	- 20,2	- 1,7
Sonstige Verwaltungseinnahmen (Gruppe 119)	237,0	236,4	+ 0,6	+ 0,3
Betriebseinnahmen, Mieten und Pachten	65,8	64,9	+ 0,9	+ 1,4
Darlehensrückflüsse	468,6	464,4	+ 4,2	+ 0,9
Zinseinnahmen	227,7	239,2	- 11,5	- 4,8
Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	357,3	373,9	- 16,6	- 4,4
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	106,0	14,2	+ 91,8	x
Entschädigung für die Erhebung der Kirchensteuer	71,0	66,5	+ 4,5	+ 6,8
Sonstige Zuschüsse der EU	329,3	383,1	- 53,8	- 14,0
Zuweisungen, Erstattungen, Schuldendiensthilfen und Vermögensübertragungen des Bundes	3.591,0	3.784,2	- 193,2	- 5,1
Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden und Gemeindeverbände	211,4	227,5	- 16,1	- 7,1
Schuldendiensthilfen und Erstattungen v. Verwaltungsausgaben aus dem Ausland	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Sonstige Erstattungen aus dem Inland	55,4	52,8	+ 2,6	+ 4,9
Steuerähnliche Abgaben	306,4	319,0	- 12,6	- 3,9
Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	213,2	125,5	+ 87,7	+ 69,9
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	-	-	-	-
Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,1	0,2	- 0,1	- 50,0
Globale Mehr- und Mindereinnahmen	0,9	0,5	+ 0,4	+ 80,0
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,7	4,7	± 0,0	± 0,0
Sonstige Einnahmen	94,4	64,1	+ 30,3	+ 47,3
Insgesamt	7.508,7	7.609,8	- 101,0	- 1,3

(4) Schuldenaufnahmen

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Schuldenaufnahmen				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-	-	-	-
- am Kreditmarkt (netto)	2.171,3	2.523,0	- 351,7	- 13,9
Zwischensumme	2.171,3	2.523,0	- 351,7	- 13,9
davon ab:				
- veranschlagte Tilgungsausgaben bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	178,4	178,5	- 0,1	- 0,1
Netto-Neuverschuldung	1.992,9	2.344,5	- 351,6	- 15,0

1.3.3 Ausgaben

(1) Gesamtüberblick

Ausgabeart	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Personalausgaben	19.319,4	19.672,3	- 352,9	- 1,8
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.441,3	2.334,1	+ 107,2	+ 4,6
Schuldendienst	5.019,0	4.858,7	+ 160,3	+ 3,3
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	19.214,5	18.663,5	+ 551,0	+ 3,0
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.667,3	4.521,5	+ 145,8	+ 3,2
Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen	158,5	32,7	+ 125,8	+ 384,7
Insgesamt	50.820,0	50.082,8	+ 737,3	+ 1,5

(2) Personalausgaben

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	47,5	48,5	- 1,0	- 2,1
Bezüge des Ministerpräsidenten, der Minister, der Beamten und Richter	10.368,7	10.197,7	+ 171,0	+ 1,7
Vergütungen und Löhne der Arbeitnehmer/-innen, Ausbildungsvergütungen und sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben	2.478,6	2.483,0	- 4,4	- 0,2
Beschäftigungsentgelte und personalbezogene Sachausgaben	160,9	171,7	- 10,8	- 6,3
Versorgungsbezüge	4.581,6	4.520,8	+ 60,8	+ 1,3
Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	1.493,1	1.448,9	+ 44,2	+ 3,1
Globale Mehr- und Minderausgaben bei den Personalausgaben	102,0	34,2	+ 67,8	+ 198,2
Zuführung an die Versorgungsrücklage für die Versorgungsaufwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen	87,1	767,5	- 680,4	- 88,7
Insgesamt	19.319,4	19.672,3	- 352,9	- 1,8

(3) Sächliche Verwaltungsausgaben

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und dgl.	235,0	244,7	- 9,7	- 4,0
Verbrauchsmittel und Haltung von Fahrzeugen und dgl.	112,5	111,2	+ 1,3	+ 1,2
Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	194,7	189,1	+ 5,6	+ 3,0
Mieten und Pachten	663,9	644,8	+ 19,1	+ 3,0
Unterhaltung der Grundstücke und der baulichen Anlagen (Gruppen 519 + 521)	38,9	37,8	+ 1,1	+ 2,9
Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	4,7	4,5	+ 0,2	+ 4,4
Aus- und Fortbildung	27,1	28,0	- 0,9	- 3,2
Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	118,2	114,3	+ 3,9	+ 3,4
Dienstreisen	37,2	37,3	- 0,1	- 0,3
Verfüugungsmittel	1,1	1,1	± 0,0	± 0,0
Auslagen in Rechtssachen (Gruppe 532 im Epl. 04)	491,7	453,6	+ 38,1	+ 8,4
Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	19,5	19,6	- 0,1	- 0,5
Ausgaben der Polizei für öffentliche Sicherheit und Ordnung	42,7	42,5	+ 0,2	+ 0,5
Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	30,0	28,6	+ 1,4	+ 4,9
Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	41,3	43,0	- 1,7	- 4,0
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (Gruppe 547)	170,6	172,4	- 1,8	- 1,0
Sonstige Verwaltungsausgaben (soweit nicht Gruppen 531 - 545)	239,3	197,8	+ 41,5	+ 21,0
Globale Minderausgaben	- 63,8	- 87,5	+ 23,7	- 27,1
Sonstiges	36,6	51,3	- 14,7	- 28,7
Insgesamt	2.441,3	2.334,1	+ 107,1	+ 4,6

(4) Schuldendienst

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Schuldendienst für Kredite				
- bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.				
- Zinsen	0,6	0,7	- 0,1	- 14,3
- Tilgungen	178,4	178,5	- 0,1	- 0,1
- am Kreditmarkt				
- Zinsen	4.840,0	4.679,5	+ 160,5	+ 3,4
- Tilgungen	-	-	-	-
Insgesamt	5.019,0	4.858,7	+ 160,3	+ 3,3

(5) Ausgaben für Sachinvestitionen

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Baumaßnahmen	221,5	215,2 ²⁾	+ 6,3	+ 2,9
Erwerb von unbeweglichen Sachen	53,9	31,2	+ 22,7	+ 72,8
Erwerb von Fahrzeugen	36,1	31,1	+ 5,0	+ 16,1
Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	251,4	198,9	+ 52,5	+ 26,4
Insgesamt	562,9	476,4	+ 86,5	+ 18,2

²⁾ Die Zahlen 2007 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln gem. § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007 aus dem Epl. 20 (Titel 20 020/799 75) in den Epl. 06 (Bereich Universitätsklinik) - dort HGr. 8) i. H. v. 16,5 Mio EUR aufgrund der Kabinettsentscheidung über die Bau- und Mietliste 2007 vom 17.04.2007.

(5.1) Baumaßnahmen *)

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
LANDTAG	-	-	-	-
MINISTERPRÄSIDENT	8,0	4,1	+ 3,9	+ 95,1
dar.: Grundsanierung und Erweiterungsbau K 20	8,0	1,6	+ 6,4	x
INNENMINISTERIUM	10,4	14,1	- 3,7	- 26,2
dar.: Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	5,0	5,0	± 0,0	± 0,0
Neubau einer Verbrennungsanlage mit Rauchgasreinigung	5,2	6,9	- 1,7	- 24,6
Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen	0,3	2,3	- 2,0	- 87,0
JUSTIZMINISTERIUM	15,4	14,4	+ 1,0	+ 6,9
dar.: Baulich technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften	6,2	6,2	± 0,0	± 0,0
Justizvollzugseinrichtungen	7,7	8,2	- 0,5	- 6,1
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE	1,8	1,2	+ 0,6	+ 50,0
dar.: Zoologisches Forschungsinstitut und Museum A. König, Bonn	1,8	1,2	+ 0,6	+ 50,0

*) Seit dem Haushaltsjahr 2001 werden Baumaßnahmen mit Ausnahme der Sonderliegenschaften, der Universitätsklinika und der Planungskosten bei den Hochschulen vom Sondervermögen "Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen - BLB NRW -" finanziert (siehe Kapitel 12.700 und Beilage 2 zu Einzelplan 12).

(5.1) Baumaßnahmen (Fortsetzung) *)

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES dar.: Maßregelvollzug	15,8 15,8	30,8 30,8	- 15,0 - 15,0	- 48,7 - 48,7
FINANZMINISTERIUM dar.: Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung	0,8 -	6,5 5,6	- 5,7 - 5,6	- 87,7 - 100,0
LANDESRECHNUNGSHOF	-	-	-	-
MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR dar.: Straßen- und Brückenbau Bauangelegenheiten des Einzelplans und baupolitische Ziele Ministerium	139,1 133,7 5,4 -	139,7 133,7 5,2 0,8	- 0,6 ± 0,0 + 0,2 - 0,8	- 0,4 ± 0,0 + 3,8 - 100,0
MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION	-	-	-	-
ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG dar.: Anfinanzierung von neuen Baumaßnahmen	30,1 30,0	4,3 4,3	+ 25,8 + 25,7	x x
Baumaßnahmen insgesamt	221,5	215,2²⁾	+ 6,3	+ 2,9

*) Seit dem Haushaltsjahr 2001 werden Baumaßnahmen mit Ausnahme der Sonderliegenschaften, der Universitätsklinik und der Planungskosten bei den Hochschulen vom Sondervermögen "Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen - BLB NRW -" finanziert (siehe Kapitel 12 700 und Beilage 2 zu Einzelplan 12).

2) Die Zahlen 2007 beinhalten die Umsetzung von Haushaltsmitteln gem. § 11 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007 aus dem Epl. 20 (Titel 20 020/799 75) in den Epl. 06 (Bereich Universitätsklinik) - dort HGr. 8) i. H. v. 16,5 Mio EUR aufgrund der Kabinettsentscheidung über die Bau- und Mietliste 2007 vom 17.04.2007.

(5.2) Erwerb von unbeweglichen Sachen

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung d. Agrarstruktur u. d. Küstenschutzes	6,0	-	+ 6,0	x
Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau	-	4,7	- 4,7	- 100,0
Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit	39,5	17,5	+ 22,0	+ 125,7
Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßenbau NRW)	8,4	-	+ 8,4	x
Übrige Verwaltungsbereiche	-	9,0	- 9,0	- 100,0
Insgesamt	53,9	31,2	+ 22,7	+ 72,8

(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Landtag	0,9	0,9	± 0,0	± 0,0
Ministerpräsident	3,0	3,1	- 0,1	- 3,2
Innenministerium (Ministerium)	1,5	1,5	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	5,9	6,3	- 0,4	- 6,3
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen	117,5	77,5	+ 40,0	+ 51,6
5 Bezirksregierungen	5,6	5,6	± 0,0	± 0,0

(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen (Fortsetzung)

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen	0,3	0,3	± 0,0	± 0,0
Feuerschutz und Hilfeleistung	12,0	9,3	+ 2,7	+ 29,0
Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, Münster	1,5	3,9	- 2,4	- 61,5
Justizministerium (Ministerium)	0,2	0,1	+ 0,1	+ 100,0
Allgemeine Bewilligungen	32,7	33,2	- 0,5	- 1,5
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften	5,3	5,3	± 0,0	± 0,0
Weitere Gerichte	0,3	0,3	± 0,0	± 0,0
Justizvollzugseinrichtungen	13,4	7,6	+ 5,8	+ 76,3
Aus- und Fortbildung der Justizverwaltung	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Schule und Weiterbildung (Ministerium)	0,8	0,7	+ 0,1	+ 14,3
Allgemeine Bewilligungen	0,7	0,7	± 0,0	± 0,0
Prüfungsämter	0,3	0,5	- 0,2	- 40,0
Aus- und Fortbildung der Lehrer	0,3	0,3	± 0,0	± 0,0
Staatliche Schulen	0,2	0,2	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Ministerium)	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	0,4	0,1	+ 0,3	x
Zoologisches Forschungsmuseum König usw.	0,5	0,8	- 0,3	- 37,5
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Ministerium)	0,8	0,8	± 0,0	± 0,0
Bergbau und Energie	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,				
Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Ministerium)	0,4	0,6	- 0,2	- 33,3
Immissionsschutz und Gentechnik	1,2	1,0	+ 0,2	+ 20,0
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz	1,8	1,8	± 0,0	± 0,0

(5.3) Erwerb von beweglichen Sachen (Fortsetzung)

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Staatliche Veterinäruntersuchungsämter, Chemisches Landesuntersuchungsamt	2,5	2,5	± 0,0	± 0,0
Nordrhein-Westfälisches Landgestüt	0,3	0,3	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Ministerium)	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	1,0	1,0	± 0,0	± 0,0
Landesanstalt für Arbeitsschutz, Landessammelstelle	0,6	0,6	± 0,0	± 0,0
Maßregelvollzug	0,1	1,6	- 1,5	- 93,8
Landesversicherungsamt Nordrhein-Westfalen	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	0,6	0,5	+ 0,1	+ 20,0
Versorgungsämter Nordrhein-Westfalen	3,3	2,3	+ 1,0	+ 43,5
Finanzministerium (Ministerium)	0,5	0,5	± 0,0	± 0,0
Allgemeine Bewilligungen	10,2	6,5	+ 3,7	+ 56,9
Oberfinanzdirektionen und Finanzämter	2,1	2,1	± 0,0	± 0,0
Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Landesfinanzverwaltung	0,6	0,6	+ 0,0	+ 0,0
Rechenzentrum der Finanzverwaltung	34,8	31,7	+ 3,1	+ 9,8
Landesamt für Besoldung und Versorgung	16,0	7,5	+ 8,5	+ 113,3
Landesamt für Personaleinsatzmanagement	1,0	1,0	± 0,0	± 0,0
Landesrechnungshof (Epl. 13)	0,4	0,4	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Bauen und Verkehr (Ministerium)	0,4	2,9	- 2,5	- 86,2
Staatliche Bauverwaltung	0,2	0,2	± 0,0	± 0,0
Institut für Landes- und Stadtforschung und Bauwesen	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Schloss Augustusburg und Falkenlust in Brühl	0,1	0,1	± 0,0	± 0,0
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration	0,8	0,8	± 0,0	± 0,0
Automationsunterstützung für Haushaltsplanaufstellung und Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	2,0	2,1	- 0,1	- 4,8
Sonstige Bereiche	1,0	0,8	+ 0,2	+ 25,0
Insgesamt	287,5	229,9	+ 57,6	+ 25,1
darunter für den Erwerb von Fahrzeugen	36,1	31,1	+ 5,0	+ 16,1

(6) Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen (Investitionshaushalt)

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse außer für Investitionen	+ 19.214,5	+ 18.663,5	+ 551,0	+ 3,0
Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen	+ 4.104,4	+ 4.045,1	+ 59,3	+ 1,5
Insgesamt	+ 23.318,9	+ 22.708,6	+ 610,3	+ 2,7

(7) Besondere Finanzierungsausgaben und haushaltstechnische Verrechnungen

	2008 Mio EUR	2007 Mio EUR	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
			Mio EUR	v. H.
Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	92,8	56,8	+ 36,0	+ 63,4
Globale Mehrausgaben	73,0	34,5	+ 38,5	+ 111,6
Globale Minderausgaben	-	-	+ 51,3	x
Haushaltstechnische Verrechnungen	4,7	4,7	± 0,0	± 0,0
Insgesamt	158,5	32,7	+ 125,8	+ 384,7

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen

	2008 Mio EUR	hiervon Investitionen	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen
LANDTAG	16,1	-	15,6	-
darunter:				
Zuschüsse an die Fraktionen und staatliche Zuschüsse an die Parteien	13,4	-	13,7	-
MINISTERPRÄSIDENT	190,0	9,9	182,6	8,9
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	13,0	-	18,2	-
Europa- und internationale Angelegenheiten	1,2	0,2	0,9	0,2
Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	29,6	0,7	32,6	2,2
Kulturförderung	133,0	9,1	117,7	6,6
Medien und Telekommunikation	13,2	-	13,2	-
INNENMINISTERIUM	368,3	45,2	386,4	43,3
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	13,9	-	12,8	-
Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	69,7	-	92,8	-
Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	15,1	-	5,9	-
5 Bezirksregierungen	9,2	-	10,2	-
Förderung des Sports	42,4	7,6	43,1	7,3
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -	62,7	-	58,1	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen - Landesbetrieb -	-	-	-	-
Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -	23,2	-	23,1	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln - Landesbetrieb -	-	-	-	-
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster - Landesbetrieb -	-	-	-	-
Feuerschutz und Hilfeleistung	47,9	37,6	46,4	35,9
Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	80,0	-	90,0	-
JUSTIZMINISTERIUM	57,5	-	58,2	1,4
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	0,7	-	0,5	-
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	13,5	-	12,9	1,4
Justizvollzugseinrichtungen	41,2	-	43,4	-

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)

	2008 Mio EUR	hiervon Investitionen	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG	1.507,7	3,0	1.618,6	163,4
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	2,3	-	2,1	-
Allgemeine überregionale Finanzierungen	175,4	2,5	180,5	3,0
Landesförderungen der Weiterbildung	74,1	-	74,2	-
Schulen gemeinsam	144,6	-	282,8	160,0
Öffentliche Gymnasien	20,7	0,5	20,4	0,4
Ersatzschulen	1.084,2	-	1.052,4	-
MINISTERIUM FÜR INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE	4.732,4	682,0	4.684,5	671,9
darunter:				
Allgemeine Studierendenförderung	374,8	160,2	374,6	161,9
Allgemeine überregionale Finanzierungen	353,1	47,4	337,7	39,4
Forschungsförderung	21,5	0,7	22,3	0,9
Hochschulen allgemein	166,5	58,3	125,3	48,3
Fachbereiche Medizin und Universitätsklinikum allgemein	17,5	14,4	34,6	34,5
Fachbereiche Medizin und Universitätsklinikum im Einzelnen	889,6	305,0	898,2	288,8
Hochschulen (ab 2006 Globalhaushalte, Kapitel 06 111 - 06 860)	2.846,3	69,8	2.826,4	73,5
MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, MITTELSTAND UND ENERGIE	1.024,1	354,5	940,7	244,3
darunter:				
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes	79,8	56,7	86,1	55,2
Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme	377,3	291,8	263,0	182,8
Bergbau und Energie	546,5	6,0	571,4	6,3
Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen	5,0	-	4,6	-

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)

	2008 Mio EUR	hiervon Investitionen	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen
MINISTERIUM FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	550,6	137,9	530,4	139,2
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	37,4	5,5	58,9	15,4
Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	57,5	5,5	36,1	4,6
Verbraucherangelegenheiten	10,9	-	10,8	-
Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz	139,5	69,2	140,2	69,9
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	60,5	35,2	66,5	41,2
Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft	99,2	20,3	71,2	5,9
Landeswirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und Direktor der Landwirtschafts- kammer als Landesbeauftragter	93,1	-	95,6	-
Landesforstverwaltung	46,9	1,7	48,3	1,7
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES	2.711,5	520,1	2.847,0	552,7
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	1.385,8	0,2	1.420,3	0,2
Landesförderung der Arbeitspolitik sowie der Aus- und Weiterbildung	65,6	7,1	64,2	9,2
Gemeinschaftliche mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung	116,0	-	301,3	-
Sozialpolitische Maßnahmen - Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen	96,8	19,4	97,8	19,4
Krankenhausförderung	476,0	470,0	512,0	510,0
Maßnahmen für das Gesundheitswesen	28,3	3,3	25,0	0,3
Maßregelvollzug	201,6	17,2	196,5	10,7
Gesetzliche Leistungen der Versorgungsverwaltung	204,8	-	209,7	-
FINANZMINISTERIUM	13,0	3,7	13,8	3,9
darunter:				
Allgemeine Bewilligungen	3,0	-	3,0	-
Rechenzentrum der Finanzverwaltung	3,7	3,7	3,9	3,9
Lastenausgleichsverwaltung	5,7	-	6,3	-
Versorgung der Beamten usw.	0,5	-	0,6	-

(8) Wichtige Förderzwecke nach Einzelplänen (Fortsetzung)

	2008 Mio EUR	hiervon Investitionen	2007 Mio EUR	hiervon Investitionen
MINISTERIUM FÜR BAUEN UND VERKEHR	2.525,7	1.187,8	2.542,0	1.137,3
darunter:				
Förderung des Wohnungsbaus	427,0	97,1	477,0	97,1
Förderung der Eisenbahn und des öffentlichen Nahverkehrs	1.391,2	696,1	1.386,6	683,2
Angelegenheiten der Luftfahrt	7,4	6,0	8,1	5,9
Angelegenheiten der Schifffahrt	10,0	10,0	6,0	6,0
Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau	147,4	146,2	475,2	164,4
Straßen- und Brückenbau	320,2	18,2	-	-
Denkmalpflege	16,9	14,2	17,1	14,1
Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit	203,4	199,7	169,9	166,2
MINISTERIUM FÜR GENERATIONEN, FAMILIE, FRAUEN UND INTEGRATION	1.322,8	11,7	1.244,8	11,7
darunter:				
Kinder- und Jugendhilfe	1.081,0	11,3	1.001,1	11,3
Familien- und Altenhilfe	199,2	0,3	197,1	0,3
Landesmaßnahmen für Zugewanderte	19,0	-	23,3	-
ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG	8.299,4	1.148,7	7.643,8	1.067,2
darunter:				
Anteil der Rennvereine an der Totalisatorsteuer	3,8	-	3,8	-
Länderfinanzausgleich	150,0	-	150,0	-
Verwendung der Spielbankabgabe	19,6	-	21,1	-
Steuerverbund und sonstige Leistungen	7.942,8	974,7	7.280,5	888,2
Kapitalvermögen	174,2	174,0	179,2	179,0

1.3.4 Übersicht über die Zahl der Stellen für Landesbedienstete¹⁾

(1) Planstellen, Stellen für beamtete Hilfskräfte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Stellensoll	
	2007	2008
Planmäßige Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter (einschließlich Lehrerinnen/Lehrer)	238.147	238.289
Beamtete Hilfskräfte	6.180	6.645
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	44.857	43.895
Insgesamt	289.184	288.829

Die Zu- und Abgänge betragen 2008 gegenüber 2007

	Zugang (+) Abgang (-)
bei den	
planmäßigen Beamtinnen/Beamten	+ 142
beamteten Hilfskräften	+ 465
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	- 962
Insgesamt	- 355

¹⁾ Das Stellensoll umfasst auch die Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Landesbetriebe und Sondervermögen.

Von den Zu- und Abgängen im HHPE 2008 (teils Verlagerungen) entfallen auf		+/-
Innenministerium		
Ministerium	-	16
Allgemeine Bewilligungen	+	64
Polizei	+	19
5 Bezirksregierungen	-	197
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW - Landesbetrieb -	-	23
Justizministerium		
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	-	224
Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit	-	37
Justizvollzugseinrichtungen	+	253
Ministerium für Schule und Weiterbildung		
Schulen gemeinsam	+	299
Öffentliche Grundschulen	-	410
Öffentliche Hauptschulen	-	201
Öffentliche Realschulen	-	136
Öffentliche Gymnasien	+	793
Öffentliche Weiterbildungskollegs	-	51
Öffentliche Gesamtschulen	-	126
Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke	+	77
Öffentliche Berufskollegs	+	40
Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie		
Wissenschaftszentrum NRW	-	10
Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		
Landesforstverwaltung	-	19
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz	-	19
Staatliche Veterinäruntersuchungsämter, Vet.-MTA-Lehranstalt, Chemisches Landes- und Staatliches Veterinäruntersuchungsamt NRW	+	25
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales		
Ministerium	+	10
Versorgungsämter des Landes NRW	-	25
Finanzministerium		
Oberfinanzdirektionen und Finanzämter	-	81
Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB NRW)	-	61
Landesrechnungshof		
Staatliche Rechnungsprüfungsämter	-	18
Ministerium für Bauen und Verkehr		
Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßenbau NRW)	-	139
Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration		
Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in NRW	-	22
Saldo übrige Verwaltungszweige	-	120

In der Übersicht über die Zahl der Stellen für Landesbedienstete sind auch die aus Titelgruppen bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erfasst worden.

Bei den beamteten Hilfskräften sind zur Vermeidung von Doppelzählungen die Stellen für Beamtinnen/Beamte außer Betracht gelassen worden, die innerhalb der Landesverwaltung von anderen Behörden und Einrichtungen abgeordnet sind und bei der abgebenden Verwaltung eine Planstelle innehaben.

(2) Stellen für Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst (Anwärterinnen/Anwärter)

Die Zahl der Stellen für Beamtinnen/Beamte im Vorbereitungsdienst hat sich mit dem Haushaltsplanentwurf 2008 wie folgt entwickelt:

Jahr	Stellen	Veränderung geg. Vorjahr
2006	21.347	x
2007	22.795	+ 1.448
2008	23.035	+ 240

2. Das nordrhein-westfälische Steueraufkommen und seine Verteilung

Die Bundesregierung ist im Laufe des Jahres 2001 dazu übergegangen, Zuständigkeiten der Bundeskassen zu ändern bzw. länderübergreifend zu bündeln.

Die von der Bundesverwaltung erhobenen Steuern, neben den reinen Bundessteuern und Zöllen auch die Einfuhrumsatzsteuer als Gemeinschaftsteuer, werden infolgedessen in der amtlichen Statistik nicht mehr nach dem regionalen Aufkommen in den einzelnen Ländern, sondern nur noch in einer Summe bundesweit nachgewiesen.

Die in früheren Finanzberichten an dieser Stelle enthaltenen Ausführungen und Tabellen zum Steueraufkommen in NRW und dessen Verteilung auf die Gebietskörperschaften mussten deshalb seit dem Finanzbericht 2004/2005 entfallen.

Daten zu den Steuereinnahmen des Landes NRW (nach der Steuerverteilung, aufgeschlüsselt nach Steuerarten) können seit Beginn des Jahres 2003 im Internet der Landesverwaltung unter www.fm.nrw.de abgerufen werden.

3. Steuerschätzung für Haushalt und Finanzplanung

3.1 Ziele und Aufgaben der Steuerschätzung

Die Steuereinnahmen sind die wichtigste Einnahmequelle des Landeshaushalts. Mit den im Haushaltsplanentwurf 2008 erwarteten Einnahmen von 41,1 Mrd. EUR können gut 81 v. H. der Gesamtausgaben des Landes finanziert werden.

Da die Steuereinnahmen den weitaus überwiegenden Anteil der Gesamteinnahmen des Landes und damit die Basis für den finanzpolitischen Rahmen der nächsten Jahre darstellen, werden an die Verlässlichkeit und Genauigkeit der Steuerschätzung hohe Erwartungen gestellt. Untermauert wird diese Forderung nach größtmöglicher Genauigkeit der Prognosen durch den in § 11 der LHO verankerten Grundsatz der "Kassenwirksamkeit", der zum Inhalt hat, dass nur solche Einnahmen und Ausgaben in den Haushaltsplan eingestellt werden dürfen, die im Haushaltsjahr effektiv zu erwarten bzw. zu leisten sind, also kassenwirksam werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Vorausschau bei den Steuereinnahmen noch schwieriger als bei den Ausgaben ist. Die Steuereinnahmeentwicklung ist in hohem Maße von exogenen Faktoren abhängig, die der Fiskus nicht unmittelbar beeinflussen kann und deren Ermittlung bereits mit erheblichen Unsicherheiten verbunden ist.

Zu diesen Faktoren gehören insbesondere: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Verbrauchs- und Zahlungsgewohnheiten der Steuerzahler und nicht zuletzt die Reaktionen der Steuerpflichtigen auf Steuerrechtsänderungen. Letztlich befinden die Steuerzahler zu einem guten Teil selber darüber, inwieweit steuerpflichtige Tatbestände entstehen und zu kassenmäßigen Steuereinnahmen führen. Voraussetzung für die Schätzung der Steuereinnahmen sind deshalb konkrete Annahmen über die Entwicklung dieser exogenen Faktoren. Diese Annahmen fließen in die jeweiligen Schätzmethoden ein. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass gehäufte Steuerrechtsänderungen und eine beschleunigte Globalisierung

der Wirtschaft oftmals zu Strukturbrüchen in der Steueraufkommensentwicklung führen, die mit den vorhandenen Informationsquellen nicht hinreichend erfasst werden können.

3.2 Methoden der Steuerschätzung

3.2.1 Direkte und indirekte Schätzung

Für die Aufstellung der Haushalte der Gebietskörperschaften ist eine gesonderte Schätzung des Aufkommens jeder einzelnen Steuerart erforderlich. Dies kann mittels direkter oder indirekter Schätzverfahren geschehen.

Direkte Schätzverfahren stützen sich ausschließlich auf Vergangenheitswerte der zu schätzenden Steuereinnahmen. Aus der Zeitreihe der bisherigen Einnahmen wird ein Trend berechnet und in die Zukunft extrapoliert. Änderungen der erwähnten exogenen Faktoren, also des Verhaltens der Steuerpflichtigen, der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch des Steuerrechts selbst, können bei diesen Methoden nicht berücksichtigt werden. Sie eignen sich daher hauptsächlich für kurzfristige Schätzungen.

Eine dynamische Betrachtung ist nur mit Hilfe von indirekten Schätzmethoden möglich. Sie simulieren auf der Ebene der Gesamtwirtschaft die Veranlagung von Durchschnittssteuerpflichtigen. Ausgehend von einer zunächst selbst zu schätzenden Steuerbemessungsgrundlage oder einer geeigneten Hilfsgröße ermitteln sie über den Steuertarif die Steuerschuld. In einem zweiten Schritt wird das durch Veranlagungs- und Zahlungsmodalitäten entstehende kassenmäßige Aufkommen abgeleitet.

Die indirekten Verfahren werden insbesondere bei den großen Gemeinschaftsteuern wie Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer angewendet. Sie sind wesentlich komplexer als die direkten Methoden und erfordern eine breitere Datenbasis.

Die Schätzung der Steuerbemessungsgrundlage basiert auf den Daten der amtlichen Steuerstatistik, die leider erst nach erheblicher zeitlicher Verzögerung zur Verfügung stehen. Diese Vergangenheitswerte werden mit Hilfe von Teilaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung fortgeschrieben. So wird z. B. die Bruttolohn- und -gehaltssumme als Hilfsindikator für die steuerpflichtigen Arbeitseinkommen zur Prognose des Lohnsteueraufkommens verwendet.

Ausgangspunkt jeder Steuerschätzung ist somit die Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf der Grundlage von Konjunkturprognosen und Wachstumsprojektionen werden Basisdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt. Die wichtigste Größe ist das Bruttoinlandsprodukt, definiert als der Marktwert aller Güter, die in einer Volkswirtschaft innerhalb einer bestimmten Periode konsumiert oder investiert werden, zzgl. des Saldos aus Exporten und Importen. Von der Entstehungsseite des Bruttoinlandsproduktes her müssen die Bruttolöhne und -gehälter und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen prognostiziert werden. Damit unterstellen die Schätzergebnisse immer eine Entwicklung, die dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entspricht.

3.2.2 Aufkommenselastizitäten

Überschlägige Berechnungen im Rahmen der Steuerschätzung werden häufig mit Hilfe von Aufkommenselastizitäten durchgeführt. Elastizitätskoeffizienten messen, wie sich das Aufkommen einer Steuer, einer Gruppe von Steuern oder des gesamten Steuersystems im Verhältnis zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verändert. Aufkommenselastizitäten vergleichen die relativen Wachstumsraten des Steueraufkommens mit denen des Inlandsproduktes (in jeweiligen Preisen). Eine Elastizität von 1,2 bedeutet z. B., dass das Steueraufkommen 1,2-mal so stark wie das BIP wächst.

Die einzelnen Steuerarten zeigen beachtliche Unterschiede in ihren Elastizitäten. Elastizitätskoeffizienten mit einem Wert, der größer als eins ist, sind meist bei den einkommensabhängigen Steuern, insbesondere der Lohnsteuer, zu beobachten. Hauptursache hierfür ist der progressive Einkommensteuertarif. Während sich die Umsatzsteuer aufgrund des proportionalen Steuersatzes und der wertgebundenen Bemessungsgrundlage in etwa gleichgerichtet mit dem BIP entwickelt, bleibt das Wachstum des Aufkommens der direkten Verbrauchsteuern oft infolge der Konsumgewohnheiten der Verbraucher (Sättigungseffekte) hinter dem des Inlandprodukts zurück.

Aufgrund dieser steuerartspezifischen Unterschiede wird die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems maßgeblich vom Gewicht der einzelnen Steuerarten und von Verschiebungen innerhalb der Steuerstruktur bestimmt.

Sowohl die Elastizität des gesamten Steueraufkommens als auch einzelner Steuerarten schwanken im Zeitablauf sehr. Gründe hierfür liegen u. a. in Veränderungen des Steuerrechts, der Einkommenspyramide, des Verhaltens der Steuerzahler oder im Veranlagungs- und Erhebungsrhythmus der Steuerverwaltung.

In der nachstehenden **Übersicht 1** sind die Aufkommenselastizitäten des deutschen Steuersystems insgesamt und einiger Steuerarten in der längerfristigen Entwicklung zusammengestellt. Im Durchschnitt der Jahre 1970 - 1990¹ lag die Aufkommenselastizität für das gesamte Steuersystem fast genau bei 1. Dies bedeutet, dass die Zuwachsrate des Steueraufkommens im langen Durchschnitt in etwa der Zuwachsrate des nominalen BIP entsprach.

Wie erwartet, lag die Aufkommenselastizität bei der Lohnsteuer deutlich über 1 (1,27), bei einer Verbrauchsteuer (Mineralölsteuer) unter 1 (0,85) und bei den Steuern vom Umsatz bei ungefähr 1 (1,05).

In den einzelnen Jahren hatten insbesondere Steuerrechtsänderungen starke Ausschläge der Elastizitätsbeziehung zur Folge. In den 80er Jahren sind einerseits die Steuersenkungen durch die Steuerreformstufen 1986, 1988 und 1990 deutlich zu erkennen. Diese Änderungen lassen sich insbesondere an dem Elastizitätskoeffizienten der Lohnsteuer ablesen. Andererseits spiegelt das starke Ansteigen der Gesamtaufkommenselastizität in 1989 (1,52) die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie die zeitweilige Erhebung der Quellensteuer wider. Die Erhöhung der Mineralölsteuer im Jahr 1989 ist deutlich an deren hohen Elastizitätskoeffizienten (3,45) abzulesen.

Die Zahlen ab 1991 beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet, also einschließlich der neuen Länder. Durch die hohen Transferleistungen von West nach Ost stiegen in den neuen Ländern die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate wesentlich stärker als die vom BIP abgebildete gesamtwirtschaftliche Produktion. Dies bewirkte insbesondere bei den an Nachfragegrößen anknüpfenden Steuerarten einen erheblichen Elastizitätssprung.

¹ Die Jahre ab 1991 wurden aus den Durchschnittsberechnungen ausgeklammert, da eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Die Bundessteuern werden nur noch für das gesamte Erhebungsgebiet, d. h. alte und neue Bundesländer zusammen, ausgewiesen.

Übersicht 1

Aufkommenselastizität des deutschen Steuersystems und kassenmäßige Steuerquote 1970 bis 2006
(bis einschl. 1990: früheres Bundesgebiet; ab 1991: einschl. Beitrittsgebiet)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾		Veränderung zum Vorjahr		Steueraufkommen insgesamt ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 4 zu Spalte 2)		Lohnsteueraufkommen ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 7 zu Spalte 2)		Aufkommen an Steuern vom Umsatz ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 10 zu Spalte 2)		Mineralölsteueraufkommen ²⁾		Veränderung zum Vorjahr		Elastizität (Spalte 13 zu Spalte 2)		kassenm. Steuerquote (Spalte 3 zu Spalte 1)	
	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.	Mrd. EUR	v. H.
1970	352,0		78,8																										22,38	
1971	390,1	+ 10,8	88,1	+ 11,9			17,9	+ 22,0	2,03	1,10	21,9	+ 16,3	2,03	21,9	+ 12,5	1,16	19,5	+ 12,5	1,16	19,5	+ 12,5	1,16	5,9	+ 7,9	5,9	+ 7,9	1,80	22,60		
1972	427,5	+ 9,6	100,7	+ 14,3			25,4	+ 16,3	1,70	1,49	25,4	+ 16,3	1,70	25,4	+ 9,5	0,99	24,0	+ 9,5	0,99	24,0	+ 9,5	0,99	7,3	+ 14,6	7,3	+ 14,6	1,52	23,56		
1973	476,7	+ 11,5	114,9	+ 14,1			31,3	+ 17,5	2,00	1,23	31,3	+ 17,5	2,00	31,3	+ 5,3	0,46	25,3	+ 5,3	0,46	25,3	+ 5,3	0,46	8,5	+ 16,6	8,5	+ 16,6	1,44	24,11		
1974	513,6	+ 7,7	122,9	+ 6,9			36,8	+ 11,1	0,90	0,90	36,8	+ 11,1	0,90	36,8	+ 3,4	0,44	26,2	+ 3,4	0,44	26,2	+ 3,4	0,44	8,2	+ 3,2	8,2	+ 3,2	-0,46	23,93		
1975	536,0	+ 4,4	123,8	+ 0,7			41,2	+ 10,7	0,16	1,19	41,2	+ 10,7	0,16	41,2	+ 1,1	-0,25	27,7	+ 5,7	1,31	27,7	+ 5,7	1,31	8,8	+ 6,7	8,8	+ 6,7	1,53	23,09		
1976	583,9	+ 8,9	137,0	+ 10,7			46,4	+ 11,8	1,19	1,19	46,4	+ 11,8	1,19	46,4	+ 13,2	1,48	29,9	+ 8,1	0,91	29,9	+ 8,1	0,91	9,3	+ 5,8	9,3	+ 5,8	0,65	23,46		
1977	623,7	+ 6,8	153,2	+ 11,8			47,0	+ 11,8	0,89	1,74	47,0	+ 11,8	0,89	47,0	+ 12,6	1,85	32,1	+ 7,2	1,06	32,1	+ 7,2	1,06	9,8	+ 5,9	9,8	+ 5,9	0,86	24,56		
1978	669,3	+ 7,3	163,2	+ 6,5			49,6	+ 7,5	0,89	0,89	49,6	+ 7,5	0,89	49,6	+ 1,4	0,19	37,5	+ 16,9	2,31	37,5	+ 16,9	2,31	10,5	+ 6,7	10,5	+ 6,7	0,91	24,38		
1979	722,5	+ 7,9	175,4	+ 7,5			57,0	+ 14,9	0,94	1,00	57,0	+ 14,9	0,94	57,0	+ 5,5	0,69	43,1	+ 14,9	1,88	43,1	+ 14,9	1,88	10,8	+ 3,3	10,8	+ 3,3	0,42	24,27		
1980	766,6	+ 6,1	186,1	+ 6,1			59,6	+ 1,7	1,00	0,39	59,6	+ 1,7	1,00	59,6	+ 4,5	2,45	47,8	+ 11,0	1,80	47,8	+ 11,0	1,80	10,9	+ 1,0	10,9	+ 1,0	0,16	24,28		
1981	800,2	+ 4,4	189,3	+ 3,9			63,1	+ 2,2	0,57	0,57	63,1	+ 2,2	0,57	63,1	+ 4,5	1,02	50,0	+ 4,6	1,06	50,0	+ 4,6	1,06	11,3	+ 3,9	11,3	+ 3,9	0,89	23,66		
1982	831,8	+ 3,9	193,6	+ 4,9			65,9	+ 4,7	0,97	0,97	65,9	+ 4,7	0,97	65,9	+ 5,9	1,49	50,0	+ 0,1	-0,02	50,0	+ 0,1	-0,02	11,7	+ 3,0	11,7	+ 3,0	0,75	23,27		
1983	872,2	+ 4,9	202,7	+ 4,9			69,7	+ 4,6	0,97	1,18	69,7	+ 4,6	0,97	69,7	+ 4,4	0,91	54,1	+ 8,3	1,72	54,1	+ 8,3	1,72	11,9	+ 2,2	11,9	+ 2,2	0,45	23,24		
1984	915,0	+ 4,9	212,0	+ 5,4			75,5	+ 5,4	0,93	1,23	75,5	+ 5,4	0,93	75,5	+ 8,3	1,18	56,5	+ 4,4	0,89	56,5	+ 4,4	0,89	12,3	+ 3,0	12,3	+ 3,0	0,61	23,17		
1985	955,3	+ 4,4	223,5	+ 5,4			83,9	+ 3,5	1,23	0,61	83,9	+ 3,5	1,23	83,9	+ 8,3	1,88	56,2	+ 0,6	-0,15	56,2	+ 0,6	-0,15	12,5	+ 2,0	12,5	+ 2,0	0,46	23,39		
1986	1.010,2	+ 5,7	231,4	+ 3,5			85,6	+ 4,2	0,61	1,08	85,6	+ 4,2	0,61	85,6	+ 7,8	2,39	60,7	+ 6,9	2,10	60,7	+ 6,9	2,10	13,1	+ 4,6	13,1	+ 4,6	0,80	22,90		
1987	1.043,3	+ 3,3	239,5	+ 3,5			85,6	+ 3,0	1,08	0,38	85,6	+ 3,0	1,08	85,6	+ 7,8	2,39	60,7	+ 6,9	2,10	60,7	+ 6,9	2,10	13,4	+ 1,9	13,4	+ 1,9	0,59	22,96		
1988	1.098,5	+ 5,3	249,6	+ 4,2			93,0	+ 9,7	0,79	1,52	93,0	+ 9,7	0,79	93,0	+ 8,6	1,35	63,0	+ 3,8	0,71	63,0	+ 3,8	0,71	13,8	+ 3,4	13,8	+ 3,4	0,65	22,72		
1989	1.168,3	+ 6,4	273,7	+ 9,7			90,8	+ 2,7	1,52	0,29	90,8	+ 2,7	1,52	90,8	+ 8,6	1,35	67,2	+ 6,6	1,05	67,2	+ 6,6	1,05	16,9	+ 21,9	16,9	+ 21,9	3,45	23,43		
1990 ³⁾	1.274,9	+ 9,1	281,1	+ 2,7					0,29	0,29							75,5	+ 12,2	1,34	75,5	+ 12,2	1,34	17,7	+ 5,0	17,7	+ 5,0	0,55	22,05		
Durchschnitt 1971 - 1990		+ 6,6		+ 6,6				+ 6,6	0,99					+ 8,4	1,27				1,05					+ 5,7			0,85	23,40		
1991 ⁴⁾	1.534,6	+ 20,4	338,4	+ 20,4			109,5	+ 20,6	1,01	1,00	109,5	+ 20,6	1,01	109,5	+ 20,6	1,01	91,9	+ 21,8	1,07	91,9	+ 21,8	1,07	24,2	+ 36,6	24,2	+ 36,6	1,80	22,05		
1992	1.646,6	+ 7,3	374,1	+ 10,5			126,4	+ 15,5	1,44	1,44	126,4	+ 15,5	1,44	126,4	+ 15,5	2,12	101,1	+ 10,0	1,38	101,1	+ 10,0	1,38	28,2	+ 16,7	28,2	+ 16,7	2,29	22,72		
1993	1.694,4	+ 2,9	383,0	+ 2,4			136,3	+ 4,3	0,82	1,49	136,3	+ 4,3	0,82	136,3	+ 3,3	1,49	110,6	+ 9,4	3,24	110,6	+ 9,4	3,24	28,8	+ 2,0	28,8	+ 2,0	0,69	22,60		
1994	1.780,8	+ 5,1	402,0	+ 4,9			144,5	+ 3,6	0,97	0,94	144,5	+ 3,6	0,97	144,5	+ 6,1	0,65	120,5	+ 9,0	1,76	120,5	+ 9,0	1,76	32,6	+ 13,4	32,6	+ 13,4	2,63	22,57		
1995	1.848,5	+ 3,8	416,3	+ 3,8			148,5	+ 1,8	0,94	1,04	148,5	+ 1,8	0,94	148,5	+ 6,1	0,65	120,5	+ 9,0	1,76	120,5	+ 9,0	1,76	33,2	+ 1,6	33,2	+ 1,6	0,43	22,52		
1996	1.876,2	+ 1,5	409,0	+ 1,8			128,5	+ 1,1	-1,17	-1,17	128,5	+ 1,1	-1,17	128,5	+ 1,1	-0,74	121,3	+ 1,1	0,73	121,3	+ 1,1	0,73	34,9	+ 5,2	34,9	+ 5,2	3,46	21,80		
1997	1.915,6	+ 2,1	407,6	+ 0,4			127,1	+ 0,4	-0,17	1,73	127,1	+ 0,4	-0,17	127,1	+ 1,0	-0,49	123,2	+ 1,6	0,74	123,2	+ 1,6	0,74	33,7	+ 3,3	33,7	+ 3,3	-1,57	21,28		
1998	1.965,4	+ 2,6	425,9	+ 4,5			132,1	+ 4,5	1,73	1,73	132,1	+ 4,5	1,73	132,1	+ 3,9	1,49	127,9	+ 3,9	1,49	127,9	+ 3,9	1,49	34,1	+ 1,0	34,1	+ 1,0	-0,39	21,67		
1999	2.012,0	+ 2,4	453,1	+ 6,4			133,8	+ 6,4	2,69	1,25	133,8	+ 6,4	2,69	133,8	+ 1,3	0,56	137,2	+ 7,2	3,04	137,2	+ 7,2	3,04	36,4	+ 6,9	36,4	+ 6,9	2,91	22,52		
2000	2.062,5	+ 2,5	467,3	+ 3,1			135,7	+ 3,1	1,25	1,25	135,7	+ 3,1	1,25	135,7	+ 1,4	0,57	140,9	+ 2,7	1,08	140,9	+ 2,7	1,08	37,8	+ 3,8	37,8	+ 3,8	1,51	22,65		
2001	2.113,2	+ 2,5	446,2	+ 4,5			132,6	+ 4,5	-1,83	-1,83	132,6	+ 4,5	-1,83	132,6	+ 2,3	-0,33	136,9	+ 1,4	0,56	136,9	+ 1,4	0,56	40,7	+ 7,6	40,7	+ 7,6	3,08	21,12		
2002	2.143,2	+ 1,4	441,7	+ 1,0			133,1	+ 0,3	-0,72	0,11	133,1	+ 0,3	-0,72	133,1	+ 0,3	-0,23	138,2	+ 0,5	-0,37	138,2	+ 0,5	-0,37	42,2	+ 3,7	42,2	+ 3,7	2,60	20,61		
2003	2.161,5	+ 0,9	442,1	+ 0,1			123,9	+ 0,7	0,08	0,08	123,9	+ 0,7	0,08	123,9	+ 0,7	0,80	137,0	+ 0,5	-1,02	137,0	+ 0,5	-1,02	43,2	+ 2,4	43,2	+ 2,4	2,76	20,45		
2004	2.207,2	+ 2,1	442,8	+ 0,2			118,9	+ 0,2	0,08	0,08	118,9	+ 0,2	0,08	118,9	+ 6,9	-3,27	137,4	+ 0,3	-0,13	137,4	+ 0,3	-0,13	41,8	+ 3,3	41,8	+ 3,3	-1,54	20,06		
2005	2.241,0	+ 1,5	452,0	+ 2,1			122,6	+ 2,1	1,36	1,36	122,6	+ 2,1	1,36	122,6	+ 4,0	-2,62	139,7	+ 1,7	1,12	139,7	+ 1,7	1,12	40,1	+ 4,0	40,1	+ 4,0	-2,63	20,17		
2006	2.307,2	+ 3,0	488,4	+ 8,0				+ 3,1	2,72	2,72		+ 3,1	2,72		+ 3,1	1,05	146,7	+ 5,0	1,69	146,7	+ 5,0	1,69	39,9	+ 0,5	39,9	+ 0,5	-0,16	21,17		
Durchschnitt 1992 - 2006		+ 2,8		+ 2,8				+ 2,8	0,90				+ 0,8	0,27					1,15					+ 3,4			1,23	21,62		

¹⁾ In jeweiligen Preisen, Stat. Bundesamt, VGR; Stand nach Revision 2005

²⁾ Stat. Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 4

³⁾ Bezogen auf das frühere Bundesgebiet; die Vergleichszahlen mit den Vorjahreszahlen ist wegen der Interdependenzen zwischen den alten und den neuen Bundesländern etwas eingeschränkt.

⁴⁾ Die Daten ab 1991 betreffen das gesamte Bundesgebiet. Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist daher eingeschränkt.

Auch die Aufkommenselastizitäten der einkommensabhängigen Steuern lagen in den neuen Ländern zunächst weit über dem Westniveau. Ursache dafür war u. a. die Angleichung des Lohnniveaus und das damit verbundene Hineinwachsen von immer mehr Einkommensbezieher in die Steuerpflicht sowie in höhere Grenzsteuersätze.

Die hohen Ausschläge in den Elastizitäten spiegeln darüber hinaus die Vielzahl der seit Beginn der 90er Jahre in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wider. Zu nennen sind z. B. die Erhöhung des Grundfreibetrages zur Freistellung des Existenzminimums und die Verrechnung des Kindergeldes mit dem Lohnsteueraufkommen bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes durch das Jahressteuergesetz 1996 oder die Tarifsenkungen durch das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (2001).

Anhebungen des Umsatzsteuernormalsatzes ließen die Elastizität der Steuern vom Umsatz in den Jahren 1993 und 1998/99 in die Höhe schießen. Bei der Mineralölsteuer sind erhöhungsbedingte Ausschläge in den Jahren 1992, 1994 und 1999 - 2003 sichtbar. Die negativen Elastizitäten der Jahre 2004 - 2006 sind das Ergebnis von Ausweichreaktionen. Insbesondere im grenznahen Bereich führten die hohen Benzinpreise zu vermehrtem "Tanktourismus".

3.3 Arbeitskreis "Steuerschätzungen" und dessen "Länderausschuss"

Eine wichtige Informationsquelle und Basis für die Steuerschätzung des Landes sind die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", der sich im Jahr 1955 konstituiert hat. Er ist ein politisch unabhängiger Kreis von Sachverständigen, der in der Regel zweimal jährlich tagt und für jede in der Bundesrepublik erhobene Steuerart (mit Ausnahme der Kirchensteuer) eine Schätzung vornimmt. Im Mai erfolgt eine mittelfristige Schätzung für den Zeitraum der anstehenden Mittelfristigen Finanzplanung. Im Herbst - vor der abschließenden Lesung des Bundeshaushalts - werden die Steuereinnahmen für das jeweils laufende und für das kommende Haushaltsjahr noch einmal überprüft.

Dem Arbeitskreis gehören der Vertreter des Bundesministers der Finanzen (Vorsitzender), Vertreter des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Vertreter der Finanzminister/-innen bzw. -senatoren der Länder, der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände, des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute an.

Wichtigstes Ziel bei der Gründung des Arbeitskreises im Jahr 1955 war, die Vorausschätzung der Steuereinnahmen auf möglichst einheitliche Annahmen und Methoden zu stützen und die Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen aus der politischen Diskussion zu nehmen.

Gemeinsame Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge sind die vom Arbeitskreis "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung" beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erarbeiteten Grundannahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet. Diese Vorgaben der Bundesregierung sind die Basis für alle im Arbeitskreis vorgelegten Schätzvorschläge und haben damit erheblichen Einfluss auf das Ergebnis der Schätzung. Dabei stehen die kurzfristigen Konjunkturprognosen der Bundesregierung im direkten Vergleich zu den Frühjahrs- bzw. Herbstgutachten der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die ja ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden.

Mittelfristige Prognosen werden von keinem Wirtschaftsforschungsinstitut abgegeben, da die Datenbasis für derartige Ausblicke zu unvollständig ist. Besondere Probleme entstehen bei der zeitlichen Vorhersage von konjunkturellen Umbrüchen. Mittelfristig können deshalb lediglich modellhafte Szenarien abgeleitet werden. Bei den mittelfristigen Vorgaben der Bundesregierung handelt es sich daher um Projektionen. Sie zeichnen die angestrebte und für erreichbar gehaltene Entwicklung auf. Die Bestrebungen der Finanzpolitiker nach möglichst realitätsnahen Steuerschätzungen konkurrieren somit mit der von den Wirtschaftspolitikern gewünschten Signalwirkung positiver Projektionen.

Gerade bei der mittelfristigen Steuerschätzung können sich hohe Fehlerquoten ergeben. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung besteht die Tendenz, die Steuereingänge zu überschätzen. Umgekehrt, in Jahren mit aufwärts gerichtetem Wirtschaftswachstum, unterschätzen die Modelle zu meist die tatsächliche Entwicklung.

Um das Risiko der Überschätzung der mittelfristigen Einnahmen zu begrenzen, hat die Bundesregierung die Annahmen über den realen Potentialpfad der deutschen Wirtschaft, an dem sich die mittelfristigen Wachstumserwartungen orientieren, in den vergangenen beiden Jahren um etwa einen halben Prozentpunkt auf rd. 1 ½ v. H. zurückgenommen.

Auch die in die Schätzung eingehenden Wirkungen der jeweils aktuellen Steuerrechtsänderungen legt die Bundesregierung vor. Solange die Wirkungen der Rechtsänderungen noch nicht in die statistische Datenbasis für die Steuerschätzung eingegangen sind, werden i. d. R. die Schätzungen der entsprechenden Mehr- oder Mindereinnahmen des Bundesfinanzministeriums übernommen. Ausnahmen gab es bisher nur in den Fällen, in denen aus der tatsächlichen Entwicklung der Steuereinnahmen Fehlschätzungen offen zu Tage traten. Dies geschieht äußerst selten, da Fehler bei der Kalkulation der Wirkungen von Steuerrechtsänderungen im Allgemeinen in der Gesamtheit der Steuereingänge untergehen.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" liefert Prognosen für jede Steuerart. Soweit es die Datenbasis erlaubt, legt er getrennte Schätzungen für das alte und das neue Bundesgebiet vor. Außerdem ordnet der Arbeitskreis seine Steuereinnahmeerwartungen den drei Ebenen der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu. Der Bund übernimmt die Ergebnisse des Arbeitskreises - ergänzt um Korrekturposten für von der Bundesregierung geplante, aber noch nicht parlamentarisch verabschiedete Steuerrechtsänderungen - in seinen jeweiligen Haushaltsplan bzw. in die Mittelfristige Finanzplanung.

Zur Ermittlung der zukünftigen Steuereinnahmen eines Landes muss die Summe der Steuereinnahmen der Länder regionalisiert, d. h. auf die einzelnen Länder aufgeteilt werden. Ein erster Schritt zu dieser Aufteilung ist die sog. Schematische Regionalisierung durch den Länderausschuss "Regionalisierung". Alle vom Grundsatz her nach dem örtlichen Aufkommen verteilten Steuereinnahmen werden anhand der Ist-Eingänge des letzten aktuell verfügbaren 12-Monats-Zeitraums auf die Länder verteilt.

Diese Ergebnisse sind die Basis für eine schematische Verteilung des Umsatzsteueranteils der Länder, die Vorabkalkulation der Zahlungsströme im Länderfinanzausgleich sowie eines Teils der Bundesergänzungszuweisungen.

3.4 Schätzung der Steuereinnahmen auf Landesebene

Die Schematische Regionalisierung wird einheitlich von allen Ländern als eine interne Arbeitsunterlage angesehen. Sie ist eine Basis für die Ableitung der jeweiligen Haushaltsansätze. Sicher ist, dass kein Land die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung ungeprüft übernehmen kann. Im Rahmen der Finanzautonomie der Länder ist es selbstverständlich, dass eigene Überlegungen über die zukünftigen Entwicklungen in die Steuerschätzung einfließen.

Notwendigkeiten zu Korrekturen ergeben sich zum einen aus dem System der Schematischen Regionalisierung selbst und zum anderen aus den der Steuerschätzung zugrunde liegenden Verfahren.

Zunächst ist zu beachten, dass die Schematische Regionalisierung die einem Land für ein Haushaltsjahr zustehenden Umsatzsteuereinnahmen berechnet. Aufgrund der nachträglichen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung zwischen den Ländern unterscheiden sich diese Beträge teilweise deutlich von den im entsprechenden Haushaltsjahr kassenmäßig zu buchenden Zahlungsströmen.

Der sog. vorläufige Vollzug der Umsatzsteuer richtet sich nach der 1. Durchführungsverordnung zu § 13 Finanzausgleichsgesetz. Sie legt den v. H.-Satz fest, den die Zahlerländer täglich aus ihren Umsatzsteueraufkommen für Zwecke des Umsatzsteuerausgleichs (und den Länderfinanzausgleich) an den Bund als Clearingstelle abführen müssen. Der Abführungssatz richtet sich nach den Ist-Ergebnissen der letzten vier abgerechneten Quartale. Den Werten für 2008 liegen damit die Steuereingänge im vierten Quartal 2006 und den ersten drei Quartalen 2007 zugrunde.

Vierteljährlich, jeweils im März, Juni, September und Dezember, wird nach den dann vorliegenden Quartalszahlen abgerechnet. D. h., die Umsatzsteuereinnahmen eines Jahres setzen sich aus dem Abrechnungsbetrag des Vorjahres, den Einnahmen der ersten drei abgerechneten Quartale sowie den Einnahmen nach dem vorläufigen Vollzug für das letzte Quartal zusammen.

Gerade durch die niedrige Steuerkraft der neuen Länder ist das Transfer-
volumen der Umsatzsteuerverteilung erheblich angestiegen. Die Abweichun-
gen zwischen den kassenmäßigen Einnahmen und den dem Land für das
entsprechende Haushaltsjahr zustehenden Einnahmen können deshalb
durchaus im dreistelligen Millionenbereich liegen.

Auch durch die Zerlegungs- bzw. Clearingverfahren, mit denen eine nicht
sachgerechte, d. h. dem Sinn des Prinzips des örtlichen Aufkommens wider-
sprechende Verteilung von Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag
und Feuerschutzsteuer korrigiert wird, können bei einzelnen Ländern erheb-
liche Einnahmeschwankungen auftreten. Durch den nachgelagerten Ein-
nahmeausgleich zwischen den Ländern ist es in den vergangenen Jahren
vermehrt zu teils erheblichen Verwerfungen bei den kassenmäßigen Zu-
flüssen gekommen. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den zunehmenden
Einfluss von Großunternehmen auf das Steueraufkommen.

Weitere Gründe, die Ergebnisse der Schematischen Regionalisierung für
Zwecke der eigenen Steuerschätzung zu überarbeiten, sind:

- Die Steuerschätzung wird i. d. R. nach geltendem Rechtsstand durchge-
führt. Anstehende, aber noch nicht endgültig beschlossene Steuerrechts-
änderungen können folglich auch von der Schematischen Regionalisie-
rung nicht berücksichtigt werden. Z. B. muss jedes Land für die zum
01.01.2008 in Kraft tretende Unternehmensteuerreform eigenständig Vor-
sorge treffen.
- Zeitlich befristete Sonderentwicklungen in einzelnen Ländern können zu
erheblichen strukturellen Verzerrungen im Einnahmegefüge aller Länder
führen. Da jedoch erhebliche Schwierigkeiten bestehen, Sondereffekte
einheitlich zu definieren, insbesondere für alle Länder verbindliche
Größenvorgaben festzulegen, werden die Regionalisierungsgrundlagen
i. d. R. nicht um derartige Effekte bereinigt.
- Wie erläutert, basieren die Schätzverfahren des Arbeitskreises auf ge-
samtwirtschaftlichen Modellen. Isolierte Prognosen der wirtschaftlichen
Entwicklung der einzelnen Länder werden nicht erstellt. Auch eine realis-
tische Prognose der bundesweiten wirtschaftlichen Entwicklung muss
nicht für jedes einzelne Land in gleichem Maße zutreffen. Hier müssen
unterschiedliche wirtschaftliche Tendenzen berücksichtigt werden. Auch
Sonderentwicklungen einzelner Länder können von den auf einer histo-
rischen Datenbasis aufbauenden Modellen keinen Niederschlag finden.

3.5 Zuverlässigkeit der Schätzergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Eine Gegenüberstellung der im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesenen Schätzergebnisse und der tatsächlichen Ist-Einnahmen der Jahre 1961 - 2006 (Übersicht 2) zeigt, dass es neben Überschätzungen auch weit hinter der Ist-Entwicklung zurückgebliebene Veranschlagungen gegeben hat. Die Fehlerquote reicht von + 10,1 v. H. (1969) bis - 8,1 v. H. (2001).

Ein Vergleich der Fehlerquoten der Steuerschätzung mit der Konjunkturentwicklung macht deutlich, dass nicht nur die tatsächliche Steuereinnahmewicklung, sondern auch ihre Schätzung vom Konjunkturverlauf geprägt wird. Dies gilt besonders für die 60er und 70er Jahre, in denen die Konjunkturzyklen klar abgrenzbar waren, für das Ende der 80er Jahre und den Anfang der 90er Jahre, aber auch für das Jahr 2006. Im beginnenden wirtschaftlichen Abschwung wurden die Steuereingänge häufig überschätzt, während die Einnahmen in Jahren mit aufwärts gerichteter Wirtschaftsentwicklung oft zu niedrig veranschlagt wurden.

Übersicht 2

Vergleich der im Landeshaushaltsplan ausgewiesenen Schätzergebnisse (Haushaltsansätze) mit der tatsächlichen Steuereinnahmentwicklung der Jahre 1961 bis 2006

Jahr	Haushaltssoll		Haushaltsist			
	- Mio EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	- Mio EUR -	Veränd. z. Vorj. - v. H. -	Differenz zum Soll	
					- Mio EUR -	- v. H. -
1	2	3	4	5	6	7
1961	3.775,7	x	4.074,3	x	+ 298,5	+ 7,9
1962	4.810,1	+ 27,4	4.539,7	+ 11,4	- 270,5	- 5,6
1963	4.855,2	+ 0,9	4.530,9	- 0,2	- 324,3	- 6,7
1964	4.837,2	- 0,4	4.912,6	+ 8,4	+ 75,4	+ 1,6
1965	5.154,7	+ 6,6	5.149,2	+ 4,8	- 5,5	- 0,1
1966	5.704,4	+ 10,7	5.379,0	+ 4,5	- 325,4	- 5,7
1967	5.859,6	+ 2,7	5.547,9	+ 3,1	- 311,6	- 5,3
1968	5.668,8	- 3,3	5.974,0	+ 7,7	+ 305,2	+ 5,4
1969	6.349,4	+ 12,0	6.989,2	+ 17,0	+ 639,8	+ 10,1
1961/1969	47.015,2	+ 6,7	47.096,9	+ 7,0	+ 81,7	+ 0,2
1970	7.482,8	+ 17,9	7.485,5	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0
1971	8.254,8	+ 10,3	8.343,8	+ 11,5	+ 89,0	+ 1,1
1972	9.476,8	+ 14,8	9.772,5	+ 17,1	+ 295,7	+ 3,1
1973	10.875,2	+ 14,8	11.163,0	+ 14,2	+ 287,9	+ 2,6
1974	12.772,1	+ 17,4	12.291,6	+ 10,1	- 480,5	- 3,8
1975	11.759,7	- 7,9	11.941,0	- 2,9	+ 181,3	+ 1,5
1976	12.782,3	+ 8,7	13.394,5	+ 12,2	+ 612,2	+ 4,8
1977	14.674,1	+ 14,8	14.972,4	+ 11,8	+ 298,3	+ 2,0
1978	15.788,7	+ 7,6	15.961,7	+ 6,6	+ 173,0	+ 1,1
1979	16.596,5	+ 5,1	17.268,9	+ 8,2	+ 672,4	+ 4,1
1970/1979	120.462,9	+ 10,1	122.595,0	+ 9,5	+ 2.132,0	+ 1,8
1980	18.202,0	+ 9,7	18.102,8	+ 4,8	- 99,2	- 0,5
1981	18.554,8	+ 1,9	17.935,9	- 0,9	- 618,9	- 3,3
1982	18.906,6	+ 1,9	18.466,7	+ 3,0	- 439,8	- 2,3
1983	19.086,5	+ 1,0	19.263,2	+ 4,3	+ 176,7	+ 0,9
1984	20.142,5	+ 5,5	20.081,8	+ 4,2	- 60,7	- 0,3
1985	21.218,6	+ 5,3	20.970,5	+ 4,4	- 248,1	- 1,2
1986	22.113,4	+ 4,2	22.271,5	+ 6,2	+ 158,1	+ 0,7
1987	23.499,0	+ 6,3	23.136,5	+ 3,9	- 362,5	- 1,5
1988	23.723,9	+ 1,0	24.190,1	+ 4,6	+ 466,2	+ 2,0
1989	25.053,3	+ 5,6	26.831,9	+ 10,9	+ 1.778,6	+ 7,1
1980/1989	210.500,6	+ 4,2	211.251,0	+ 4,5	+ 750,5	+ 0,4
1990	26.331,5	+ 5,1	27.108,5	+ 1,0	+ 777,0	+ 3,0
1991	27.866,4	+ 5,8	28.703,0	+ 5,9	+ 836,6	+ 3,0
1992	30.677,5	+ 10,1	31.319,0	+ 9,1	+ 641,5	+ 2,1
1993	32.037,5	+ 4,4	32.005,4	+ 2,2	- 32,1	- 0,1
1994	32.671,6	+ 2,0	32.280,8	+ 0,9	- 390,7	- 1,2
1995	33.888,4	+ 3,7	33.914,7	+ 5,1	+ 26,3	+ 0,1
1996	34.933,7	+ 3,1	33.931,1	+ 0,0	- 1.002,6	- 2,9
1997	34.545,4	- 1,1	33.373,4	- 1,6	- 1.172,0	- 3,4
1998	34.842,0	+ 0,9	35.075,4	+ 5,1	+ 233,4	+ 0,7
1999	36.425,5	+ 4,5	36.830,5	+ 5,0	+ 405,0	+ 1,1
1990/1999	324.219,5	+ 3,8	324.541,8	+ 3,2	+ 322,3	+ 0,1
2000	37.707,8	+ 3,5	37.796,9	+ 2,6	+ 89,1	+ 0,2
2001	36.609,0	- 2,9	33.639,1	- 11,0	- 2.969,9	- 8,1
2002	36.783,0	+ 0,5	35.923,8	+ 6,8	- 859,2	- 2,3
2003	34.695,0	- 5,7	33.398,5	- 7,0	- 1.296,5	- 3,7
2004	33.900,0	- 2,3	33.912,0	+ 1,5	+ 12,0	+ 0,0
2005	34.340,0	+ 1,3	34.700,7	+ 2,3	+ 360,7	+ 1,1
2006	36.445,0	+ 6,1	37.043,8	+ 6,8	+ 598,8	+ 1,6
1961/2006	952.678,0	+ 5,2	951.899,4	+ 5,0	- 778,6	- 0,1

1993 bis 1995: Bruttoveranschlagung der Beiträge des Landes zum Fonds "Deutsche Einheit".

Seit Anfang der 90er Jahre erschweren außerdem häufige Änderungen des Steuerrechts, deren Folgewirkungen und steuertechnische Behandlung zunehmend die Prognosen. Dies gilt besonders für Rechtsänderungen, die zu Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen führen. Ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Einnahmen sind im Voraus kaum zuverlässig zu prognostizieren, da die Reaktionen der Steuerzahler in der Regel nicht konkret zu erfassen sind. Steuerschätzungen müssen deshalb mit Verhaltenshypothesen arbeiten.

Der Vergleich zwischen den Ansätzen im Landeshaushalt und der tatsächlichen Einnahmeentwicklung macht den Vorbehalt deutlich, unter dem Steuervorausschätzungen stehen, und zeigt, mit welchen Einschränkungen sie der haushaltsrechtlich gestellten Forderung nach Genauigkeit nachkommen.

Die Schwierigkeiten der Steuerschätzung nehmen mit zeitlichem Abstand zur Schätzperiode zu. Für den mittelfristigen Zeitraum muss die Prognose deshalb eher als eine Tendenzaussage angesehen werden, die lediglich unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen gilt und deren absolute Höhe sich z. B. schon dann ändert, wenn das Aufkommen im Basisjahr zu hoch oder zu niedrig prognostiziert wurde.

4. Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

4.1 Koordinierung der Haushalte und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften im Finanzplanungsrat

Der Finanzplanungsrat hat nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) die Hauptaufgabe, Empfehlungen für eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Kommunen zu geben. Auf diese Weise sollen die Aufstellung und der Vollzug der Haushalte aller staatlichen Ebenen eine an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Ausrichtung erfahren. Die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates ist jedoch durch die verfassungsrechtlich garantierte Selbstständigkeit der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern begrenzt.

Der Finanzplanungsrat tritt jährlich i. d. R. jeweils im Frühsommer und im Spätherbst zu Beratungen zusammen. Den Vorsitz des Gremiums führt der Bundesminister der Finanzen. Weitere Mitglieder sind der für den Bereich

Wirtschaft zuständige Bundesminister, die Finanzminister/-innen bzw. zuständigen -senatoren aller 16 Länder sowie Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände. An den Beratungen nimmt darüber hinaus ein Vertreter der Deutschen Bundesbank regelmäßig als Gast teil.

Eine besondere Aktualität hat die Koordinierungsfunktion in Zusammenhang mit den EU-rechtlichen Vorgaben zur Gewährleistung solider mitgliedstaatlicher Finanzen erhalten. Durch die Mitte 2002 in Kraft getretene Neuregelung des § 51 a HGrG ist dem Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle in dem innerstaatlichen Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugewiesen worden. So kann der Finanzplanungsrat z. B. Empfehlungen zu einer gemeinsam anerkannten Ausgabenlinie geben, etwa zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Begrenzung des Ausgabenwachstums. Soweit die Haushaltsdisziplin von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände nicht den EU-rechtlichen Vorgaben entspricht, kann er zudem konkrete Empfehlungen zu deren Wiederherstellung aussprechen, die dann die Richtschnur für die Haushalts- und Finanzplanungen der betroffenen Gebietskörperschaften bilden. Insoweit ist das im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zwischen den Mitgliedstaaten vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite auf den innerstaatlichen Kontext übertragen worden.

Die jüngste Sitzung des Finanzplanungsrates fand am 20.06.2007 statt. Erörtert wurden die gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Gestaltung der Haushaltspläne 2008 und der Mittelfristigen Finanzplanungen bis 2011 sowie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich der dazu notwendigen gemeinsamen Konsolidierungsbemühungen aller staatlichen Ebenen. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch über aktuelle finanz- und steuerpolitische Themen statt.

Nachdem das gesamtwirtschaftliche Defizit in Maastricht-Abgrenzung 2006 mit 1,6 v. H. erstmals seit 2001 wieder unter der 3 v. H.-Grenze lag, kamen Bund, Länder und Gemeinden überein, dieses Defizit in den Folgejahren weiter um jahresdurchschnittlich 0,5 v. H. des Bruttoinlandsproduktes abzusenkten. Im Jahr 2010 soll dann ein strukturell ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden.

Mit den folgenden Konsolidierungsthesen² bekräftigten die Finanzminister/-innen, ihre Absicht, das günstige konjunkturelle Umfeld konsequent für eine verstärkte Fortführung der Haushaltskonsolidierung zu nutzen:

- **Trotz Aufschwung keine Entwarnung für die öffentlichen Haushalte**

Zwar führt die derzeitige erfreuliche Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu einer deutlichen Verbesserung der staatlichen Einnahmen, der Schuldenstand der Gebietskörperschaften bleibt aber drückend und wird insgesamt sogar noch größer. Gerade die günstigere gesamtwirtschaftliche Situation muss daher entschlossen zur weiteren Haushaltskonsolidierung genutzt werden.

- **Die Reduzierung der Verschuldung hat Vorrang**

Die Finanzminister/-innen halten es - unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Haushaltssituationen - für unabdingbar, die jährliche Neuverschuldung jetzt zu vermindern und, soweit es die Finanzlage erlaubt, mit dem Abbau des Schuldenstandes zu beginnen. Nur so kann künftigen Generationen ein angemessener finanzieller Gestaltungsspielraum verschafft und Vorsorge für bereits absehbare weitere Belastungen, wie z. B. durch den demografischen Wandel, getroffen werden.

- **Neue Maßnahmen nur bei Entlastung an anderer Stelle**

Neue, langfristig öffentliche Finanzmittel bindende Maßnahmen dürfen nur in Angriff genommen werden, wenn sie durch Entlastungen an anderer Stelle des jeweiligen Haushalts abgesichert werden. Andernfalls drohen die öffentlichen Haushalte im Konjunkturabschwung in eine Schuldenfalle zu geraten. Der eng begrenzte Spielraum für zusätzliche Ausgaben muss vorrangig für zukunftsorientierte und wachstumsstärkende Investitionen und Maßnahmen genutzt werden, um nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen, sondern auch die Qualität und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.

- **Verlässliche Steuereinnahmen sind unverzichtbar**

Stabile Staatsfinanzen setzen auch eine stabile Einnahmehasis voraus. Ein weltweiter Steuersenkungswettlauf muss daher vermieden werden. Außerdem sprechen sich die Finanzminister/-innen mit Nachdruck dafür aus, den organisierten Steuerbetrug auf nationaler und internationaler Ebene mit allen Mitteln zu bekämpfen.

² Vgl. Einvernehmlicher Beschluss des Finanzplanungsrates vom 20.06.2007

- **Haushaltskonsolidierung lohnt sich**

Der Abbau der Belastungen durch Schulden ist eine überaus lohnende Investition in die Zukunft. Durch sinkende Zinslasten gewinnen künftige Generationen dauerhaft finanzpolitischen Handlungsspielraum. Die Finanzminister/-innen von Bund und Ländern sind der festen Überzeugung, dass durch eine konsequent auf Stabilität und Wachstum ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik auf der Grundlage dieser Thesen die Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts gelingen wird.

4.2 Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen

4.2.1 Beteiligungsverhältnis an der Umsatzsteuer

Die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen ergeben sich aus § 1 Abs. 1 Finanzausgleichsgesetz (FAG). Ab 2007 erhält der Bund zunächst einen Vorabanteil zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Dieser beträgt in 2007 3,89 v. H., in 2008 4,42 v. H. und ab 2009 4,45 v. H. des Umsatzsteueraufkommens. Vom verbleibenden Aufkommen erhält der Bund dann den Anteil (2007 5,15 v. H. und ab 2008 5,05 v. H.) für den Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden einen Anteil von 2,2 v. H.

Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 2007 49,68 v. H., ab 2008 49,7 v. H., zzgl. eines Betrages von 2,263 Mrd. EUR zu. Ab 2011 verringert sich der Festbetrag auf 1,263 Mrd. EUR. Die Länder erhalten in 2007 50,32 v. H., ab 2008 50,3 v. H., abzüglich 2,263 Mrd. EUR. Ab 2011 sinkt der Festbetrag auf 1,263 Mrd. EUR.

Mit einem Umsatzsteuerfestbetrag i. H. v. jährlich 1,323 Mrd. EUR erbringen die Länder einen finanziellen Ausgleich zugunsten des Bundes für dessen Finanzierungsverpflichtungen aus dem Schuldendienst für den Fonds "Deutsche Einheit". Der Festbetrag der Länder an den Bund i. H. v. 1 Mrd. EUR dient der Finanzierung von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV). Dieser Teil des Umsatzsteuerfestbetrages entfällt ab 2011. Das Haushaltsbegleitgesetz 2006 verändert ab 2007 zudem die Festbeträge als Kompensation für Einnahmeausfälle der Länder bei der Spielbankabgabe um 60 Mio EUR, die sich aus der Umsatzbesteuerung gewerblicher Glücksspiele ergeben.

Im Umsatzsteueranteil der Länder ist ein Anteil von derzeit 6,32 Prozentpunkten und ab dem Jahr 2008 von 6,3 Prozentpunkten enthalten, der zum Ausgleich ihrer besonderen Belastungen infolge der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs bestimmt ist und einen besonderen Regelkreis neben den allgemeinen Verteilungsgrundsätzen darstellt.

Die Entwicklung der jeweiligen Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden (letztere ab 1998) am Umsatzsteueraufkommen seit 1970 zeigt die nachfolgende Übersicht:

Jahr	Bund	Länder	Gemeinden
	- v. H. des Gesamtaufkommens -		
1970/1971	70	30	
1972/1973	65	35	
1974	63	37	
1975	68,25	31,75	
1976 - 1977	69	31	
1978 - 1982	67,5	32,5	
1983	66,5	33,5	
1984 - 1985	65,5	34,5	
1986 - 1992	65	35	
1993 - 1994	63	37	
1995	56	44	
1996 - 1997	50,5	49,5	
1998	51,2312404	46,6488396	2,11992
1999	52,2383993	45,6854607	2,07614
2000 - 2001	52,00766465	45,91619535	2,07614
2002 - 2003	51,40775456	46,51610544	2,07614
2004	49,47608609	48,44777391	2,07614
2005	53,09495861	44,82890139	2,07614
2006	53,08271209	44,84114791	2,07614
2007	54,69574739	43,29872524	2,00552737

4.2.2 Einnahmen des Landes aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes im Haushaltsplanentwurf 2008

In den Einnahmetiteln des Haushaltsplanentwurfs 2008 (Hauptgruppen 2 und 3) sind rd. 3,6 Mrd. EUR aus Zuweisungen und Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen. Die wichtigsten Leistungen des Bundes einschließlich ihrer voraussichtlichen mittelfristigen Entwicklung sind in der nachstehenden Übersicht aufgelistet. Für 2008 sind darin rd. 95 v. H. aller vom Land erwarteten Bundesmittel erfasst.

Leistungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen nach bedeutenden Einnahmepositionen 2007 bis 2011

Art der Leistung	Kapitel - Titel	Haushaltsplan (einschl. NT-Entwurf)	Haushaltsplan-entwurf	Planungsergebnis		
		2007	2008	2009	2010	2011
- Mio EUR -						
1. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91 a und b GG:						
12 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur gemäß Art. 91 a GG	08 300 - 231 61, 331 61	24,8	26,9	26,9	26,9	26,9
13 Verbesserung der Agrarstruktur gemäß Art. 91 a GG (einschl. Sonderrahmenplan)	10 080 - alle Titel 231 und 331	40,4	40,4	40,4	40,4	40,4
14 Gemeinsame Forschungsförderung gemäß Artikel 91 b GG (Blaue-Liste-Einrichtungen)	06 030 - 231 11, 331 11	24,5	25,6	26,4	26,7	27,6
2. Aufgrund von Geldleistungsgesetzen nach Artikel 104 a Absatz 3 GG:						
21 Aufstiegsfortbildung	05 030 - 231 10	17,2	16,4	16,4	16,4	16,4
22 Ausbildungsförderung im Schulbereich	05 030 - 231 61, 331 61	96,9	94,6	94,6	94,6	94,6
23 Ausbildungsförderung im Hochschulbereich	06 027 - 231 62, 331 62	208,7	208,7	208,7	208,7	208,7
24 Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	11 020 - 231 10	1.040,0	1.047,0	1.047,0	1.047,0	1.047,0
25 Wohngeld	14 050 - 231 10	135,0	135,0	110,0	110,0	110,0
26 Unterhaltsvorschussgesetz	15 055 - 231 10	71,4	71,4	71,4	71,4	71,4
3. Als Finanzhilfen nach Artikel 104 a Absatz 4 GG:						
31 Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung"	05 300 - 331 20	159,9	--	--	--	--
32 Darlehen und Zuweisungen für den Wohnungsbau (einschl. Aussiedlerwohnungsbau)	14 050 - 311 70, 331 70	97,1	97,1	97,1	97,1	97,1
33 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	14 500 - 331 10 und 331 12	62,3	62,3	62,3	62,3	62,3
34 Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (ÖPNV)	14 110 - 331 10	78,3	78,3	78,3	78,3	78,3
35 Anschluss des Flughafens Köln-Bonn an die Eisenbahn-Neubaustrecke Köln-Rhein-Main	14 110 - 331 11	129,8	129,8	129,8	129,8	129,8
36 Finanzhilfen des Bundes nach dem GVFG (kommunaler Straßenbau)	14 140 - 331 10	129,8	129,8	129,8	129,8	129,8
37 Regionalisierungsgesetz	14 110 - 231 10	1.057,5	1.041,7	1.041,7	1.041,7	1.041,7
4. Sonstige:						
41 Erstattung von Entschädigungslasten der Wiedergutmachung	03 810 - 231 00	36,3	31,3	29,7	28,1	26,6
42 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes gemäß Artikel 143 c GG für den Bildungsbereich	06 100 - 331 30 und 331 40	164,0	158,0	158,0	158,0	158,0
Nachgewiesene Leistungen des Bundes insgesamt:		3.573,8	3.394,2	3.368,4	3.367,1	3.366,5

4.3 Finanzausgleich unter den Ländern ab 2005

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 11.11.1999 (BVerfGE 101, 158 ff.) festgestellt, dass das bis 2004 geltende Finanzausgleichsgesetz die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht mit hinreichender Deutlichkeit bestimmt und deshalb nur noch als Übergangsrecht anwendbar war. Das neue Finanzausgleichsrecht ist nach Ablauf des Solidarpaktes I zum 01.01.2005 in Kraft getreten.

Die Regelungen zum neuen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II werden zur Überwindung der Folgen der Teilung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland innerhalb einer Generation beitragen. Sie sind daher bis zum 31.12.2019 befristet.

Folgende wichtige strukturelle Änderungen des Länderfinanzausgleichs wurden vorgenommen:

- Das System insgesamt ist anreizgerechter: Hat ein Land einen überdurchschnittlichen Steuerzuwachs, verbleiben ihm 12 v. H. der überdurchschnittlichen Einnahmen; sie werden nicht in den Finanzausgleich eingerechnet.
- Hafentlasten werden nicht mehr im Länderfinanzausgleich berücksichtigt, sondern außerhalb des Systems geregelt.
- Die kommunale Finanzkraft wird zu 64 v. H. einbezogen. Dies ist ein Kompromiss zwischen der bisher hälftigen Einbeziehung und der Forderung nach 100%iger Einbeziehung.

NRW finanzierte im Zeitraum 1995 bis einschließlich 2006 mit insgesamt rd. 11,7 Mrd. EUR rd.14 v. H. des gesamten Ausgleichsvolumens. Einen Überblick über die Abrechnungsergebnisse geben die nachfolgenden Übersichten:

**Beiträge im Länderfinanzausgleich 1995 bis 2006
in Relation zum Ausgleichsvolumen**

Basis:
1995 - 2005: 2. Durchführungsverordnung
2006: Vorläufige Abrechnung

Zeitraum	NRW		BY		BW		HE		SH		HH		Zusammen	
	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.						
1995	1.763,4	30,81	1.294,4	22,61	1.433,3	25,04	1.100,6	19,23	72,2	1,26	60,1	1,05	5.723,9	6,89
1996	1.595,0	25,56	1.463,2	23,40	1.289,0	20,61	1.656,4	26,49			246,2	3,94	6.252,8	7,00
1997	1.564,2	25,50	1.586,0	25,85	1.232,0	20,08	1.609,6	26,24	2,8	0,05	139,8	2,28	6.134,4	7,02
1998	1.583,0	22,88	1.486,5	21,48	1.777,9	25,69	1.758,2	25,41	0,1	0,00	314,3	4,54	6.920,0	6,48
1999	1.317,5	17,59	1.635,3	21,83	1.759,7	23,49	2.432,6	32,48			344,9	4,60	7.490,0	6,19
2000	1.141,2	13,79	1.884,1	22,77	1.957,2	23,66	2.734,4	33,05			556,0	6,72	8.272,9	6,04
2001	277,9	3,67	2.276,8	30,09	2.115,4	27,95	2.629,5	34,75			268,1	3,54	7.567,7	5,74
2002	1.628,1	21,87	2.047,5	27,50	1.662,7	22,33	1.910,2	25,66			197,1	2,65	7.445,5	5,90
2003	49,6	0,75	1.859,2	28,13	2.169,3	32,82	1.875,8	28,38			656,0	9,92	6.609,8	5,95
2004	212,9	3,13	2.315,4	34,03	2.170,0	31,89	1.528,6	22,46			578,0	8,49	6.804,8	6,24
2005	489,9	7,05	2.234,2	32,16	2.234,8	32,17	1.605,6	23,11			383,3	5,52	6.947,8	6,48
2006	130,5	1,79	2.085,2	28,60	2.046,9	28,07	2.411,5	33,07			617,8	8,47	7.292,0	6,29
1995 - 2006	11.756,3	14,09	22.167,7	26,56	21.848,1	26,18	23.252,9	27,86	75,0	0,09	4.361,6	5,23	83.461,6	6,29

**Zuweisungen im Länderfinanzausgleich 1995 bis 2006
in Relation zum Ausgleichsvolumen**

Basis:
1995 - 2005: 2. Durchführungsverordnung
2006: Vorläufige Abrechnung

Zeitraum	NI		RP		SH		SL		HB		Berlin		SN		ST		TH		BB		MV		Zusammen	
	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.	Mio EUR	v. H.
1995	231,2	4,04	116,9	2,04	8,0	0,13	92,1	1,61	287,5	5,02	2.158,7	37,71	906,3	15,83	574,2	10,03	521,1	9,10	441,8	7,72	394,1	6,89	5.723,9	6,89
1996	282,8	4,52	118,3	1,89	8,0	0,13	119,7	1,91	324,5	5,19	2.217,1	35,46	1.004,6	16,07	634,5	10,15	576,3	9,22	529,2	8,46	437,8	7,00	6.252,8	7,00
1997	343,6	5,60	151,2	2,47	8,0	0,13	104,5	1,70	178,8	2,91	2.266,2	36,94	980,5	15,98	600,6	9,79	573,9	9,36	504,2	8,22	430,8	7,02	6.134,4	7,02
1998	402,9	5,82	219,4	3,17	8,0	0,13	116,4	1,68	466,4	6,74	2.500,7	36,14	1.019,4	14,73	617,3	8,92	595,1	8,60	534,0	7,72	448,5	6,48	6.920,0	6,48
1999	531,8	7,10	194,8	2,60	88,7	1,18	152,5	2,04	340,1	4,54	2.725,3	36,39	1.121,7	14,98	671,9	8,97	611,7	8,17	587,5	7,84	463,9	6,19	7.490,0	6,19
2000	568,1	6,87	391,6	4,73	185,1	2,24	166,7	2,01	442,1	5,34	2.812,3	33,99	1.181,9	14,29	711,4	8,60	670,1	8,10	644,0	7,78	499,6	6,04	8.272,9	6,04
2001	951,6	12,57	229,3	3,03	59,6	0,79	145,5	1,92	401,5	5,31	2.652,8	35,05	1.031,3	13,63	590,9	7,81	573,2	7,57	498,0	6,58	434,1	5,74	7.567,7	5,74
2002	487,4	6,55	419,1	5,63	111,6	1,50	139,2	1,87	406,5	5,46	2.676,9	35,95	1.047,1	14,06	606,8	8,15	571,1	7,67	540,8	7,26	439,0	5,90	7.445,5	5,90
2003	392,4	5,94	259,2	3,92	16,1	0,24	106,6	1,61	346,2	5,24	2.638,8	39,92	936,1	14,16	519,7	7,86	499,6	7,56	502,1	7,60	393,1	5,95	6.609,8	5,95
2004	446,2	6,56	190,4	2,80	102,2	1,50	115,7	1,70	330,8	4,86	2.702,9	39,72	929,8	13,66	531,6	7,81	517,5	7,60	534,3	7,85	403,4	5,93	6.804,8	5,93
2005	363,3	5,23	293,9	4,23	146,2	2,10	112,6	1,62	366,2	5,27	2.455,5	35,34	1.020,2	14,68	587,0	8,45	581,0	8,36	588,3	8,47	433,5	6,24	6.947,8	6,24
2006	240,8	3,30	344,2	4,72	123,3	1,69	114,8	1,57	415,9	5,70	2.700,9	37,04	1.071,5	14,69	587,6	8,06	612,8	8,40	607,8	8,34	472,3	6,48	7.292,0	6,48
1995 - 2006	5.242,0	6,28	2.928,2	3,51	840,8	1,01	1.486,4	1,78	4.306,5	5,16	30.508,1	36,55	12.250,5	14,68	7.233,4	8,67	6.903,4	8,27	6.512,1	7,90	5.250,1	6,29	83.461,6	6,29

4.4 Bundesergänzungszuweisungen ab 2005

Auch ab 2005 hebt der Bund - wie bisher - die Finanzkraft leistungsschwacher Länder allgemein an (Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) und finanziert Sonderlasten leistungsschwacher Länder (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen).

Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen werden wie bisher als sog. Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen gewährt. Anspruchsberechtigt sind Länder, deren Finanzkraft nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs 99,5 v. H. der länderdurchschnittlichen Finanzkraft nicht erreicht; die entsprechenden Fehlbeträge werden zu 77,5 v. H. aufgefüllt. Damit wird die Einhaltung der Finanzkraftreihenfolge der Länder und des Nivellierungsverbots gewährleistet. Das Volumen der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen hat sich allerdings im Vergleich zum alten Recht verringert.

Die ostdeutschen Länder und Berlin erhalten weiterhin Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Der Bund stellt hierzu für 15 Jahre insgesamt einen Betrag von rd. 105 Mrd. EUR zur Verfügung, der degressiv zurückgeführt wird. Es handelt sich um folgende Zuweisungen für die Jahre 2005 - 2019:

Jahr	Zuweisungen - EUR -	Jahr	Zuweisungen - EUR -
2005	10.532.613.000	2013	6.544.536.000
2006	10.481.484.000	2014	5.777.598.000
2007	10.379.225.000	2015	5.061.790.000
2008	10.225.838.000	2016	4.294.852.000
2009	9.510.029.000	2017	3.579.043.000
2010	8.743.091.000	2018	2.812.105.000
2011	8.027.283.000	2019	2.096.297.000
2012	7.260.345.000		

Zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit erhalten die ostdeutschen Länder vorerst für die Jahre 2005 - 2010 insgesamt jährliche Zahlungen i. H. v. 1 Mrd. EUR. Im Jahre 2010 wird überprüft, ob und in welcher Höhe diese Lasten ab dem Jahr 2011 auszugleichen sind.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung werden seit Anfang 2005 um insgesamt $\frac{1}{3}$ auf rd. 0,52 Mrd. EUR zurückgeführt und im Abstand von fünf Jahren hinsichtlich der Voraussetzungen für ihre Gewährung, erstmals in 2008, überprüft.

Die Regierungschefs der ostdeutschen Länder haben bei Abschluss des Solidarpaktes II erklärt, dass damit nach einer Generation, d. h. ab 2020, ein teilungsbedingter infrastruktureller Nachholbedarf nicht mehr geltend gemacht wird.

4.5 Fonds "Deutsche Einheit" ab 2005

Seit dem 01.01.2005 ist der Fonds "Deutsche Einheit" in den Finanzausgleich integriert. Für die Jahre 2005 - 2019 übernimmt der Bund gegen Kompensationsleistungen (Festbetrag Umsatzsteuer) der Länder die Annuitätsleistungen.

Mit Ablauf des Jahres 2019 wird der Fonds aufgelöst; Verbindlichkeiten und Vermögen des Fonds gehen dann auf den Bund über. Eine am 31.12.2019 noch bestehende Restschuld bis zur Höhe von rd. 6,5 Mrd. EUR übernimmt der Bund vollständig. Weist der Bund nach, dass die Restschuld des Fonds "Deutsche Einheit" Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung den Referenzbetrag von rd. 6,5 Mrd. EUR übersteigt, erhält er von den westdeutschen Ländern einschließlich West-Berlin einen Ausgleich i. H. v. 53,3 v. H. des übersteigenden Betrages.

5. Finanzbeziehungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Gemeinden

5.1 Kommunal Finanzen in Nordrhein-Westfalen - Ergebnis einer Auswertung des Innenministeriums -

Gesamtüberblick

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich im Haushaltsjahr 2006 insgesamt verbessert. Die Entwicklung der Einnahmen der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen stand im Zeichen einer fortgesetzten Erholung der kommunalen Steuereinnahmen. Sie stiegen im Haushaltsjahr 2006 um rd.

1,9 Mrd. EUR oder 12,9 v. H. gegenüber 2005 erheblich an. Dagegen verringerten sich jedoch fast alle anderen wichtigen kommunalen Einnahmen. Gleichzeitig konnte die Konsolidierung bei den Ausgaben im Gesamten weiter fortgesetzt werden. Die Ausgaben der Gemeinden (GV) gingen im Haushaltsjahr 2006 um 0,6 v. H. oder rd. 240 Mio EUR zurück. Zu dieser Entwicklung haben aber neben dem weiteren Rückgang der Sachinvestitionen auch Sondereffekte bei den sozialen Leistungen beigetragen.

Das Finanzierungsdefizit der Gemeinden (GV) in NRW (Finanzierungssaldo der Gesamthaushalte) hat sich im Haushaltsjahr 2006 gegenüber dem Vorjahresergebnis auf rd. 809 Mio EUR halbiert. Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte stiegen im Haushaltsjahr 2006 auf den neuen Höchststand von rd. 6,1 Mrd. EUR an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass darin rd. 5,4 Mrd. EUR an Fehlbeträgen aus Vorjahren verbucht wurden. Der jahresbezogene Fehlbetrag der Verwaltungshaushalte belief sich dagegen auf rd. 626 Mio EUR und hat sich im Vergleich mit dem Vorjahr ebenfalls mehr als halbiert. Die Entwicklung des Finanzierungssaldos und des jahresbezogenen Fehlbetrages belegen die gegenüber den Vorjahren jetzt verbesserte Situation der Kommunalfinanzen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zur Gesundung der Kommunalfinanzen.

Gleichwohl ist die kommunale Finanzlage, insbesondere in einer Reihe von Städten und Gemeinden, weiter sehr angespannt. Ein Zeichen dafür ist der neue Höchststand der Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung zum Jahresende 2006 mit rd. 12,54 Mrd. EUR. Die Summe ist fast deckungsgleich mit der Fehlbetragslast, die aus der Vergangenheit vorgetragen wurde. Die Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung erhöhten sich zum 31.12.2006 gegenüber dem 31.12.2005 um rd. 1.866 Mio EUR. Dagegen konnten die Investitionsschulden um rd. 500 Mio EUR vermindert werden.

Zusammenfassend stellen sich in der jahresbezogenen Betrachtung die Kommunalfinanzen im Gesamten als deutlich verbessert dar. Gleichwohl bestehen einzelne besorgniserregende Problemlagen, vor allem bei den rd. 105 Städten und Gemeinden, die sich ohne ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept in einer andauernden vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden. Der erhöhte Konsolidierungsdruck ergibt sich in diesen Einzelfällen zumeist als Folge niedriger Steuereinnahmen in den Jahren 2000 - 2003 und aus teilweise sehr hohen Altlasten der Vergangenheit. Oftmals werden auch Aufgabenüberlastungen aus der Gesetzgebung geltend gemacht. Örtliche

Konsolidierungsnotwendigkeiten werden manchmal aber auch beständig in die Zukunft aufgeschoben. Insoweit bedarf es eines Umdenkens, um das Angebot des Gesetzgebers zu einem genehmigungsfähigen Haushalts-sicherungskonzept als wichtige Stufe zur Wiedererlangung einer kommunalpolitischen Handlungsfähigkeit ernster zu nehmen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Die Umstellung des Rechnungssystems auf das doppische Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement - NKF) schreitet zügig fort. In den Jahren 2007 und 2008 stellt eine Vielzahl der Gemeinden (GV) ihr Rechnungswesen um. Dies ist mit besonderen Belastungen verbunden. In den neuen Bilanzen werden die Zusammenhänge zwischen Schulden- und Vermögenssituation transparenter als bisher aufgezeigt. Dies gilt vor allem für die Verbindlichkeiten. Die neuen Ergebnisplanungen und Ergebnisrechnungen zeigen periodengerecht den Aufwand im Vergleich zu den Erträgen. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen kann vor allem der Konsolidierungsbedarf bei zu hohen Aufwendungen frühzeitiger als im bisherigen Rechnungswesen erkannt werden. Im Vergleich der bilanziellen Jahresabschlüsse werden ggf. ein Verzehr des Eigenkapitals und das Risiko einer Überschuldung frühzeitig aufgezeigt.

In der laufenden Übergangsphase zum NKF bleiben umstellungsbedingte Schwierigkeiten nicht aus. Das gilt sowohl für örtlich unterschiedliche Fragestellungen, aber auch für das überörtliche Berichtswesen über die Entwicklung der Kommunalfinanzen. Daten des neuen Rechnungswesens werden dem überörtlichen Berichtswesen zuerst aus der Finanzrechnung, also für Einzahlungen und Auszahlungen, zur Verfügung stehen. Bei den kommunalen Bilanzen und den Ertragsrechnungen (Erträge und Aufwendungen) kann erst ein vollständiges Bild entstehen, wenn alle Gemeinden (GV) auf das NKF umgestellt haben und wenn dafür die Finanzstatistiken ergänzt sind. Das Innenministerium arbeitet gemeinsam mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS) und mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände an einer Zusammenstellung vergleichbarer und qualitativ aussagefähiger Finanzdaten auf der Grundlage der drei Säulen Bilanzen (Jahresabschluss), Ertragsrechnungen sowie der Finanzrechnungen. Die vom LDS bekannt gegebenen Kontenrahmen und die Zuordnungsvorschriften zu den Produktgruppen (ZOVP) bilden die Grundlagen für eine finanzstatistische Erfassung der Erträge und Aufwendungen, der Einzahlungen und Auszahlungen sowie die Zuordnung zu den Produkt-

gruppen. Dem wird eine Grundlage zur Erfassung der Bilanzdaten folgen müssen, deren Konzeption bis Ende 2007 abgeschlossen sein wird. Mit der Erfassung der Daten soll 2008 begonnen werden.

Auch hinsichtlich der Situation der Gemeinden (GV) des Landes, die sich in Haushaltssicherung befinden, ergeben sich durch die Umstellung des Rechnungswesens Veränderungen. Die Voraussetzungen für die Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten (HSK) sind im NKF inhaltlich andere, als das im kamerale Haushaltsrecht der Fall gewesen ist. Deshalb kann die Entwicklung der Anzahl der Haushaltssicherungskommunen im Übergang der unterschiedlichen Rechnungssysteme nicht mehr ohne Weiteres verglichen werden. Die Berichterstattung des Innenministeriums wird darauf abgestellt werden. Bereits mit dem Kommunalfinanzbericht vom Mai 2007 (LT-Vorlage 14/1130 vom 06.06.2007) wurde dies durch differenzierte Darstellung der Anzahl der Kommunen in Haushaltssicherung getrennt nach den unterschiedlichen Rechnungssystemen berücksichtigt.

Am Ende des Jahres 2006 befanden sich 197 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung. 115 Städte und Gemeinden führten ihren Haushalt nach den Vorschriften der vorläufigen Haushaltswirtschaft (§ 82 GO NRW), weil sie nicht über ein genehmigtes HSK verfügten. Die Anzahl der Gemeinden (GV), die sich in Haushaltssicherung befanden, ist im Verlauf des Haushaltsjahres 2006 insgesamt nicht mehr weiter angestiegen. Dagegen hat sich die Anzahl der Gemeinden in vorläufiger Haushaltswirtschaft wegen eines nicht genehmigten HSK (§ 82 GO NRW) im Haushaltsjahr 2006 von 105 auf 115 erhöht.

Im bisherigen Verlauf des Haushaltsjahres 2007 hat sich die Anzahl der Gemeinden (GV) in Haushaltssicherung auf 180 vermindert. Nach dem Stand von Mitte Juni 2007 befanden sich 8 Kommunen (7 Städte und Gemeinden, 1 Kreis), die ihre Haushaltswirtschaft bereits auf NKF umgestellt haben, in der Haushaltssicherung nach NKF. Bei fünf dieser Kommunen muss davon ausgegangen werden, dass sie 2007 ohne genehmigtes HSK in der vorläufigen Haushaltswirtschaft verbleiben. Nach kameralem Rechnungswesen befanden sich zu diesem Zeitpunkt 178 Städte, Gemeinden und Kreise in der Haushaltssicherung. Unter Berücksichtigung der Genehmigungsverfahren für das Haushaltsjahr 2006 verbleiben davon 104 Städte oder Gemeinden in der andauernden vorläufigen Haushaltswirtschaft wegen eines nicht genehmigten HSK.

Im Einzelnen ist auf Folgendes hinzuweisen:

Das Finanzierungsdefizit (Gesamtsaldo von Einnahme- und Ausgabenpositionen der kommunalen Verwaltungs- und Vermögenshaushalte) halbierte sich im Haushaltsjahr 2006 auf insgesamt 809 Mio EUR (2005: 1.613 Mio EUR):

Finanzierungssaldo³ (+ = Finanzierungsüberschuss/- = Finanzierungsdefizit) der kommunalen Gesamthaushalte		
- Mio EUR -		
2004	2005	2006
- 1.346	- 1.613	- 809

Der Saldo blieb trotz der positiven Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen noch negativ, weil andere kommunale Einnahmen zurückgingen. Es bestehen aber gute Aussichten, dass der Finanzierungssaldo der Kommunen in Nordrhein-Westfalen 2007, spätestens 2008 positiv werden kann, also ein Finanzierungsüberschuss erzielt wird. Dies ist auch erforderlich, um die hohen Altschulden, insbesondere die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (alt: Kassenkredite), abzubauen. Dies setzt voraus, dass die in einer Reihe von Kommunen erfolgreiche Konsolidierung bei den laufenden Aufwendungen auf breiter Front fortgesetzt wird.

Für die Entwicklung der Kommunalhaushalte im kameraleen Rechnungswesen waren die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte eine wichtige Kennzahl. Im NKF wird dies deshalb nicht mehr von Relevanz sein, weil es dann getrennte Verwaltungshaushalte und Vermögenshaushalte nicht mehr gibt. Fehlbeträge der Ertragsplanungen haben als Differenz zwischen Aufwendungen und Erträgen eine inhaltlich andere Bedeutung, als dies im kameraleen Rechnungswesen der Fall war. Anstelle der Fehlbeträge wird in Zukunft der Verbrauch des Eigenkapitals zu betrachten sein.

³ Der Finanzierungssaldo ergibt sich aus einer Gegenüberstellung der bereinigten Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Verwaltungshaushalte und der Vermögenshaushalte ohne die sog. besonderen Finanzierungsvorgänge, zu denen im Wesentlichen die Kreditaufnahmen und Tilgungen sowie auf Einnahme- und Ausgabenseite in gleicher Höhe anfallende Positionen oder periodenfremde Zahlungsvorgänge - z. B. Fehlbeträge aus Vorjahren - gehören. Der Finanzierungssaldo spiegelt damit die Finanzlage im jeweils zu beurteilenden Haushaltsjahr wider.

Die Fehlbetragsentwicklung der Kommunen in NRW (nach dem kameralem Rechnungswesen) stellte sich in den vergangenen drei Jahren wie folgt dar:

Fehlbeträge⁴ der Verwaltungshaushalte		
- Mio EUR -		
2004	2005	2006
4.344	5.625	6.054

Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte 2006 der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen sind gegenüber 2005 "nur" noch um 429 Mio EUR angestiegen. Dennoch wurde ein neuer Höchststand der Fehlbeträge erreicht. Dies ist im Wesentlichen eine Folge der Lasten aus der Vergangenheit. Im Haushaltsjahr 2006 mussten nicht gedeckte Fehlbeträge aus Vorjahren (sog. "Altfehlbeträge") i. H. v. 5.428 Mio EUR veranschlagt und verbucht werden. Im Jahr 2005 belief sich diese Belastung "nur" auf 4.261 Mio EUR. Werden die jahresbezogenen Fehlbeträge periodengerecht (wie dies künftig im NKF der Fall sein wird) unter Bereinigung der aus früheren Perioden stammenden Altfehlbeträge ermittelt, ergibt sich in der strukturellen (jahresbezogenen) Fehlbetragsentwicklung folgendes Bild:

Jahresbezogene Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte		
- Mio EUR -		
2004	2005	2006
1.027	1.260	626

Der periodengerechte Fehlbetrag der Verwaltungshaushalte 2006 hat sich damit gegenüber dem Vorjahr halbiert. Wenn sich Aufwandkonsolidierung und positive Einnahmeentwicklung fortsetzen, kommt erstmals seit weit über einem Jahrzehnt für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen insgesamt ein periodengerechter Haushaltsausgleich in Sichtweite. Dabei darf aber nicht

⁴ Fehlbeträge sind im Saldo negative Ergebnisse der Einnahmen und Ausgaben in den Verwaltungshaushalten aller Gemeinden einschließlich der bei einzelnen Gemeinden (GV) entstandenen "Überschüsse" der Verwaltungshaushalte und der bei anderen Gemeinden (GV) entstandenen Defizite.

übersehen werden, dass mit den hohen kurzfristigen Verbindlichkeiten (Kassenkrediten) von über 12,5 Mrd. EUR noch eine schwere Schuldenlast abzubauen ist. Diese in den Griff zu bekommen, wird vorrangige Aufgabe der kommunalen Haushalts- und Finanzpolitik sein.

Kreditaufnahmen sind haushaltsrechtlich nur subsidiär zur Finanzierung vermögenswirksamer Investitionen zulässig. Die Investitionskredite der Kommunen lagen 2006 um rd. 494 Mio EUR im Bereich einer Entschuldung. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen: Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte wurden im bisherigen Rechnungswesen auf neue Rechnung der Verwaltungshaushalte der kommenden Jahre vorgetragen. Im NKF führen sie bilanziell zum Verzehr von Eigenkapital und belasten gleichzeitig die Liquidität. Die Entwicklung der Nettokreditaufnahmen der Kommunen müssen deshalb stets in Zusammenhang mit der Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bewertet werden. Die kommunalen Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung haben sich (jeweils zum angegebenen Tagesstand) wie folgt entwickelt:

Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung⁵ der Kommunen in Nordrhein-Westfalen		
- Mio EUR -		
31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
8.553	10.672	12.538

Die kommunale Liquidität wird in besonderer Weise dadurch in Anspruch genommen, dass Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte auch im Jahresabschluss nicht kreditfinanziert werden dürfen und auf folgende Haushaltsjahre vorzutragen waren. Die Altlast von nicht gedeckten Fehlbeträgen von rd. 12,5 Mrd. EUR belasten die Eröffnungsbilanzen des NKF als kurzfristige Verbindlichkeiten.

Das Neue Kommunale Finanzmanagement leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, die tatsächlichen Belastungen periodengerecht darzustellen und die Folgekosten neuer Maßnahmen transparenter zu ermitteln, als das im bisherigen kameralen System möglich war. Aus dem Erkenntnisgewinn sollten Investitions- und Konsolidierungsentscheidungen getroffen werden. In

⁵ Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung sind die zur Aufrechterhaltung der täglichen Zahlungsfähigkeit (Finanzierung höherer Auszahlungen gegenüber verfügbaren Einzahlungen) aufgenommenen Kredite.

den Vordergrund rückt künftig der periodengerechte Ausgleich zwischen Aufwendungen und Erträgen. Es bedarf erheblicher Anstrengungen in vielen Gemeinden (GV) des Landes, einen Haushaltsausgleich der Aufwendungen und Erträge zu erreichen, ohne dafür die Ausgleichsrücklage oder die allgemeine Rücklage im Wege eines beständigen Eigenkapitalverzehr in Anspruch nehmen zu müssen.

Die wichtigsten Einnahmen

Steuereinnahmen

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen im Haushaltsjahr 2006 netto um 12,9 v. H. (1.907 Mio EUR) auf 16.685 Mio EUR an. Nach dem Tiefpunkt des Aufkommens im Jahr 2003 (12.991 Mio EUR) sind die kommunalen Steuereinnahmen in den drei nachfolgenden Jahren stark angestiegen. Das kommunale Steueraufkommen lag 2006 um 3.694 Mio EUR über dem Niveau des aufkommensschwachen Jahres 2003.

Im Einzelnen haben sich die kommunalen Steuereinnahmen im Vergleich des Haushaltsjahres 2006 zu 2005 wie folgt entwickelt:

- Die Einnahmen aus den Grundsteuern A und B erhöhten sich im Haushaltsjahr 2006 um 1,7 v. H. und betragen insgesamt 2.534 Mio EUR.
- Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer erhöhten sich im Haushaltsjahr 2006 brutto um 23,6 v. H. auf rd. 9.867 Mio EUR. Nach Abzug der von den Gemeinden gesetzlich zu erbringenden Gewerbesteuerumlage stiegen die Einnahmen der Gewerbesteuer netto um 23,1 v. H. auf rd. 8.062 Mio EUR.
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer betrug 2006 rd. 5.199 Mio EUR. Das Aufkommen erhöhte sich erstmals seit einigen Jahren deutlich mit + 7,0 v. H. Zusätzlich sind die Kompensationsleistungen für die Einkommensteuerverluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs zu berücksichtigen. Sie betragen 2006 rd. 465 Mio EUR und waren damit um 2,6 v. H. rückläufig gegenüber 2005. Die Kompensationsleistungen werden den Gemeinden nach dem gleichen Verteilungsschlüssel wie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch Zuweisung des Landes bereitgestellt, zählen aber haushaltssystematisch im kameralen Rechnungswesen bei den Gemeinden nicht zu den Steuereinnahmen.

- Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer betrug 2006 kassenmäßig rd. 723 Mio EUR und hat sich im Vergleich zum Jahr 2005 um 4,6 v. H. erhöht.
- Die sonstigen Steuern oder steuerähnlichen Einnahmen der Gemeinden sanken 2006 um 11,7 v. H. auf rd. 167 Mio EUR.

Gebühren/Entgelte

Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten verminderten sich 2006 leicht um 0,7 v. H. auf rd. 5.541 Mio EUR. Dabei ist zu bedenken, dass weiterhin eine Reihe von kostenrechnenden Einrichtungen aus den Kommunalhaushalten, zum Beispiel als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen oder in Form von Anstalten des öffentlichen Rechts, ausgegliedert sind und die Effekte früherer Ausgliederungen nachwirken.

Erwerbseinnahmen

Die Erwerbseinnahmen der Kommunen, insbesondere aus Beteiligungen, Mieten, Pachten und Konzessionsabgaben verminderten sich 2006 sehr stark um 10,9 v. H. auf rd. 3.773 Mio EUR. Ursachen waren ein starker Rückgang der Erträge aus Mieten und Pachten (- 11,0 v. H.), der Gewinnanteile aus wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen (- 17,7 v. H.) und aus dem Ersatz von sozialen Leistungen.

Einnahmen aus der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (LUH) nach dem SGB II

Die Kommunen erhielten in Zusammenhang mit den Umstellungen durch die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zum 01.01.2005 ("Hartz IV") erstmals im Haushaltsjahr 2005 neue "Beteiligungseinnahmen". Der Bund beteiligte sich im Jahr 2006 an den Leistungen für Unterkunft und Heizung mit rd. 867 Mio EUR (+ 4,2 v. H.) und erstattete Leistungen der Optionskommunen (Arbeitslosengeld II und Eingliederung in Arbeit). Das Land leitete seine Ersparnisse an Wohngelderstattungen netto mit 290 Mio EUR in 2006 als Zuweisungen an die Gemeinden weiter. Die Zahlungsströme lassen sich nach den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik nicht vollständig differenziert darstellen, weil sie teilweise in Gesamtpositionen (z. B. Landeszuweisungen, vgl. folgendes Kapitel) enthalten sind.

Laufende Zuweisungen/Erstattungen des Landes

Die lfd. Zuweisungen/Zuschüsse/Erstattungen des Landes verminderten sich 2006 insgesamt um 5,8 v. H. auf rd. 6.777 Mio EUR. Die Hauptursache für diese Entwicklung lag darin, dass die Kommunen 2006 weitere Abrechnungen zu hoher Zuweisungen der Vorjahre zu verrechnen hatten. Das Land hatte damit in den Vorjahren Steuermindereinnahmen im kommunalen Steuerverbund des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) ausgeglichen und den Kommunen damit eine Art zinsloses Darlehen eingeräumt. Das ist im Wesentlichen auch der Grund dafür, dass die allgemeinen Zuweisungen des Landes von 5.470 Mio EUR (2005) auf 5.066 Mio EUR (2006) um 404 Mio EUR (- 7,4 v. H.) zurückgingen. Für 2007 und 2008 stehen keine negativen Abrechnungen mehr an, weil durch Änderungen im GFG (Übergang von Soll- auf Ist-Daten) Abrechnungen nicht mehr notwendig sind.

Als Landesersparnis beim Wohngeld sind den Kommunen 2006 Mittel i. H. v. 290 Mio EUR als weitere Kompensation infolge der zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Arbeitsmarktreformen ("Hartz IV") zugewiesen worden. Die Aufteilung richtet sich nach dem Landesausführungsgesetz zum SGB II.

Veräußerung von Vermögen

Die Kommunen erzielten im Jahr 2006 - im Gesamten - Veräußerungserlöse von rd. 945 Mio EUR. Diese Einnahmen lagen um 1,7 v. H. niedriger als im Jahr 2005 (962 Mio EUR).

Die wichtigsten Ausgaben

Personalausgaben

Die in den Haushalten der Kommunen nachgewiesenen Personalausgaben gingen im Haushaltsjahr 2006 um 1,9 v. H. auf 9.904 Mio EUR zurück. Dabei wurde nach und nach auch die am 01.10.2005 in Kraft getretene Tarifreform wirksam. Dies ist für die Kommunen von besonderer Bedeutung, weil über 70 v. H. ihres Personals tarifabhängig Beschäftigte sind. Der personalwirtschaftliche Konsolidierungskurs hat sich dennoch 2006 weiter fortgesetzt. Neben wirksamen Konsolidierungen spielen dabei aber auch Auslagerungen von Aufgaben aus den Kernhaushalten, zum Beispiel durch Gründung von Anstalten des öffentlichen Rechts, eine Rolle.

Personalausgaben		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2004	2005	2006
9.965 + 0,1 v. H.	10.094 + 1,3 v. H.	9.904 - 1,9 v. H.

Laufender Sachaufwand

Die kommunalen Sachaufwendungen sind 2006 um 5,7 v. H. auf rd. 9.044 Mio EUR angestiegen. Damit sind erstmals seit einigen Jahren erhebliche neue Belastungen entstanden, für die es mehrere Ursachen gibt: Zum einen hat sich der Anstieg der Energiepreise niedergeschlagen. Zum anderen führen Auslagerungen von Aufgaben aus den kommunalen Kernhaushalten zu höheren Mietausgaben oder anderen Leistungsentgelten für Gebäudebewirtschaftung. Auch aus der Verlagerung von Investitionsausgaben durch PPP-/ÖPP-Projekte entstehen zusätzliche dauerhafte Sachaufwendungen.

Laufender Sachaufwand (für Verwaltung und Betrieb)		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2004	2005	2006
8.370 + 1,9 v. H.	8.559 + 2,3 v. H.	9.044 + 5,7 v. H.

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben der Kommunen sind bereits 2005 erstmals seit einigen Jahren mit 1,7 v. H. angestiegen. Im Haushaltsjahr 2006 hat sich dieser neue Trend deutlich verstärkt. Die Zinsausgaben stiegen um 6,1 v. H. auf 1.515 Mio EUR. Die Kommunen müssen sich in diesem Aufwandbereich auf höhere Belastungen einstellen. Zum einen wirken die hohen Kassenkredite zinsbelastend. Zum anderen haben steigende Zinssätze der Geld- und Kapitalmärkte höhere Zinszahlungen zur Folge. Hinzu tritt der Effekt, dass die Altschulden nicht mehr wie in vergangenen Jahren zu günstigeren Konditionen weiterfinanziert werden können. Die weitere Entwicklung der kommu-

nenen Zinsausgaben könnte sich für den Konsolidierungsprozess als belastend darstellen. Umso wichtiger erscheint die Aufgabe, die Neuverschuldung zu begrenzen, Kredite zur Liquiditätssicherung abzubauen oder zu vermeiden und mittelfristig eine Schuldenabbaustrategie zu verfolgen.

Zinsausgaben		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2004	2005	2006
1.404 - 3,3 v. H.	1.428 + 1,7 v. H.	1.515 + 6,1 v. H.

Soziale Leistungen

Die Ausgaben für soziale Leistungen der Gemeinden (GV) in Nordrhein-Westfalen sind im Haushaltsjahr 2006 insgesamt nur um 0,9 v. H. oder rd. 98 Mio EUR auf rd. 11.209 Mio EUR angestiegen:

Soziale Leistungen u. ä.		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2004	2005	2006
9.395 + 3,4 v. H.	11.111 + 18,3 v. H.	11.209 + 0,9 v. H.

Diese seit Jahren geringste Steigerungsrate der sozialen Leistungen geht hauptsächlich auf den starken Rückgang der Leistungen der Optionskommunen für das Arbeitslosengeld II um 29,0 v. H. oder rd. 226,6 Mio EUR zurück, denen auf der Einnahmeseite Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit gegenüberstehen. Ohne diesen Sondereffekt sind die insoweit bereinigten kommunalen Sozialleistungen 2006 um 3,1 v. H. angestiegen. Außerdem muss die Entwicklung vor dem Hintergrund der erheblichen Steigerungen der sozialen Leistungen in vorherigen Jahren gesehen werden.

Die einzelnen Sozialleistungen der Gemeinden (GV) haben sich im Jahr 2006 sehr unterschiedlich entwickelt. So erhöhten sich beispielsweise die kommunalen Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II um 9,1 v. H. oder rd. 255,8 Mio EUR auf 3.079 Mio EUR. Während die Sozialhilfeleistungen an Personen in Einrichtung mit + 1,8 v. H. auf 3.610 Mio EUR verhalten anstiegen, ergab sich bei den Sozialhilfeleistungen an Personen außerhalb von Einrichtung eine sehr starke Steigerung um + 14,7 v. H. auf 894 Mio EUR.

Insgesamt bleiben weiterhin Besorgnisse über die Entwicklung der kommunalen Sozialleistungen bestehen. Die Entwicklung dieser kommunalen "Transferaufwendungen" ist für die Konsolidierung der Kommunalhaushalte von besonderer Bedeutung. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsmarktentwicklung können dabei wesentlich zu notwendigen Entlastungen der Kommunalfinanzen beitragen.

Sachinvestitionen

Die Talfahrt der kommunalen Sachinvestitionen innerhalb der Kommunalhaushalte, die bereits seit 1992 anhält, hat sich auch im Haushaltsjahr 2006 weiter fortgesetzt:

Kommunale Sachinvestitionen		
- Mio EUR/Veränderung v. H. -		
2004	2005	2006
3.391 + 0,8 v. H.	3.155 - 7,0 v. H.	2.950 - 6,5 v. H.

Diese Entwicklung ist zu einem Teil auf die Verlagerung der Investitionen in rechtlich selbständige kommunale Unternehmen zurückzuführen, sie ist aber auch Ausdruck der kommunalen Konsolidierungszwänge. Zu berücksichtigen sind dabei weiterhin Auslagerungen von Einrichtungen (z. B. der kommunalen Abwasserbeseitigung) aus den kommunalen Haushalten und andere Verlagerungen von Investitionsmaßnahmen aus den Kommunalhaushalten durch PPP/ÖPP oder Leasingfinanzierungen, die dazu führen, dass entsprechende Investitionsleistungen nicht mehr in den kommunalen "Kernhaushalten" nachgewiesen werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Die fiskalische Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen verlief im Haushaltsjahr 2006 sehr positiv und hat zu einer Entlastung der Kommunalfinanzen beigetragen. Andere kommunale Einnahmen haben sich dagegen 2006 rückläufig entwickelt. Gleichzeitig konnte die Konsolidierungslinie bei den Ausgaben fortgesetzt werden, wobei dies aber erneut stark zu Lasten der Sachinvestitionen ging. Bei den Sozialleistungen ergaben sich die erläuterten Sonderentwicklungen, wobei weitere Steigerungen der kommunalen Belastungen festzustellen sind. Das Finanzierungsdefizit 2006 der kommunalen Gesamthaushalte hat sich gegenüber dem Vorjahr halbiert. Zwar sind die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte deutlich angestiegen. Die Ursache lag aber weitgehend in den Lasten der Vergangenheit (Veranschlagung und Buchung der Fehlbeträge aus Vorjahren). Der periodengerechte Jahresfehlbetrag war mit 626 Mio EUR so gering wie seit Jahren nicht mehr. Sorgen bereitet die Höhe der Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung infolge der Altlasten. Die kommunale Liquiditätssicherung ist bei einer Reihe von Städten und Gemeinden kritisch. Im Gesamten führte dies zu einem neuen Höchststand der Kassenkredite/Kredite zur Liquiditätssicherung zum 31.12.2006 i. H. v. 12.538 Mio EUR. Diese kurzfristigen Verbindlichkeiten belasten die kommunalen Bilanzen.

Angespannt bleibt die Finanzlage bei den Städten, Kreisen und Gemeinden, die sich in Haushaltssicherung befinden und hier vor allem bei den Gemeinden ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept in einer andauernden vorläufigen Haushaltswirtschaft (§ 82 GO NRW). Die Voraussetzungen für eine Konzeption eines genehmigungsfähigen HSK sind so günstig wie schon lange nicht: Der Gesetzgeber hat die Startbedingungen des NKF mit der Schaffung der Ausgleichsrücklage und differenzierten Eintrittsbedingungen in die Haushaltssicherung erleichtert. Die Ertragssituation stellt sich angesichts der steigenden Steuern und Schlüsselzuweisungen als günstig dar. Die Landesregierung unterstützt Aufgabenentlastungen und Entbürokratisierung. Eine Konsolidierung von Aufwendungen und Verbindlichkeiten ist je nach den vorzufindenden Ausgangsbedingungen zwar örtlich unterschiedlich schwierig. Eine Reihe positiver Einzelbeispiele belegt indes, dass diese Aufgabe zu meistern ist, wenn der Konsolidierungsprozess kommunalpolitisch nachhaltig unterstützt und begleitet wird.

5.2 Kommunaler Finanzausgleich

Entscheidungen über die Höhe der Finanzausweisungen

Art. 106 Abs. 7 GG bestimmt, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein prozentualer Anteil des Länderanteils am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer) zufließt. Die Höhe des Anteils wird von der Landesgesetzgebung bestimmt.

Das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände auf Selbstverwaltung (Art. 78 LV) begründet einen gegen das Land gerichteten Anspruch auf angemessene Finanzausstattung. Art. 79 LV verpflichtet das Land, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten.

Diese Verpflichtung wird durch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes begrenzt. Neben dem Selbstverwaltungsrecht hat das Land noch zahlreiche andere, gleichwertige Güter zu schützen und zu erhalten, etwa die innere Sicherheit, das Bildungswesen und die Justizgewährung (VerfGH NRW 16/96 und 7/97 vom 09.07.1998).

Die Einschätzung des durch Schlüsselzuweisungen zu deckenden Bedarfs der Kommunen muss sich an den konkreten finanziellen Möglichkeiten des Landes orientieren. Das gilt vor allem in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte. Bei der Bestimmung des kommunalen Finanzausgleichs ist die Gesamtentwicklung der finanziellen Situation der Kommunen und des Landes zu berücksichtigen.

Die Aufgabenstellungen des Landes und der Kommunen und die sich daraus ergebenden Haushaltsstrukturen weisen zwangsläufig gravierende Unterschiede auf. Anders als der Landeshaushalt unterscheiden die kommunalen Haushalte - soweit die Umstellung auf das "Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF)" noch nicht erfolgt ist - zwischen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt. Die Kommunen schließen die Haushalte getrennt ab. Dies erschwert einen Vergleich zwischen dem Landeshaushalt und dem kommunalen Gesamthaushalt zur Bestimmung der wechselseitigen Finanzbeziehungen.

Für eine vergleichende Analyse des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte stehen im Wesentlichen die Parameter Finanzierungssaldo, Schuldenstand und Zinsbelastung zur Verfügung.

Diese Parameter werden zwischen Land und Kommunen immer wieder kontrovers diskutiert. Weder die Kritiker noch die Finanzstatistik bieten alternative Kriterien zur Beurteilung der Finanzsituation an. Deshalb bleiben allein diese Daten finanzstatistisch verwertbar. Auch der Verfassungsgerichtshof hat sich in den Begründungen zu den vorgenannten Urteilen wesentlich auf die so dargestellten unterschiedlichen haushaltswirtschaftlichen Gegebenheiten beider Ebenen gestützt.

1. **Finanzierungssaldo**

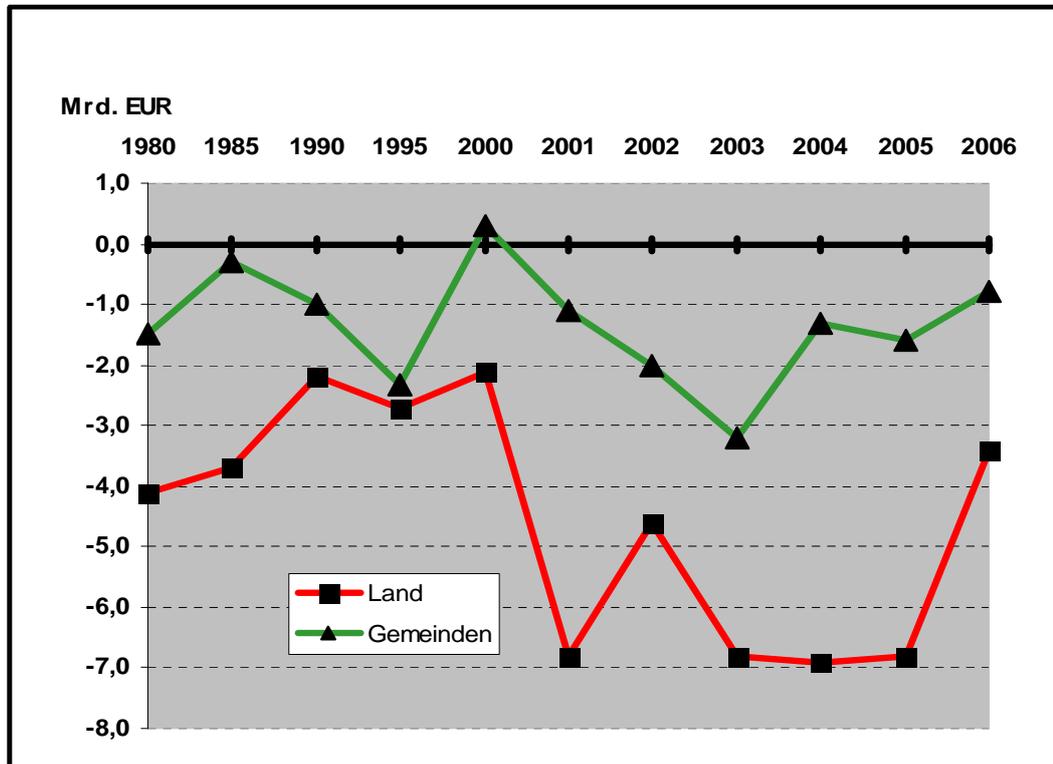
Der Finanzierungssaldo bilanziert die Einnahmen und Ausgaben der kommunalen Haushalte. Er ist um haushaltstechnische Verrechnungen, Rücklagenbewegungen, veranschlagte Fehlbeträge/Überschüsse aus Vorjahren und um die Kreditfinanzierung bereinigt. Insoweit sind auch die unterschiedlichen haushaltsrechtlichen Vorschriften für das Land und die Kommunen nicht beurteilungsrelevant. Der Finanzierungssaldo zeigt, wieweit die Ausgaben die eigenen Einnahmen ohne Kreditaufnahmen über- oder unterschreiten.

Negative Finanzierungssalden über längere Zeiträume dokumentieren die permanente Unterdeckung des Haushaltes. Er vermag insbesondere die für Investitionen erforderlichen Mittel nicht zu erwirtschaften.

Mit Ausnahme der Jahre 1998 - 2000 weisen die Kommunen negative Finanzierungssalden aus. Dennoch verlief die Haushaltswirtschaft des Landes deutlich ungünstiger, wie es die Entwicklung belegt. Der negative Finanzierungssaldo des Landes hat sich zwar 2006 mit rd. - 3,4 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr halbiert. Er ist aber immer noch mehr als viermal so groß wie das, gegenüber dem Vorjahr ebenfalls halbierte, Gesamtergebnis der kommunalen Kassen i. H. v. - 0,8 Mrd. EUR.

Finanzierungssalden des Landes und der Kommunen insgesamt

Mrd. EUR	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Land	-4,1	-3,7	-2,2	-2,7	-2,1	-6,8	-4,6	-6,8	-6,9	-6,8	-3,4
Gemeinden	-1,5	-0,3	-1,0	-2,3	+0,3	-1,1	-2,0	-3,2	-1,3	-1,6	-0,8



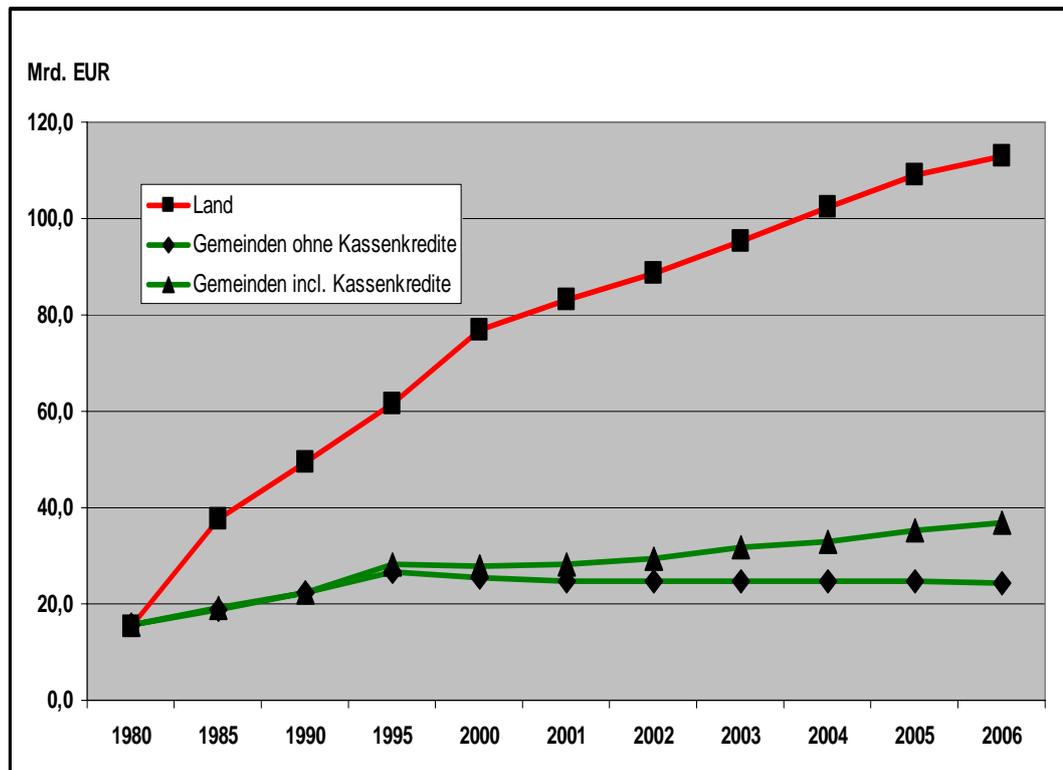
2. Schuldenstand

Als Folge der Unterdeckung der Haushalte ergeben sich eine höhere Verschuldung beim Land und höhere Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten der Kommunen, die zu einem Anstieg der Kassenkredite beitragen. In der langfristigen Betrachtung hat der Schuldenstand des Landes am Kreditmarkt erheblich stärker als bei den Kommunen zugenommen. Waren Land und Kommunen 1980 noch mit jeweils rd. 15 Mrd. EUR etwa gleich stark am Kreditmarkt verschuldet, so ist der Schuldenstand des Landes Ende 2006 mit 112,9 Mrd. EUR inzwischen auf das 4,7-fache des kommunalen Vergleichswertes von 24,2 Mrd. EUR gewachsen.

Unter Einrechnung der Kassenkredite, die als Kontokorrentkredite nicht zu den sog. fundierten Schulden zählen, weist die Verschuldung der Kommunen zwar einen Anstieg auf, der allerdings deutlich niedriger ausfällt als beim Land.

Verschuldung des Landes und der Kommunen insgesamt

Mrd. EUR	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Land	15,4	37,7	49,5	61,7	76,7	83,2	88,5	95,2	102,5	108,9	112,9
Gemeinden ohne Kassenkredite	15,6	18,8	22,3	26,6	25,4	24,8	24,9	24,9	24,6	24,7	24,2
Gemeinden incl. Kassenkredite	15,6	19,1	22,5	28,2	27,8	28,3	29,6	31,7	33,0	35,4	36,8



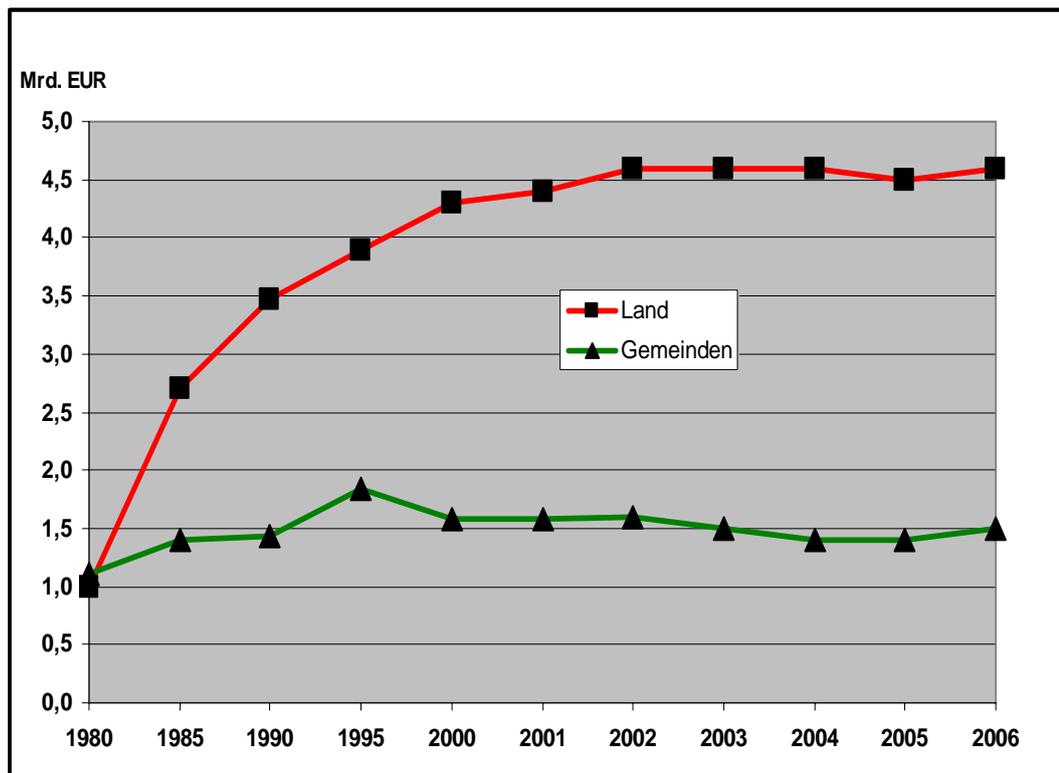
3. Zinsausgaben

Die wachsenden Zinsausgaben (am Kreditmarkt) des Landes belasten aufgrund des insgesamt begrenzten Ausgabenrahmens auch die künftigen Haushalte dauerhaft. 1980 lagen die Zinsausgaben des Landes noch unter denen der Gemeinden; sie stiegen danach permanent an, während

die Zinslast des kommunalen Gesamthaushalts nahezu unverändert blieb. Inzwischen betragen die Zinsausgaben des Landes mehr als das 3-fache der gesamten gemeindlichen Zinsausgaben.

Zinsausgaben des Landes und der Kommunen insgesamt

Mrd. EUR	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Land	1,0	2,7	3,5	3,9	4,3	4,4	4,6	4,6	4,6	4,5	4,6
Gemeinden	1,1	1,4	1,4	1,8	1,6	1,6	1,6	1,5	1,4	1,4	1,5



4. Zusammenfassung

Der Vergleich der wesentlichen Parameter spiegelt deutlich die angespannte Situation des Landeshaushaltes wider. Gegenüber der Verschuldung der Kommunen steigt der Schuldenstand des Landes auf dem hohen Niveau des Jahres 2000 weiter stark an. Seit 2000 sind die Landeschulden um rd. 47 v. H. gestiegen (Kommunen incl. Kassenkredite: rd. 32,4 v. H.). Die hieraus resultierenden Dauerlasten, die seit Jahren deutlich über denen der Gesamtheit der Kommunen liegen, schränken die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes erheblich ein.

Konsequenzen für die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs

Das Land ist durch Art. 79 Abs. 2 der Landesverfassung i. V. m. Art. 106 Abs. 7 Grundgesetz verpflichtet, im Rahmen seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Die kommunale Finanzausstattung ist damit in ein Gesamtfinanzierungssystem eingebettet, das den Belangen der Gemeinden (GV) sowie gleichzeitig des Landes angemessen Rechnung tragen muss.

Der Umfang der den Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel im kommunalen Finanzausgleich wird durch das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände - GFG - festgelegt. Die Entscheidungen hierzu sind mit dem Entwurf der Landesregierung zum GFG 2008 in Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2008 getroffen worden.

Trotz der eingeschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes und des strengen Konsolidierungskurses auf Landesebene erhöhen sich die Ausgaben im kommunalen Steuerverbund. Sie steigen von 6,72 Mrd. EUR in 2007 um 650 Mio EUR auf 7,37 Mrd. EUR im Jahr 2008. Dies entspricht einer Steigerung um 9,7 v. H. Das Land schöpft bei den gegebenen Rahmenbedingungen seine finanziellen Möglichkeiten zur Dotierung des kommunalen Steuerverbundes aus. Unter Abwägung der Finanzsituation der Kommunen einerseits sowie der übrigen, ebenfalls verfassungsrechtlich geschützten Güter und der Haushaltsituation des Landes andererseits ist dem verfassungsrechtlichen Gebot gem. Art. 79 LV in ausreichendem Maße Genüge getan.

Die in 2006 und 2007 vorgenommenen strukturellen Änderungen im Bereich der Gemeindefinanzierung werden im Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 weitergeführt.

Im Einzelnen

Steuerverbundvolumen

Die Kommunen werden im Rahmen des Steuerverbundes 2008 weiter mit 23 v. H. an den Einnahmen des Landes aus den Gemeinschaftsteuern beteiligt. Die maßgeblichen Ist-Verbundsteuereinnahmen (01.10.2006 -

30.09.2007) und die entsprechenden LFA-Zahlungen lagen zum Zeitpunkt der Kabinettsverabschiedung des Entwurfs des GFG 2008 noch nicht vollständig vor. Daher wurde das Ist-Aufkommen der Quartale II und III/2007 auf der Basis der Mai-Steuerschätzung geschätzt. Die hiernach berechnete Verbundmasse beträgt 7.536,7 Mio EUR. Davon sind 2,8 Mio EUR für Tantiemen abzuziehen, die das Land für die Gemeinden aufgrund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat. Das im Steuerverbund noch verbliebene Befrachtungsvolumen (Haushaltskonsolidierung 1999) reduziert die Verbundmasse um 166,2 Mio EUR. Danach steht den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Haushaltsjahr 2008 ein Finanzvolumen von 7.367,7 Mio EUR zur Verfügung. Damit ist ein rechnerischer Zuwachs von 650,7 Mio EUR bzw. 9,7 v. H. gegenüber 2007 zu verzeichnen.

	2007	2008	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	v. H.
Gemeinschaftsteuern	30.481,6	33.149,2	+ 2.667,7	+ 8,8
Länderfinanzausgleich	- 340,5	- 70,0	+ 270,5	x
Kompensation Familienleistungsausgleich	-467,4	- 530,8	- 63,5	x
Kompensation Ost-Ausgleich Hartz IV	220,0	220,0	0,0	0,0
Summe Verbundgrundlagen	29.893,7	32.768,4	+ 2.874,7	+ 9,6
Verbundsatz	23 v. H.	23 v. H.		
Originäre Finanzausgleichsmasse	6.875,5	7.536,7	+ 661,2	+ 9,6
Tantiemen	- 2,8	- 2,8	0,0	0,0
Befrachtungsvolumen	- 166,2	- 166,2	0,0	0,0
Abrechnung Vorjahre	10,5	x	- 10,5	x
Verteilbare Finanzausgleichsmasse	6.717,0	7.367,7	+ 650,7	+ 9,7

Differenzen in den Summen durch Rundungen

Der Steuerverbund wird endgültig im IV. Quartal 2007 auf der Basis der tatsächlichen Ist-Einnahmen aus den Verbundsteuern und der tatsächlichen LFA-Zahlungen im Bezugszeitraum berechnet und im Wege einer Ergänzungsvorlage in die Haushaltsberatungen eingebracht werden.

Verbundsatz 2008

Bei der Entscheidung über die zur Verfügung gestellte Verbundmasse ist auch der Verbundsatz zu bestimmen. Hier ist neben der Entwicklung der finanzwirtschaftlichen Daten für Land und Kommunen auch die Entwicklung der nach dem Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) geregelten kommunalen Beteiligung an den finanziellen Belastungen des Landes aus der Verwirklichung der Deutschen Einheit einzubeziehen.

2006 wurde im Rahmen der Umstrukturierung des Gemeindefinanzierungsgesetzes der Verbundsatz neu austariert. Die Spitzberechnung bzw. Spitzabrechnung im Rahmen der Feinabstimmung der Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten nach § 6 Abs. 3 und 5 GFRG wurde aufgegeben. Dabei wurde eine angenommene kommunale Überzahlung der Einheitslasten mit 0,68 Prozentpunkten berücksichtigt. Diese wirken im Übrigen dynamisch und führen bei einem Anstieg der Gemeinschaftsteuern zu einer höheren Finanzausgleichsmasse.

Nach dem GFRG bemisst sich die Beteiligung der Kommunen eines Landes an den Einheitslasten nach dem Verhältnis der Finanzkraft der Kommunen zu der des Landes. Bundesdurchschnittlich wird das Verhältnis mit 40 v. H. angenommen. In langjähriger Übung wird die Finanzkraft in Nordrhein-Westfalen nach dem letzten zur Verfügung stehenden Kassenergebnis der Steuereinnahmen berechnet. 2004 (maßgeblich für das GFG 2006) lag sie bei 44,8 v. H., 2005 (für GFG 2007) bereits bei 45,8 v. H. und für 2006 (für GFG 2008) bei 45,6 v. H. Eine offensichtliche Veränderung der Ausgangssituation ist danach nicht festzustellen. Für eine Veränderung des Verbundsatzes besteht somit gegenwärtig keine Veranlassung; er bleibt daher unverändert bei 23 v. H.

Einheitslasten

Die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten wird über die erhöhte Gewerbesteuerumlage sowie verbundsystematische Auswirkungen (einheitsbedingt geminderte Verbundgrundlagen) erbracht.

Mittelverteilung

Die Landesregierung hat unter Berücksichtigung der aktuellen Haushalts- und Bedarfssituation auf kommunaler Ebene und Landesseite folgende Entscheidungen über die Mittelverteilung getroffen:

1. Die Schlüsselzuweisungen nehmen 2008 um 9,8 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu.
2. Die Schulpauschale wird um 80 Mio EUR auf 540 Mio EUR zu Lasten der Investitionspauschalen aufgestockt. Hiervon werden unverändert 70 Mio EUR konsumtiv und 470 Mio EUR statt 390 Mio EUR investiv

veranschlagt. Sie wird zu einer Schulpauschale/Bildungspauschale fortentwickelt. Sie kann sowohl für die bisherigen Zwecke (u. a. für Investitionen für den Ganztagsbetrieb in Schulen), als auch für kommunale Investitionsmaßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung verwandt werden. Die Verteilungskriterien bleiben unverändert (Schülerzahl).

3. Die Sportpauschale wird weiterhin mit 50 Mio EUR veranschlagt.
4. Die Mittel zur pauschalen Investitionsförderung (IVP) betragen insgesamt 454,6 Mio EUR und nehmen damit um + 1,5 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu.
5. Für Bedarfszuweisungen werden 24,5 Mio EUR zur Verfügung gestellt.

Die Ausgabenansätze werden im Einzelplan 20 bei Kapitel 20 030 nachgewiesen.

	2007	2008	Veränderung	
	Mio EUR	Mio EUR	Mio EUR	v. H.
Schlüsselzuweisungen	5.736,5	6.298,5	+ 562,0	+ 9,8
- Gemeinden	4.502,5	4.943,6	+ 441,1	+ 9,8
- Kreise	671,3	737,0	+ 65,8	+ 9,8
- Landschaftsverbände (LV)	562,7	617,9	+ 55,1	+ 9,8
Schulpauschale/Bildungspauschale	460,0	540,0	+ 80,0	+ 17,4
Sportpauschale	50,0	50,0	0,0	0,0
Investitionspauschalen	448,2	454,7	+ 6,5	+ 1,5
- Allgemeine IVP	378,0	383,4	+ 5,5	+ 1,5
- IVP Sozialhilfeträger	38,2	38,7	+ 0,5	+ 1,5
- IVP LV (Eingliederungshilfe)	32,0	32,5	+ 0,5	+ 1,5
Bedarfszuweisungen	22,4	24,5	+ 2,2	+ 9,7
Summe Zuweisungen	6.717,0	7.367,7	+ 650,7	+ 9,7

Differenzen in den Summen durch Rundungen

Weitere Leistungen an die Kommunen

Neben den Leistungen im Rahmen des Steuerverbundes stellt das Land den Kommunen weitere Mittel zur Verfügung:

1. **Zuweisungen nach näherer Bestimmung des Gemeindefinanzierungsgesetzes**

- Zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung werden insgesamt 5,7 Mio EUR bereitgestellt.
- Die Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs werden weiterhin mit 26 v. H. des dem Land zustehenden Anteils aus 6,3 zusätzlichen Umsatzsteuerpunkten ausgeglichen. Der Ausgleichsbetrag 2008 für die Gemeinden beträgt 575 Mio EUR, das sind 30 Mio EUR mehr als für 2007.

2. **Leistungen nach Maßgabe des Haushaltsplans**

Für eine Vielzahl von Zweckbestimmungen sieht der Landeshaushalt 2008 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i. H. v. 5,7 Mrd. EUR vor, zu denen z. T. der Bund aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder sonstiger Vereinbarungen Finanzhilfen gewährt. Nach Verabschiedung des Landeshaushalts durch den Landtag werden die beschlossenen Zweckzuweisungen und ihre Dotierung im Ministerialblatt des Landes bekannt gegeben.

3. **Gesamtzuweisungen**

Die Gesamtleistungen des Landes NRW an seine Kommunen betragen rd. 13,7 Mrd. EUR. Der Anteil der Leistungen an Kommunen an den bereinigten Gesamtausgaben des Landes beträgt damit rd. 26,9 v. H.

4. **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Die Gemeinden erhalten als Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 15 v. H. des im Lande vereinnahmten Aufkommens an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer sowie 12 v. H. des Aufkommens an Kapitalertragsteuer nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, 7 und 8 - 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (unter Berücksichtigung der Zerlegung nach Art. 107 Abs. 1 GG). Dieser Anteil wird für 2008 auf 6,1 Mrd. EUR geschätzt. Das sind rd. 400 Mio EUR mehr als für 2007 erwartet werden.

Im Gegenzug zu dem den Gemeinden überlassenen Einkommensteueranteil führen die Gemeinden eine Gewerbesteuerumlage an den Bund und das Land ab. Auf den Bund entfallen davon 12, auf das Land 18 Umlagepunkte. Der Landesanteil beträgt 385 Mio EUR, das sind 110 Mio EUR weniger als für 2007 erwartet werden. Die Vervielfältigerpunkte für Bund und Länder wurden im Zuge der Unternehmensteuerreform jeweils um 4 Punkte gegenüber 2007 abgesenkt.

5. Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Im Gegenzug zum Wegfall der Gewerbekapitalsteuer erhalten die Gemeinden ab 1998 einen Anteil von 2,2 v. H. an den Steuern vom Umsatz (nach Vorwegzuteilung an den Bund für den Zuschuss an die Rentenversicherung und an die Arbeitslosenversicherung). Diese Umsatzsteuerbeteiligung wird für 2008 auf 856 Mio EUR geschätzt, 33 Mio EUR mehr als für 2007 erwartet.

6. Vermögen und Schulden des Landes

6.1 Grundbesitz

Das zum 01.01.2001 errichtete teilrechtsfähige Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) hat die Aufgabe, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte für Zwecke des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten.

Für diese Aufgabe ist zum 01.01.2001 das Liegenschaftsvermögen des Landes NRW bis auf wenige Ausnahmen an den BLB NRW abgegeben worden.

Von der Abgabe ausgenommen wurde lediglich das Grundvermögen der Forstwirtschaft und des Natur- und Landschaftsschutzes sowie wenige Sonderliegenschaften, d. h. Liegenschaften, die wegen Ihrer Beschaffenheit oder Nutzung für eine Bewirtschaftung, Entwicklung oder Verwertung nach kaufmännischen Grundsätzen durch den BLB NRW ungeeignet sind.

Zu den Sonderliegenschaften gehören beispielsweise die Gebäude des Landtages, die Kirchen im Eigentum des Landes, die Schlösser Augustsburg und Falkenlust in Brühl etc.

Das vom BLB NRW verwaltete Liegenschaftsvermögen besteht aus rd. 1.315 Grundstücken mit rd. 4.240 Gebäuden und hat einen Wert von rd. 7,76 Mrd. EUR (Stand 31.12.2006).

Es bestehen ferner die folgenden Schul- und Studienfonds als Sondervermögen ohne Rechtspersönlichkeit, die zum überwiegenden Teil aus Grundvermögen bestehen:

- Haus Büren'scher Fonds
- Paderborner Studienfonds
- Bergischer Schulfonds
- Gymnasialfonds Münstereifel
- Münster'scher Studienfonds
- Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Die Verwaltung des Bergischen Schulfonds, des Gymnasialfonds Münstereifel, des Münster'schen Studienfonds und des Beckum-Ahlen'schen Klosterfonds wird seit dem 01.01.2002 vom BLB NRW wahrgenommen.

Das Land NRW - Landesforstverwaltung - ist mit Stichtag 31.12.2006 Eigentümer von 119.550 ha Forstfläche, davon 116.050 ha Holzboden- und Nichtholzbodenfläche sowie 3.500 ha Nebenfläche im Wert von insgesamt 515 Mio EUR als Verwaltungsvermögen. Dazu kommt ein aktivierter Bestandeswert an stehendem Holzvorrat von 484,3 Mio EUR. Dies ist der weitaus größte Teil des Grundvermögens des Landes und umfasst ca. 13 v. H. der Gesamtwaldfläche im Land. Über 40 v. H. der Waldfläche sind als FFH-Gebiete ("Flora-Fauna-Habitat") ausgewiesen worden. Insgesamt sind ca. 75 v. H. der im Eigentum der Landesforstverwaltung befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen als Naturschutz-, FFH- und Vogelschutzgebiete gemeldet. Die restlichen Flächen - bis auf ca. 2 v. H. - stehen unter Landschaftsschutz. Ferner hat das Land bisher ca. 2.893 ha Waldfläche angepachtet. Die Jagdbetriebsfläche (Verwaltungsjagdfläche) beträgt 53.957 ha. Sie setzt sich zusammen aus Eigentum und angegliederten Flächen abzüglich abgegliederter Flächen. Hinzu kommen noch 7.424 ha Nationalpark Eifel, die nach Schutzzwecken des Nationalparks jagdlich bewirtschaftet werden. Die verbleibende Fläche ist an Dritte verpachtet.

Die Einnahmen aus dem Forst- und Jagdbetrieb betragen im Haushaltsjahr 2006 insgesamt rd. 29,8 Mio EUR.

6.2 Landesbetriebe

Derzeit verfügt das Land über insgesamt zehn Landesbetriebe i. S. v. § 26 der LHO.

a) Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW ist 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es ist Landesdatenverarbeitungszentrale, statistisches Landesamt sowie zentraler statistischer Dienstleister. Zu den Aufgaben des statistischen Landesamtes - auch als zentraler statistischer Dienstleister - gehört die Durchführung, Auswertung, Analyse und Weiterentwicklung sowie die Veröffentlichung der durch EU-, Bundes- und Landesrecht angeordneten Statistiken, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Bereitstellung der Landesdatenbank sowie die Unterstützung und Beratung des Landtages, des Landesrechnungshofes und der Landesverwaltung insgesamt bei statistischen Fragen sowie die Durchführung des Zensus 2010/2011.

Als Datenverarbeitungszentrale - für alle Geschäftsbereiche der Landesverwaltung - einer größtenteils entgeltfinanzierten Aufgabe - betreibt das LDS IT-Infrastruktur (Datenbanken, Landesverwaltungsnetz, Support), erbringt Beratungs- und Entwicklungsleistungen und führt IT-Schulungen durch.

Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2008 weist einen Betriebskostenzuschuss des Landes i. H. v. 62,7 Mio EUR aus, der überwiegend zur Finanzierung der Aufgaben der amtlichen Statistik bestimmt ist.

b) **Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen**

Der Landesbetrieb Landesvermessungsamt NRW wird zum 01.01.2008 aufgelöst und in die Bezirksregierung Köln integriert.

c) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Hagen ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für DV-Aufgaben der Bereiche Justiz, Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, Bezirksregierungen und Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2008 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

d) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Köln ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Aufgabenschwerpunkte sind die IT-Anwendungsbereitstellung für die Bezirksregierungen (Arbeitsschutzverwaltung, u. a.) sowie die Studentenwerke und kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung im Aufgabenvollzug nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Ressortübergreifende Aufgaben sind die Beratung und Unterstützung der Landesverwaltung bei der Einführung von Workflow- und Management-Systemen, Förderverfahren, Dokumentenerstellung und Behördeninformationssystemen.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2008 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

e) **Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Münster**

Das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Münster ist 2003 in einen Landesbetrieb überführt worden.

Es hat seinen Sitz in Münster und eine Nebenstelle in Düsseldorf. Es steht allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung. Der Landesbetrieb ist schwerpunktmäßig für Aufgaben der Landesversorgungsverwaltung zuständig.

Der Jahreserfolgsplan für das Haushaltsjahr 2008 weist keinen Betriebskostenzuschuss des Landes aus. Die Leistungen werden aufgrund von mit den Auftraggebern geschlossenen Vereinbarungen (Aufträge) vom Landesbetrieb gegen Entgelt erbracht. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Einzelplänen/Kapiteln der Auftraggeber veranschlagt.

f) **Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen**

Die zentrale geowissenschaftliche Einrichtung wird seit Januar 2001 als Landesbetrieb geführt. Der Landesbetrieb untersucht landesweit den Untergrund, erfasst, sammelt und dokumentiert untergrundbezogene Daten, interpretiert diese und stellt sie in einem Fachinformationssystem für Planung und Problemlösung bei allen untergrundbezogenen Fragestellungen zur Verfügung. Er nimmt als geologische Landesanstalt nach dem Lagerstättengesetz wesentliche Funktionen im öffentlichen Interesse insbesondere für die Daseinsfürsorge und die Risikobewertung wahr.

Der geprüfte Jahresabschluss 2005 weist zum 31.12.2005 ein Anlagevermögen von 2,1 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 6,0 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2008 ist für das Haushaltsjahr 2008 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 15,0 Mio EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2008 nicht vorgesehen.

g) **Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen**

Der seit dem 01.01.2001 bestehende Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen erbringt Dienstleistungen für die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Die Aufgaben umfassen insbesondere Planung, Baumanagement und Betrieb der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs, der Landesstraßen und in bestimmten Kommunen der Kreis- und Gemeindestraßen.

Wie schon für 2007 plant der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen auch für 2008 ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Allerdings fallen die Zuführungen aus dem Landeshaushalt an den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen in 2008 geringer aus als in 2007. Denn die Zuführung zum laufenden Betrieb sinkt von 239,6 Mio EUR in 2007 auf 232,2 Mio EUR in 2008. Mit dieser verminderten Zuführung geht eine Reduzierung des Personalaufwands einher, die unter anderem auf Stelleneinsparungen beruht. Die Zuführung des Landes zur betrieblichen Unterhaltung der Landesstraßen bleibt in 2008 mit rd. 69,8 Mio EUR und die Zuführung zu betrieblichen Investitionen bleibt mit rd. 18,2 Mio EUR im Vergleich zu 2007 unverändert.

h) **Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen**

Das Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen ist 1995 in einen Landesbetrieb überführt worden. Die Geschäftstätigkeit umfasst die Durchführung von Prüfungen von Stoffen, Produkten, Anlagen und Verfahren im öffentlichen Interesse mit dem Ziel, die Allgemeinheit gegen Gefahren zu sichern und die Wirtschaft in der Qualitätssicherung zu unterstützen.

Der geprüfte Jahresabschluss 2005 weist zum 31.12.2005 ein Anlagevermögen von 3,7 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 8,8 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2008 ist für das Haushaltsjahr 2008 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwarten.

i) **Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen**

Zum 01.01.2005 wurde der Landesbetrieb Wald und Holz NRW errichtet.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW nimmt Aufgaben im Rahmen der Geschäftsfelder

- Landeseigener Betrieb,
- Forstliche Dienstleistungen und
- Hoheitsaufgaben

wahr. Seine Aufgaben ergeben sich insbesondere aus dem Bundes- und dem Landeswaldgesetz. Der Landesbetrieb ist als Teil der Landesforstverwaltung für die Erhaltung und Vermehrung des Waldbestandes und die Sicherung seiner Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion i. S. d. umfassenden Nachhaltigkeitsdefinition des Landesforstgesetzes verantwortlich.

Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW besteht seit 2005 aus der ehemaligen höheren Forstbehörde NRW sowie den ehemaligen staatlichen Forstämtern und den ehemaligen Forstämtern der Landwirtschaftskammer NRW sowie den Jugendwaldheimen. Die Einheitsforstverwaltung bleibt als staatliche Sonderverwaltung erhalten, d. h. der Landesbetrieb bewirtschaftet den Staatswald des Landes NRW, unterstützt den privaten und kommunalen Waldbesitz als Dienstleister und ist als Forstbehörde für die Förderung der Forst- und Holzwirtschaft tätig. Die Zuständigkeit der Beratung und phytosanitäre Kontrollen für Forstpflanzen- und Dendromasse ist von der Landwirtschaftskammer NRW an den Landesbetrieb Wald und Holz NRW übertragen worden.

Seit dem 01.01.2007 hat der Landesbetrieb Wald und Holz NRW im Bereich der Hoheit das forstliche Versuchswesen der ehemaligen Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) u. a. mit den Arbeitsschwerpunkten Waldarbeitsschule, Forstgenbank, Forschungsstelle für Jagdkunde und Waldschadensverhütung sowie die Zuständigkeit für die Obere Jagdbehörde NRW im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform übernommen.

Die planmäßigen Zuführungen der Entgelte und als Ausgleich für Mindererträge aus dem Landeshaushalt betragen im Jahr 2006 rd. 43,06 Mio EUR (zzgl. rd. 1,46 Mio EUR Investitionen) und betragen in 2007 durch die Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform rd. 46,60 Mio EUR (zzgl. rd. 1,69 Mio EUR Investitionen). Im Jahr 2008 werden die Zuführungen rd. 45,20 Mio EUR (zzgl. rd. 1,69 Mio EUR Investitionen) betragen.

j) **Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen**

Die Eichverwaltung Nordrhein-Westfalen ist im Januar 2001 in einen Landesbetrieb überführt worden. Kernaufgabe des Landesbetriebes ist der Vollzug der Bestimmungen im gesetzlich geregelten Mess- und Eichwesen, insbesondere im Gesetz über Einheiten im Messwesen, im Eichgesetz, im Medizinproduktegesetz, in der Fertigpackungsverordnung und im Waffengesetz (Beschussrecht). Daneben ist der Landesbetrieb nach dem Gefahrgutrecht u. a. zuständig für die Erteilung und Entziehung der Zulassung für Container und für die Baumusterzulassung von fest verbundenen Tanks, Aufsetztanks und Batteriefahrzeugen. Für den Regierungsbezirk Arnsberg ist der Landesbetrieb regional zuständige Messstelle zur Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz.

Der geprüfte Jahresabschluss 2005 weist zum 31.12.2005 ein Anlagevermögen von 2,8 Mio EUR und ein Umlaufvermögen von 9,7 Mio EUR aus. Nach dem Erfolgsplan 2008 ist für das Haushaltsjahr 2008 eine Zuführung des Landes für den laufenden Betrieb i. H. v. 5,0 Mio EUR erforderlich. Zuführungen für Investitionen wurden für das Haushaltsjahr 2008 nicht vorgesehen.

6.3 Kapitalvermögen

a) Rücklagen am 31.12.2006:

Zum 31.12.2006 bestanden Rücklagen gem. § 62 LHO in Form von zwei Sondervermögen:

1. Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Nordrhein-Westfalen nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz i. V. m. dem Versorgungsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen: 956 Mio EUR,
2. Sondervermögen Versorgungsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen gem. Versorgungsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen: 16 Mio EUR.

b) Sonstiges Kapitalvermögen:

Der wesentliche Teil des sonstigen Kapitalvermögens des Landes besteht in Forderungen. Bei den Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Darlehen.

Die Darlehensforderungen beruhen zum größten Teil auf den seit 1945 aus ordentlichen und außerordentlichen Landesmitteln ausgezahlten Darlehen.

Daneben bestehen in geringem Umfang Forderungen im Wesentlichen aus Restkaufgeldern und Vorauszahlungen.

Außerdem besteht eine Darlehensforderung des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber seinem teilrechtsfähigen Sondervermögen BLB NRW i. H. v. 5.692,7 Mio EUR.

Die Forderungen (ohne BLB NRW) betragen nach dem Stand vom Rechnungsabschluss 2006 (Mio EUR):

Aufgabengebiet	- Mio EUR -
1. Allgemeine Dienste	0,0
2. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	0,7
3. Soziale Sicherung, soz. Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	932,5
4. Gesundheit, Sport und Erholung	9,8
5. Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0,9
6. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	271,8
7. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	189,8
8. Verkehrs- und Nachrichtendienst	3,4
9. Wirtschaftsunternehmen, Allgem. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	244,9
10. Allgemeine Finanzwirtschaft	0,0
Insgesamt	1.653,8

6.4 Beteiligungen

Das Land Nordrhein-Westfalen ist an den nachstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften des Privatrechts beteiligt (Stand: 31.12.2006).

Für die in Klammern angegebenen verwaltenden Ministerien werden folgende Abkürzungen verwendet:

StK	=	Staatskanzlei
MIWFT	=	Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
FM	=	Finanzministerium
MWME	=	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie
IM	=	Innenministerium
MAGS	=	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
MSW	=	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MBV	=	Ministerium für Bauen und Verkehr
MUNLV	=	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
MGFFI	=	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Kreditinstitute				
1. NRW.Bank	675.000.000	436.995.000 / 64,74		119.002.500 / 17,63 119.002.500 / 17,63
1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Landschaftsverband Rheinland 3. Landschaftsverband Westfalen-Lippe (FM)				
2. WestLB AG	2.209.963.000	377.501.600 / 17,08		698.026.600 / 31,59 559.383.200 / 25,31 559.383.200 / 25,31 7.834.200 / 0,35 7.834.200 / 0,35
1. Land NRW 2. NRW.Bank 3. Rheinischer Sparkassen- und Giroverband 4. Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband 5. Landschaftsverband Rheinland 6. Landschaftsverband Westfalen-Lippe * * mittelbar gehalten über die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (FM)				
3. Finanzierungsgesellschaft des Landes NRW zur Kapitalerhöhung bei der WestLB AG mbH Land Nordrhein-Westfalen (FM)	25.000	25.000 / 100,00		

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
4. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	3.750.000.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		156.272.780 / 4,17		3.000.000.000 / 80,00
2. Bundesrepublik Deutschland				593.727.220 / 15,83
3. Länder der Bundesrepublik				
(FM)				
Wohnungs- und Siedlungsunternehmen				
5. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf	150.121.023		102.308.380 / 68,15	
1. BVG				33.406.308 / 22,25
2. NRW.BANK				61.933 / 0,04
3. Verbände und Kammern				5.170.956 / 3,44
4. Versicherungen und Banken				6.381.127 / 4,25
5. Wohnungsunternehmen				762 / 0,00
6. Andere Unternehmen				28.714 / 0,02
7. Städte				15.160 / 0,01
8. Kreise				2.747.683 / 1,83
9. Eigene Anteile				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
6. Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landesentwicklung (DGL) GmbH in Liquidation, Düsseldorf	8.691.962	751.446 / 8,65		
1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland 3. Landwirtschaftliche Rentenbank 4. Deutsche Genossenschafts-Hypotheken- bank AG 5. Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank 6. DGL (eigene Anteile)				2.028.602 / 23,34 2.179.995 / 25,08 1.413.620 / 16,26 1.090.125 / 12,54 1.228.174 / 14,13
(MUNLV)				
7. Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH, Espelkamp	3.720.000			
1. BVG 2. Stiftung Kronenkreuz, Stuttgart 3. Evang. Kirche von Westfalen, Bielefeld			1.860.000 / 50,00	930.000 / 25,00 930.000 / 25,00
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Verkehrsunternehmen				
8. Deutsche Lufthansa AG, Köln	1.172.275.200			
1. BVG			17.232.445 / 1,47	
2. Sonstige				1.155.042.755 / 98,53
(MBV)				
9. Flughafen Köln/Bonn GmbH, Köln	10.821.000			
1. BVG			3.348.000 / 30,94	3.348.000 / 30,94
2. Bundesrepublik Deutschland				3.367.000 / 31,12
3. Stadt Köln				656.000 / 6,06
4. Stadt Bonn				64.000 / 0,59
5. Rhein-Sieg-Kreis				38.000 / 0,35
6. Rhein.-Berg Kreis				
(MBV)				
10. Flughafen Essen-Mülheim GmbH, Mülheim	195.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		65.000 / 33,33		65.000 / 33,33
2. Stadt Essen				65.000 / 33,33
3. Stadt Mülheim				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
11. Duisburger Hafen Aktiengesellschaft, Duisburg	46.020.000			
1. BVG			15.340.000 / 33,33	15.340.000 / 33,33
2. Bundesrepublik Deutschland				15.340.000 / 33,33
3. Stadt Duisburg				
(MBV)				
12. LOGPORT Logistic Center Duisburg GmbH	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.835 / 15,00		5.113 / 20,00
2. Stadt Duisburg				14.061 / 55,00
3. Duisburg-Ruhrorter-Häfen AG				2.556 / 10,00
4. Stadtwerke Duisburg AG				
(MMME)				
13. Agentur Nahverkehr NRW GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		3.000 / 10,00		27.000 / 90,00
2. Zweckverbände zu je 10 v. H.				
(MBV)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
Sonstige Beteiligungen				
14. ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2.045.168			
1. Land Nordrhein-Westfalen		112.484 / 5,50		
2. Ubrige Gesellschafter				1.932.684 / 94,50
(StK)				
15. Neue Schauspiel GmbH, Düsseldorf	25.565			
1. Land Nordrhein-Westfalen		12.782 / 50,00		
2. Stadt Düsseldorf				12.782 / 50,00
(StK)				
16. IWF Wissen und Medien g.GmbH, Göttinger	51.129			
1. Land Nordrhein-Westfalen		5.113 / 10,00		
2. 9 Länder der Bundesrepublik				46.016 / 90,00
(M/WFT)				
17. Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Gemeinnützige Gesellschaft mbH, München	163.613			
1. Land Nordrhein-Westfalen		10.226 / 6,25		
2. 15 Länder der Bundesrepublik				153.387 / 93,75
(MSW)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
18. Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH, Düsseldorf Land Nordrhein-Westfalen (MMME)	25.565	25.565 / 100,00		
19. Forschungszentrum Jülich GmbH (FZF) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland (MIWFT)	511.292	51.129 / 10,00		460.163 / 90,00
20. Messe Düsseldorf GmbH 1. BVG 2. Stadt Düsseldorf 3. Stadt Düsseldorf (Amt 80) 4. Industrieterrains Düsseldorf Reisholz AG 5. Industrie- und Handelskammer Düsseldorf 6. Handwerkskammer Düsseldorf (MMME)	15.625.000		3.125.000 / 20,00	2.204.000 / 14,11 6.625.000 / 42,40 3.125.000 / 20,00 273.000 / 1,75 273.000 / 1,75

Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
21. Koelnmesse GmbH, Köln	51.200.000	10.240.000 / 20,00	40.460.800 / 79,025
1. BVG			371.200 / 0,725
2. Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln			38.400 / 0,075
3. Industrie- und Handelskammer Köln			25.600 / 0,05
4. Einzelhandelsverband Bez. Köln e. V.			25.600 / 0,05
5. Handwerkskammer Köln			38.400 / 0,075
6. Gastgewerbeinnung zu Köln e. V.			25.600 / 0,05
7. Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.			38.400 / 0,075
(MMME)			
22. Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicher- heit mbH, Köln	27.300		
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.050 / 3,85	12.600 / 46,15
2. Bundesrepublik Deutschland			1.050 / 3,85
3. Freistaat Bayern			4.200 / 15,38
4. TÜV Bayern, Hessen, Sachsen, Südwest e. V.			3.150 / 11,54
5. TÜV Rheinland, Berlin, Brandenburg, Pfalz e. V.			1.050 / 3,85
6. TÜV Hannover, Sachsen-Anhalt e. V.			1.050 / 3,85
7. TÜV Nord e. V.			1.050 / 3,85
8. TÜV Saarland e. V.			1.050 / 3,85
9. Rheinisch-Westfälischer TÜV e. V.			1.050 / 3,85
10. Germanischer Lloyd AG			1.050 / 3,85
(MMME)			

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
23. Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Informationen mbH, Karlsruhe	47.840			
1. Land Nordrhein-Westfalen		1.040 / 2,17		23.920 / 50,00
2. Bundesrepublik Deutschland				13.520 / 28,26
3. 13 Länder der Bundesrepublik				
4. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V., München				1.560 / 3,26
5. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., München				1.560 / 3,26
6. Deutsche Physikalische Gesellschaft e. V., Bad Honnef				1.560 / 3,26
7. Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf				1.560 / 3,26
8. Gesellschaft für Informatik e. V., Bonn				1.560 / 3,26
9. Deutsche Mathematikervereinigung				1.560 / 3,26
(MIMFT)				
24. Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	102.258			
1. Land Nordrhein-Westfalen		51.129 / 50,00		
2. Gemeinnützige Gesellschaft für Diabetesranke Bad Oeynhausen mbH				51.129 / 50,00
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
<p>25. Hochschul-Informationssystem Gesell- schaft mbH, Hannover</p> <p>1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland 3. 15 Länder der Bundesrepublik</p> <p>(MIWFT)</p>	<p>49.084</p>	<p>2.045 / 4,17</p>	<p>16.361 / 33,33 30.678 / 62,50</p>	
<p>26. ZENIT Zentrum für Innovation und Technik in Nordrhein-Westfalen GmbH, Mülheim a. d. Ruhr</p> <p>1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bankenconsortium (WestLB Girozentrale, Bankenvereinigung NRW e. V., Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank e. G.) 3. Trägerverein ZENIT e. V.</p> <p>(MIWFT)</p>	<p>153.388</p>	<p>51.129 / 33,33</p>	<p>51.129 / 33,33 51.129 / 33,33</p>	
<p>27. Gollwitzer-Meier Klinikgesellschaft Bad Oeynhausen mbH</p> <p>1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Stadt Bad Oeynhausen</p> <p>(MAGS)</p>	<p>127.823</p>	<p>76.694 / 60,00</p>		<p>51.129 / 40,00</p>

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
28. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	25.565	25.565 / 100,00		
29. Bildungszentrum für die Entscheidungs- und Wasserwirtschaft GmbH (BEW), Essen Land Nordrhein-Westfalen (MUNLV)	101.849	101.849 / 100,00		
30. Wuppertal-Institut für Klima-Umwelt-Energie GmbH im Wissenschaftszentrum NRW Land Nordrhein-Westfalen (MIWFT)	25.565	25.565 / 100,00		
31. Klinik am Rosengarten im Staatsbad Oeynhausen GmbH (vormals: IVO-Immobilien- Verwaltungsgesellschaft Staatsbad Oeynhausen mbH) Land Nordrhein-Westfalen (MAGS)	14.073.207	14.073.207 / 100,00		

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
32. Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH, Düsseldorf	25.565	8.948 / 35,00		
1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Westdeutscher Rundfunk 3. Zweites Deutsches Fernsehen 4. RTL Television GmbH 5. Landesanstalt für Medien				10.226 / 40,00 2.557 / 10,00 2.557 / 10,00 1.278 / 5,00
(StK)				
33. START Zeitarbeit NRW GmbH	76.140	18.300 / 24,03		
1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Kreis Wesel (treuhänderisch) 3. Landesvereinigung Arbeitgeber- verbände e. V. 4. NRW Handwerktag e. V. 5. Arbeitgeberverband Stahl NRW e. V. 6. Vermögensverwaltungs- und Treuhand- gesellschaft des DGB GmbH 7. Stiftung START Niederlande 8. Evangelische Kirche im Rheinland 9. Stadt Troisdorf (treuhänderisch für den NRW Städte- und Gemeindebund) 10. AG Spitzenverbände d. Freien Wohlfahrtspflege 11. Stadt Düsseldorf (treuhänderisch für Städtetag NRW) 12. Stadt Duisburg				4.980 / 6,54 6.000 / 7,88 6.000 / 7,88 6.000 / 7,88 4.980 / 6,54 4.980 / 6,54
(MAGS)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
<p>34. Internationales Konversionszentrum Bonn 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Land Brandenburg 3. Investitionsbank NRW 4. LEG NRW GmbH (MIWFT)</p>	<p>25.565</p>	<p>14.061 / 55,00</p>	<p>3.835 / 15,00 3.835 / 15,00 3.835 / 15,00</p>	
<p>35. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Übrige Gesellschafter (StK)</p>	<p>41.926</p>	<p>1.023 / 2,44</p>	<p>40.903 / 97,56</p>	
<p>36. Ecmc Europäisches Zentrum für Medien- kompetenz GmbH, Marl 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. 13 weitere öffentlich-rechtliche sowie private Gesellschafter (StK)</p>	<p>81.807</p>	<p>10.226 / 12,50</p>	<p>71.581 / 87,50</p>	
<p>37. Deutsches Institut für Entwicklungs- politik GmbH (DIE) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland (MGFFI)</p>	<p>25.565</p>	<p>6.391 / 25,00</p>	<p>19.174 / 75,00</p>	

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
38. NRW Medien GmbH i. L. Land Nordrhein-Westfalen (StK)	25.000	25.000 / 100,00		
39. FISCUS GmbH i. L. 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Bundesrepublik Deutschland 3. Länder der Bundesrepublik (außer Bayern) (FM)	32.000	2.000 / 6,25		2.000 / 6,25 28.000 / 87,50
40. CeGi Center for Geoinformation GmbH 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Private Gesellschafter (IM)	250.000	25.000 / 10,00		225.000 / 90,00
41. BahnflächenEntwicklungsgesellschaft NRW mbH (BEG) 1. Land Nordrhein-Westfalen 2. Deutsche Bahn AG (MBV)	25.050	12.550 / 50,10		12.500 / 49,90

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
42. Kultur Ruhr GmbH	30.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		15.300 / 51,00		13.950 / 46,50
2. Regionalverband Ruhr				750 / 2,50
3. Verein pro Ruhrgebiet e. V.				
(StK)				
43. Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH	50.000			
1. Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 50,00		25.000 / 50,00
2. Stadt Essen				
(MBV)				
44. Ruhrpilot Besitz GmbH	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(MBV)				
45. Ruhrdigital Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft	25.000			
Land Nordrhein-Westfalen		25.000 / 100,00		
(IM)				

	Nennkapital - EUR -	Anteil Nordrhein-Westfalen - EUR/v. H. -	Anteil Beteiligungs- verwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein- Westfalen (BVG) - EUR/v. H. -	Anteil andere Gesellschafter - EUR/v. H. -
46. Public Konsortium d-NRW GbR	--			
1. Land Nordrhein-Westfalen		-- / 97,43		-- / 2,57
2. Kommunen				
(IM)				
47. HTVG Gesellschaft für Technologieentwicklung und Vermögensverwaltung der Stadt Herten mbH	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen (stille Beteiligung)		192.564 *		
* laut Jahresabschluss 2005				
Stadt Herten				25.565 / 100,00
(MIWFT)				
48. Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	25.565			
Land Nordrhein-Westfalen			25.565 / 100,00	
(FM)				
Insgesamt Anteil Nordrhein-Westfalen/BVG (EUR)	8.112.058.709	986.676.161	153.453.825	

6.5 Schulden

Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen zum 31.12.2006 (Ende Kalenderjahr) setzen sich wie folgt zusammen:

	- Mio EUR -
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	112.900,4
2. Schulden bei Gebietskörperschaften:	
a) beim Bund	3.123,7
b) bei Ländern	-
c) bei Gemeinden (GV)	-
d) beim ERP-Sondervermögen	-
Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen	3.123,7
Schulden insgesamt	116.024,1

Schuldenstand am Kreditmarkt nach Arten

	31.12.2006 (Ende Kalenderjahr) - Mio EUR -
Landesschatzanweisungen	58.570,4
Schuldscheindarlehen	54.330,1
Kreditmarktmittel insgesamt	112.900,4⁶

⁶ Differenz durch Runden der Zahlen

6.6 Gewährleistungen

Das Kapitalbuch für Bürgschaften des Landes Nordrhein-Westfalen weist zum 31.12.2006 den folgenden Stand an Gewährleistungsverpflichtungen aus:

- Mio EUR -	
1. Bürgschaften:	
a) Wirtschaftsbetriebe	2.187,9
b) Unternehmen mit Landesbeteiligung	14,3
c) Finanzierungsgesellschaft	267,0
d) Kleinwohnungen	1,6
e) Landwirtschaftliche Betriebe	1,5
2. Rückbürgschaften:	
a) Kreditgarantiegemeinschaften	556,6
b) Wohnungsbau	463,6
<hr/>	
Zwischensumme	3.492,6 ⁷
<hr/>	
3. Garantien (einschließlich Rückgarantie- und Haftungsfreistellungserklärungen)	4.178,9
<hr/>	
Gewährleistungen insgesamt	7.671,5⁷
<hr/>	

⁷ Differenz durch Runden der Zahlen

7. **Finanzstatistische Übersichten:**

1. Gesamtausgaben ¹⁾ von Bund, Ländern und Gemeinden ²⁾

Jahr	Bund		Länder ³⁾		Gemeinden ³⁾	
	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.	in Mrd. EUR	Veränd. geg. Vorjahr in v. H.
1970	45,0	-	39,4	-	28,9	-
1971	50,3	+ 11,9	45,2	+ 14,8	34,5	+ 19,3
1972	56,8	+ 12,8	51,1	+ 13,1	38,2	+ 10,8
1973	62,7	+ 10,3	58,8	+ 15,1	43,0	+ 12,5
1974	68,5	+ 9,4	68,0	+ 15,5	49,0	+ 14,0
1975	80,2	+ 17,1	74,2	+ 9,2	51,8	+ 5,6
1976	83,1	+ 3,6	78,4	+ 5,6	53,1	+ 2,6
1977	87,9	+ 5,8	82,1	+ 4,7	54,5	+ 2,7
1978	96,9	+ 10,2	89,3	+ 8,8	54,7	+ 0,4
1979	104,0	+ 7,3	96,9	+ 8,5	59,5	+ 8,8
1980	110,3	+ 6,1	104,8	+ 8,1	66,6	+ 11,8
1981	119,1	+ 8,0	107,7	+ 2,8	69,4	+ 4,3
1982	125,1	+ 5,0	111,2	+ 3,3	69,5	+ 0,0
1983	126,2	+ 0,9	113,1	+ 1,6	68,6	- 1,3
1984	128,7	+ 2,0	115,9	+ 2,5	69,7	+ 1,7
1985	131,5	+ 2,1	120,2	+ 3,7	73,4	+ 5,3
1986	133,7	+ 1,7	124,7	+ 3,8	77,8	+ 6,0
1987	137,6	+ 2,9	129,0	+ 3,4	80,8	+ 3,9
1988	140,8	+ 2,4	131,8	+ 2,2	83,1	+ 2,9
1989	148,2	+ 5,2	137,8	+ 4,5	87,7	+ 5,4
1990	157,5	+ 6,3	146,3	+ 6,2	94,7	+ 8,1
1991	205,4	x ⁴⁾	200,2	x ⁴⁾	125,4	x ⁴⁾
1992	218,4	+ 6,3	215,1	+ 7,4	142,7	+ 13,8
1993	233,9	+ 7,1	226,0	+ 5,2	148,2	+ 3,9
1994	240,9	+ 3,0	230,1	+ 1,7	150,4	+ 1,5
1995	237,6	- 1,4	237,2	+ 3,1	152,7	+ 1,5
1996	232,9	- 2,0	243,1	+ 2,5	148,6	- 2,7
1997	226,0	- 3,0	241,6	- 0,6	143,7	- 3,3
1998	233,6	+ 3,4	243,2	+ 0,7	142,5	- 0,8
1999	246,9	+ 5,7	245,3	+ 0,8	143,8	+ 0,9
2000	244,4	- 1,0	249,3	+ 1,7	146,1	+ 1,6
2001	243,1	- 0,5	255,0	+ 2,3	148,3	+ 1,5
2002 ⁵⁾	249,3	+ 2,5	257,0	+ 0,8	150,0	+ 1,1
2003	256,7	+ 3,0	258,7	+ 0,7	149,9	- 0,0
2004	251,6	- 2,0	256,1	- 1,0	150,1	+ 0,1
2005 ⁶⁾	259,8	+ 3,3	259,2	+ 1,2	153,3	+ 2,2
2006 ^{6) 7)}	261,0	+ 0,5	259,0	- 0,1	155,7	+ 1,5

¹⁾ Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

²⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

³⁾ Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischer Buchführung

⁴⁾ Mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

⁵⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁶⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

⁷⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2007, tlw. vorläufiges Ist

2. Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden ¹⁾

Jahr	Personalausgaben			Personalausgabenquote ²⁾		
	Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Gemeinden
	- in Mio EUR -			- in v. H. -		
1970	7.438	15.933	7.782	16,5	40,5	26,9
1971	8.702	19.144	9.338	17,3	42,4	27,1
1972	9.692	21.305	10.498	17,1	41,7	27,5
1973	10.875	24.586	12.112	17,4	41,8	28,2
1974	12.287	28.511	14.245	17,9	42,0	29,1
1975	13.011	31.165	15.521	16,2	42,0	30,0
1976	13.421	33.109	16.179	16,2	42,2	30,5
1977	14.043	35.515	16.902	16,0	43,3	31,0
1978	14.710	37.365	15.057	15,2	41,8	27,5
1979	15.426	39.861	15.817	14,8	41,1	26,6
1980	16.433	42.739	17.115	14,9	40,8	25,7
1981	17.426	44.395	18.130	14,6	41,2	26,1
1982	17.587	45.807	18.610	14,1	41,2	26,8
1983	17.966	47.197	19.032	14,2	41,7	27,8
1984	18.128	47.839	19.429	14,1	41,3	27,9
1985	18.749	48.923	20.217	14,3	40,7	27,5
1986	19.398	50.930	21.479	14,5	40,8	27,6
1987	20.083	52.538	22.588	14,6	40,7	27,9
1988	20.511	53.858	23.107	14,6	40,9	27,8
1989	21.136	55.158	23.717	14,3	40,0	27,1
1990	22.088	58.101	25.320	14,0	39,7	26,7
1991	24.915	70.936	35.541	12,1	35,4	28,4
1992	26.328	78.084	39.718	12,1	36,3	27,8
1993	26.952	82.908	40.359	11,5	36,7	27,2
1994	26.928	84.891	39.741	11,2	36,9	26,4
1995	27.064	88.361	40.524	11,4	37,2	26,5
1996	27.031	89.890	39.835	11,6	37,0	26,8
1997	26.836	90.451	38.980	11,9	37,4	27,1
1998	26.653	91.363	38.710	11,4	37,6	27,2
1999	26.963	93.028	39.191	10,9	37,9	27,3
2000	26.517	93.802	39.550	10,8	37,6	27,1
2001	26.807	94.537	39.388	11,0	37,1	26,6
2002 ³⁾	26.986	96.932	40.000	10,8	37,7	26,7
2003	27.235	97.051	40.547	10,6	37,5	27,0
2004	26.758	97.364	40.485	10,6	38,0	27,0
2005 ⁴⁾	26.372	96.376	40.887	10,1	37,2	26,7
2006 ^{4) 5)}	26.110	94.559	40.532	10,0	36,5	26,0

¹⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet

²⁾ Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H. (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)

³⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁴⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

⁵⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2007; tlw. vorläufiges Ist

3. Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1980, 1990, 1996 bis 2006 ¹⁾ (Schuldenaufnahme ./. Schuldentilgung am Kreditmarkt)

Gebietskörperschaft	1980	1990	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ⁸⁾	2003	2004	2005 ⁹⁾	2006 ^{9) 10)}
	- in Mio EUR -												
1. Bund	13.860	16.263 ²⁾	40.022	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197	27.893
2. Länder insgesamt	10.816	9.313	20.048 ⁵⁾	20.562 ⁵⁾	15.137 ⁵⁾	11.810 ⁵⁾	12.948 ⁵⁾	20.922 ⁵⁾	26.902 ⁵⁾	26.818 ⁵⁾	26.774 ⁵⁾	24.958	12.672
davon													
- Nordrhein-Westfalen	4.126	2.219	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁶⁾	4.164	6.666 ⁶⁾	6.872	6.770 ⁷⁾	3.393
- übrige Flächenländer	5.763	5.205	12.938 ⁵⁾	12.100 ⁵⁾	8.810 ⁵⁾	6.474 ⁵⁾	6.381 ⁵⁾	9.478 ⁵⁾	15.301 ⁵⁾	14.583 ⁵⁾	13.869 ⁵⁾	12.936	6.101
- Stadtstaaten ³⁾	927	1.889	4.023 ⁵⁾	3.640 ⁵⁾	3.084 ⁵⁾	2.662 ⁵⁾	2.944 ⁵⁾	6.037 ⁵⁾	7.437 ⁵⁾	5.569 ⁵⁾	6.032 ⁵⁾	5.252	3.178
3. Gemeinden insgesamt ⁴⁾	2.227	1.471	3.344	2.416	671	154	-287	210	707	1.788	746	103	-1.970
davon													
- Nordrhein-Westfalen	1.163	793	724	572	171	103	74	-189	290	461	200	132	-418
- übrige Flächenländer	1.064	678	2.620	1.844	499	52	-361	399	417	1.327	546	-29	-1.552

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

¹⁾ Ab 1991 mit Beitragsgebiet

²⁾ Ohne übergeleiteten DDR-Haushalt; 2. Halbjahr 1990

³⁾ Bis 1990 Berlin-West, ab 1991 Berlin insgesamt

⁴⁾ Ohne innere Darlehen

⁵⁾ Einschl. Sanierungshilfen für das Saarland (bis 1998: 818 Mio EUR; 1999: 614 Mio EUR; 2000: 537 Mio EUR; 2001: 460 Mio EUR; 2002: 383 Mio EUR; 2003: 307 Mio EUR; 2004: 256 Mio EUR) und für Bremen (bis 1999: 920 Mio EUR; 2000: 818 Mio EUR; 2001: 716 Mio EUR; 2002: 614 Mio EUR; 2003: 511 Mio EUR; 2004: 358 Mio EUR)

⁶⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar

⁷⁾ Nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar aufgrund Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die landeseigene Beteiligungsgesellschaft

⁸⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

⁹⁾ Gemeinden vorläufiges Ist

¹⁰⁾ Stand: Finanzplanungsrat Juni 2007; tlw. vorläufiges Ist, NRW endgültig

Quellen: Finanzberichte des Bundes, BMF; Haushaltsrechnungsstatistik; Vierteljahresstatistik

**4. Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,
der Länder und des Landes Nordrhein-Westfalen
nach der Steuerverteilung
- ohne steuerähnliche Abgaben -**

Jahr	Bund ¹⁾	Veränd. zum Vorjahr	Länder ²⁾	Veränd. zum Vorjahr	Nordrhein- Westfalen ³⁾	Veränd. zum Vorjahr	
	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -	- in v. H. -	- in Mio EUR -
1970	42.742,3	+ 2,7	25.810,8	+ 8,1	7.485,5	+ 7,1	+ 496,3
1971	47.587,7	+ 11,3	28.942,4	+ 12,1	8.343,8	+ 11,5	+ 858,3
1972	52.001,5	+ 9,3	34.228,3	+ 18,3	9.772,5	+ 17,1	+ 1.428,8
1973	58.777,0	+ 13,0	39.106,6	+ 14,3	11.163,0	+ 14,2	+ 1.390,5
1974	61.054,6	+ 3,9	42.614,8	+ 9,0	12.291,6	+ 10,1	+ 1.128,6
1975	61.361,4	+ 0,5	41.701,2	- 2,1	11.941,0	- 2,9	- 350,6
1976	67.379,9	+ 9,8	46.312,2	+ 11,1	13.394,5	+ 12,2	+ 1.453,5
1977	74.108,2	+ 10,0	52.761,2	+ 13,9	14.972,4	+ 11,8	+ 1.577,8
1978	79.343,7	+ 7,1	56.489,8	+ 7,1	15.961,7	+ 6,6	+ 989,3
1979	85.597,1	+ 7,9	61.362,7	+ 8,6	17.268,9	+ 8,2	+ 1.307,3
1980	90.776,0	+ 6,1	64.154,0	+ 4,5	18.102,8	+ 4,8	+ 833,9
1981	93.021,2	+ 2,5	64.519,3	+ 0,6	17.935,9	- 0,9	- 166,9
1982	94.370,1	+ 1,5	66.668,3	+ 3,3	18.466,7	+ 3,0	+ 530,8
1983	98.099,2	+ 4,0	70.057,0	+ 5,1	19.263,2	+ 4,3	+ 796,5
1984	101.677,8	+ 3,6	73.560,5	+ 5,0	20.081,8	+ 4,2	+ 818,6
1985	106.312,8	+ 4,6	77.980,3	+ 6,0	20.970,5	+ 4,4	+ 888,7
1986	107.669,9	+ 1,3	81.857,5	+ 5,0	22.271,5	+ 6,2	+ 1.301,0
1987	111.890,1	+ 3,9	85.124,1	+ 4,0	23.136,5	+ 3,9	+ 865,0
1988	113.850,3	+ 1,8	88.435,5	+ 3,9	24.190,1	+ 4,6	+ 1.053,7
1989	127.713,3	+ 12,2	96.744,0	+ 9,4	26.831,9	+ 10,9	+ 2.641,8
1990	133.872,5	+ 4,8	97.793,3	+ 1,1	27.108,5	+ 1,0	+ 276,6
1991 ⁴⁾	164.295,4	x	114.693,8	x	28.703,0	+ 5,9	+ 1.594,5
1992	182.453,9	+ 11,1	126.479,2	+ 10,3	31.319,0	+ 9,1	+ 2.616,0
1993	184.192,7	+ 1,0	130.957,8	+ 3,5	31.346,8	+ 0,1	+ 27,9
1994	197.432,7	+ 7,2	133.931,5	+ 2,3	31.164,0	- 0,6	- 182,8
1995 ⁵⁾	199.816,6	+ 1,2	147.233,2	+ 9,9	33.395,9	+ 7,2	+ 2.231,9
1996 ⁶⁾	190.400,1	- 4,7	150.438,3	+ 2,2	33.931,1	+ 1,6	+ 535,2
1997	188.280,3	- 1,1	148.668,7	- 1,2	33.373,4	- 1,6	- 557,7
1998	194.030,1	+ 3,1	156.520,2	+ 5,3	35.075,4	+ 5,1	+ 1.702,0
1999	211.726,6	+ 9,1	164.723,8	+ 5,2	36.830,5	+ 5,0	+ 1.755,1
2000	219.034,4	+ 3,5	169.249,1	+ 2,7	37.796,9	+ 2,6	+ 966,4
2001	213.342,2	- 2,6	159.114,8	- 6,0	33.639,1	- 11,0	- 4.157,8
2002	214.371,5	+ 0,5	156.231,2	- 1,8	35.923,8	+ 6,8	+ 2.284,7
2003	214.009,5	- 0,2	155.510,1	- 0,5	33.398,5	- 7,0	- 2.525,3
2004	208.917,2	- 2,4	157.920,8	+ 1,6	33.912,0	+ 1,5	+ 513,5
2005	211.810,2	+ 1,4	158.843,9	+ 0,6	34.700,7	+ 2,3	+ 788,7
2006	225.634,1	+ 6,5	173.409,7	+ 9,2	37.043,8	+ 6,8	+ 2.343,1

¹⁾ Ohne EG-Anteile, vor Abzug von Ergänzungszuweisungen und (ab 1996) Bahnstrukturreform

²⁾ Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten

³⁾ Isteinnahmen lt. Haushaltsrechnung, zur Vergleichbarkeit mit den Ländern 1993 bis 1995 nettogestellt

⁴⁾ Ab 1991 mit Beitrittsgebiet, daher mit Vorjahr nicht vergleichbar

⁵⁾ Die Veränderungsdaten sind durch die Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ab 1995 um 7 v. H.-Punkte zur Finanzierung der Mehrbelastung aufgrund der Neuregelung des LFA mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar (Hinweis auf Seiten A 58 ff. des Finanzberichts NRW 1997)

⁶⁾ Veränderungsdaten durch Umstellung des Kindergeldverfahrens mit Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar

5. Gesamtverschuldung ¹⁾ der Gebietskörperschaften 1970, 1980, 1985 bis 2006
- in Mrd. EUR -

Stand 31.12.	1970	1980	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ⁹⁾	1992	1993	1994
Bund ²⁾	24,4	117,6	200,6	211,4	225,2	243,0	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3
Lastenausgleichsfonds	3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen	0,7	1,6	3,2	3,3	2,9	3,0	3,5	4,7	8,3	12,4	14,4	14,3
Fonds "Deutsche Einheit"	-	-	-	-	-	-	-	10,1	25,8	38,0	44,8	45,8
Kreditabwicklungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	14,1	14,0	46,9	51,8	52,4
Länder	24,8	81,5	140,1	148,6	159,4	169,1	172,9	182,7	193,8	212,0	234,7	250,9
Gemeinden (GV) ^{3) 4) 5)}	23,2	48,6	57,5	58,5	60,0	61,1	62,3	63,8	70,5	75,5	81,7	85,1
Zweckverbände ^{4) 5) 6)}	-	4,0	4,6	4,3	4,5	4,6	4,9	5,2	5,6	6,4	8,7	11,3
Bundeseisenbahnvermögen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36,5
Zusammen ⁷⁾	62,9	236,6	386,8	406,1	431,7	459,6	472,8	536,2	595,9	679,9	765,5	840,1
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	13,6	16,8	19,2	20,0	20,4	21,2	21,6	21,7	21,8	21,5	20,9	20,4
Stand 31.12.	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bund ^{2) 10) 11)}	385,7	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1
ERP-Sondervermögen ⁸⁾	18,6	19,0	18,8	19,5	16,2	18,6	19,4	19,8	19,7	18,6	15,4	14,6
Fonds "Deutsche Einheit"	44,6	42,7	40,7	40,3	40,1	39,7	39,6	39,4	39,1	38,7	-	-
Erblastentilgungsfonds	168,2	165,4	164,7	155,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Länder	272,2	294,5	314,0	328,7	336,6	346,3	370,7	397,3	427,0	454,4	479,3	489,9
Gemeinden (GV) ^{3) 5)}	88,1	89,8	90,1	89,4	88,3	87,5	87,1	87,1	88,8	89,0	88,6	86,6
Zweckverbände ⁵⁾	11,6	11,4	10,7	11,1	12,5	8,5	7,5	7,5	7,8	7,9	7,8	2,8
Bundeseisenbahnvermögen	40,1	39,8	39,5	39,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen ⁷⁾	1.009,3	1.069,2	1.119,1	1.153,4	1.183,1	1.198,1	1.203,9	1.253,2	1.325,7	1.395,0	1.447,5	1.480,6
nachr.: Schulden bei Verwaltungen	19,6	19,4	19,2	19,1	18,9	18,0	17,8	17,4	17,1	16,5	16,2	15,3

¹⁾ Kreditmarktschulden im engeren Sinne (einschl. Schulden bei öffentl. Zusatzversorgungseinrichtungen) Ausgleichsforderungen, Schulden bei öffentlichen Haushalten (ohne Kassenverstärkungskredite, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte) Revision 1990

²⁾ Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds

³⁾ Ab 1974 ohne Eigenbetriebe; bis 1973 methodisch angeglichen

⁴⁾ Bis 1991 einschließlich Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen

⁵⁾ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, daher Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt

⁶⁾ Vor 1974 statistisch nicht nachgewiesen

⁷⁾ In der Summe ohne Schulden bei Verwaltungen

⁸⁾ 1995 bis 1998 einschl. Ausgleichsfonds "Steinkohle"; ab 1996 einschl. Entschädigungsfonds

⁹⁾ Ab 1991 mit Beitragsgebiet

¹⁰⁾ Ab 1999 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

¹¹⁾ Ab 2005 einschl. der in den Bundeshaushalt übernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

Anmerkung: Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5

6. Bereinigte Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁸⁾
Bund	237.576	232.919	225.950	233.619	246.869	244.405	243.145	249.286	256.703	251.594	259.849	261.046
Schleswig-Holstein	7.148	7.240	7.135	7.279	7.442	7.551	7.729	7.805	7.930	7.933	8.326	8.185
Niedersachsen	19.719	19.803	19.746	20.101	20.261	20.848	22.084	22.188	22.180	21.859	21.786	21.785
Hessen	15.586	16.590	16.533	16.658	17.755	18.213	18.562	18.156	18.378	17.937	17.669	19.074
Rheinland-Pfalz	10.330	10.983	10.854	10.947	11.080	11.219	11.298	11.411	11.701	11.650	11.539	11.933
Baden-Württemberg	27.242	27.804	26.929	28.731	28.620	30.264	31.558	30.779	31.042	31.260	31.611	32.856
Bayern	29.641	31.153	30.713	31.078	31.677	32.409	33.227	34.481	34.816	34.249	34.383	34.988
Saarland	3.129	3.229	3.158	3.193	3.204	3.266	3.275	3.300	3.296	3.248	3.281	3.249
Nordrhein-Westfalen	42.488 ⁴⁾	43.886	45.112	45.034	45.502	46.179	47.437 ⁵⁾	47.725	47.417 ⁵⁾	48.102	50.591 ⁶⁾	47.798 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	155.283	160.687	160.180	163.020	165.541	169.949	175.171	175.846	176.760	176.237	179.185	179.868
Flächenländer (West) o. NRW ²⁾	112.795	116.802	115.068	117.987	120.040	123.770	127.734	128.121	129.343	128.136	128.594	132.070
Brandenburg	9.750	9.855	9.657	9.749	9.834	9.700	9.916	10.163	9.599	9.519	9.623	9.936
Mecklenburg-Vorpommern	7.149	7.606	7.308	7.330	7.237	7.118	7.058	7.275	7.179	6.963	6.945	6.830
Sachsen	15.535	16.103	15.665	15.376	15.549	16.123	15.474	15.924	16.691	15.885	15.545	15.826
Sachsen-Anhalt	10.393	10.327	10.809	10.470	10.302	10.454	10.338	10.292	10.463	10.111	10.213	10.141
Thüringen	9.044	9.630	9.604	9.680	9.794	9.687	9.616	9.263	9.220	9.275	9.089	9.007
Flächenländer (Ost) ²⁾	51.871	53.521	53.042	52.604	52.714	53.082	52.401	52.915	53.153	51.752	51.414	51.740
Hamburg	9.064	9.455	9.420	9.361	9.490	9.729	9.582	9.757	10.595	10.492	9.952	10.367
Bremen	3.982	4.006	4.024	4.055	4.100	4.115	4.189	4.217	4.269	4.249	4.103	4.065
Berlin	22.085	21.812	21.423	21.193	21.081	20.895	22.574	21.066	20.675	20.539	21.596	20.522
Staatsstaaten ²⁾	35.131	35.273	34.867	34.608	34.671	34.739	36.344	35.040	35.538	35.280	35.652	34.954
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	237.239	243.121	241.561	243.218	245.268	249.337	255.001	256.962	258.690	256.050	259.216	259.037

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Nettostellung der bruttoveranschlagten Zahlungen an den Fonds "Deutsche Einheit"
(1995: 1.106 Mio EUR); ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie

Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich
stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten;
geänderte Drittmittelveranschlagung)

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

7. Veränderungsdaten der bereinigten Gesamtausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁸⁾
Bund	-1,4	-2,0	-3,0	3,4	5,7	-1,0	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5
Schleswig-Holstein	3,1	1,3	-1,4	2,0	2,2	1,5	2,4	1,0	1,6	0,0	5,0	-1,7
Niedersachsen	1,1	0,4	-0,3	1,8	0,8	2,9	5,9	0,5	0,0	-1,5	-0,3	0,0
Hessen	1,8	6,4	-0,3	0,8	6,6	2,7	1,9	-2,2	1,2	-2,4	-1,5	8,0
Rheinland-Pfalz	3,8	6,3	-1,2	1,0	1,2	1,2	0,7	1,0	2,5	-0,4	-1,0	3,4
Baden-Württemberg	7,4	2,1	-3,1	6,7	-0,4	5,7	4,3	-2,5	0,9	0,7	1,1	3,9
Bayern	6,6	5,1	-1,4	1,2	1,9	2,3	2,5	3,8	1,0	-1,6	0,4	1,8
Saarland	0,2	3,2	-2,2	1,1	0,3	1,9	0,3	0,8	-0,1	-1,5	1,0	-1,0
Nordrhein-Westfalen	4,7 ⁴⁾	3,3	2,8	-0,2	1,0	1,5	2,7 ⁵⁾	0,6	-0,6 ⁵⁾	1,4	5,2 ⁶⁾	-5,5 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg. ²⁾	4,5	3,5	-0,3	1,8	1,5	2,7	3,1	0,4	0,5	-0,3	1,4	0,4
Flächenländer (West) ohne NRW ²⁾	4,4	3,6	-1,5	2,5	1,7	3,1	3,2	0,3	1,0	-0,9	-0,6	2,7
Brandenburg	0,8	1,1	-2,0	0,9	0,9	-1,4	2,2	2,5	-5,5	-0,8	1,1	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	6,4	-3,9	0,3	-1,3	-1,6	-0,8	3,1	-1,3	-3,0	-0,3	-1,7
Sachsen	10,0	3,7	-2,7	-1,8	1,1	3,7	-4,0	2,9	4,8	-4,8	-2,1	1,8
Sachsen-Anhalt	8,4	-0,6	4,7	-3,1	-1,6	1,5	-1,1	-0,4	1,7	-3,4	1,0	-0,7
Thüringen	2,0	6,5	-0,3	0,8	1,2	-1,1	-0,7	-3,7	-0,5	0,6	-2,0	-0,9
Flächenländer (Ost) ²⁾	5,7	3,2	-0,9	-0,8	0,2	0,7	-1,3	1,0	0,4	-2,6	-3,3	0,6
Hamburg	1,3	4,2	-0,4	-0,5	1,4	2,5	-1,5	1,8	8,6	-1,0	-5,1	4,2
Bremen	1,5	0,6	0,5	0,8	1,1	0,4	1,8	0,7	1,2	-0,5	-3,4	-0,9
Berlin	4,3	-1,2	-1,8	-1,1	-0,5	-0,9	8,0	-6,7	-1,9	-0,7	5,1	-5,0
Stadtstaaten ²⁾	4,6	0,4	-1,2	-0,7	0,2	0,2	4,6	-3,6	1,4	-0,7	0,3	-2,0
Länder insgesamt (ber.) ³⁾	3,1	2,4	-0,6	0,7	0,8	1,7	2,3	0,8	0,7	-1,0	1,2	-0,1

1) Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge

2) Rechnerische Veränderungsrate der Additionsergebnisse ohne Bereinigungen

3) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

4) Nettostellung der bruttoveranschlagten Zahlungen an den Fonds "Deutsche Einheit"

(1995: 1.106 Mio EUR); ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen

(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie

Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich

stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten);

geänderte Drittmitteleinveranschlagung

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

8. Personalausgaben des Bundes und der Länder

- in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ³⁾
Bund	27.064	27.031	26.836	26.653	26.963	26.517	26.807	26.986	27.235	26.758	26.372	26.110
Schleswig-Holstein	2.807	2.866	2.904	2.935	2.986	2.994	3.055	3.158	3.188	3.259	3.265	3.100
Niedersachsen	8.193	8.293	8.343	8.439	8.487	8.570	8.170	8.476	8.669	8.724	8.394	8.522
Hessen	6.545	6.650	6.719	6.829	7.022	6.970	6.597	6.795	6.765	6.854	6.824	6.903
Rheinland-Pfalz	4.212	4.326	4.373	4.362	4.494	4.560	4.681	4.632	4.713	4.775	4.661	4.734
Baden-Württemberg	11.138	11.353	11.312	11.464	11.753	11.861	12.298	12.731	12.793	13.064	12.808	12.995
Bayern	12.270	12.544	12.556	12.767	13.103	13.335	13.647	14.104	14.491	14.533	14.796	15.090
Saarland	1.227	1.242	1.224	1.235	1.265	1.284	1.322	1.363	1.380	1.256	1.274	1.234
Nordrhein-Westfalen	17.055	17.493	17.837	18.240	18.620	18.977	19.194 ¹⁾	19.906	19.574 ¹⁾	19.897	20.261	18.601 ²⁾
Flächenländer (West) insg.	63.447	64.766	65.267	66.272	67.731	68.551	68.964	71.165	71.575	72.362	72.283	71.179
Flächenländer (West) o. NRW	46.392	47.273	47.430	48.032	49.111	49.574	49.770	51.258	52.001	52.465	52.022	52.578
Brandenburg	2.369	2.472	2.489	2.511	2.515	2.409	2.446	2.374	2.396	2.222	2.095	2.048
Mecklenburg-Vorpommern	1.725	1.786	1.823	1.851	1.885	1.899	1.924	1.946	1.939	1.855	1.788	1.567
Sachsen	3.758	3.869	3.904	3.968	4.025	4.060	4.136	4.214	4.273	4.189	4.164	4.104
Sachsen-Anhalt	2.547	2.646	2.728	2.731	2.768	2.784	2.799	2.801	2.673	2.831	2.320	2.311
Thüringen	2.384	2.462	2.495	2.406	2.438	2.428	2.474	2.483	2.511	2.471	2.436	2.410
Flächenländer (Ost)	12.783	13.234	13.440	13.467	13.630	13.580	13.779	13.819	13.790	13.567	12.802	12.440
Hamburg	3.482	3.244	3.227	3.193	3.200	3.210	3.277	3.356	3.353	3.376	3.372	3.336
Bremen	1.349	1.335	1.328	1.328	1.334	1.315	1.329	1.322	1.343	1.294	1.278	1.261
Berlin	7.301	7.310	7.190	7.103	7.133	7.147	7.188	7.271	6.991	6.764	6.641	6.343
Stadtstaaten	12.132	11.889	11.745	11.624	11.666	11.672	11.794	11.949	11.687	11.434	11.291	10.940
Länder insgesamt	88.361	89.890	90.451	91.363	93.028	93.802	94.537	96.932	97.051	97.364	96.376	94.559

1) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

9. Personalausgabenquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁵⁾
Bund	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0
Schleswig-Holstein	39,3	39,6	40,7	40,3	40,1	39,7	39,5	40,5	40,2	41,1	39,2	37,9
Niedersachsen	41,5	41,9	42,3	42,0	41,9	41,1	37,0	38,2	39,1	39,9	38,5	39,1
Hessen	42,0	40,1	40,6	41,0	39,5	38,3	35,5	37,4	36,8	38,2	38,6	36,2
Rheinland-Pfalz	40,8	39,4	40,3	39,8	40,6	40,6	41,4	40,6	40,3	41,0	40,4	39,7
Baden-Württemberg	40,9	40,8	42,0	39,9	41,1	39,2	39,0	41,4	41,2	41,8	40,5	39,6
Bayern	41,4	40,3	40,9	41,1	41,4	41,1	41,1	40,9	41,6	42,4	43,0	43,1
Saarland	39,2	38,4	38,7	38,7	39,5	39,3	40,4	41,3	41,9	38,7	38,8	38,0
Nordrhein-Westfalen	40,1	39,9	39,5	40,5	40,9	41,1	40,5 ²⁾	41,7	41,3 ²⁾	41,4	40,0 ³⁾	38,9 ⁴⁾
Flächenländer (West) insg.	40,9	40,3	40,7	40,7	40,9	40,3	39,4	40,5	40,5	41,1	40,3	39,6
Flächenländer (West) o. NRW	41,1	40,5	41,2	40,7	40,9	40,1	39,0	40,0	40,2	40,9	40,5	39,8
Brandenburg	24,3	25,1	25,8	25,8	25,6	24,8	24,7	23,4	25,0	23,3	21,8	20,6
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	23,5	24,9	25,3	26,0	26,7	27,3	26,8	27,0	26,6	25,7	22,9
Sachsen	24,2	24,0	24,9	25,8	25,9	25,2	26,7	26,5	25,6	26,4	26,8	25,9
Sachsen-Anhalt	24,5	25,6	25,2	26,1	26,9	26,6	27,1	27,2	25,5	28,0	22,7	22,8
Thüringen	26,4	25,6	26,0	24,9	24,9	25,1	25,7	26,8	27,2	26,6	26,8	26,8
Flächenländer (Ost)	24,6	24,7	25,3	25,6	25,9	25,6	26,3	26,1	25,9	26,2	24,9	24,0
Hamburg	38,4	34,3	34,3	34,1	33,7	33,0	34,2	34,4	31,6	32,2	33,9	32,2
Bremen	33,9	33,3	33,0	32,8	32,5	32,0	31,7	31,3	31,5	30,5	31,2	31,0
Berlin	33,1	33,5	33,6	33,5	33,8	34,2	31,8	34,5	33,8	32,9	30,8	30,9
Stadtstaaten	34,5	33,7	33,7	33,6	33,6	33,6	32,5	34,1	32,9	32,4	31,7	31,3
Länder insgesamt	37,2	37,0	37,4	37,6	37,9	37,6	37,1	37,7	37,5	38,0	37,2	36,5

1) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren West/LB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

10. Personalsteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁴⁾
Bund	14,5	15,6	15,9	15,3	14,0	13,3	13,8	14,1	14,2	14,3	13,9	12,8
Schleswig-Holstein	56,9	58,8	59,3	56,7	57,9	58,1	59,7	64,8	61,9	67,2	64,9	55,7
Niedersachsen	62,8	62,4	63,6	61,9	60,2	58,7	57,8	64,4	64,6	62,4	59,4	53,4
Hessen	56,8	53,7	56,0	52,2	49,0	46,5	46,8	51,4	50,6	52,9	52,0	45,7
Rheinland-Pfalz	64,1	64,8	66,8	63,9	61,8	62,8	68,1	68,9	68,1	66,5	65,0	60,2
Baden-Württemberg	57,2	57,3	58,2	54,2	52,7	51,6	55,7	59,8	58,2	58,6	57,6	54,1
Bayern	55,0	54,4	54,5	52,7	51,5	50,0	53,7	55,7	57,9	56,1	57,0	54,1
Saarland	71,7	69,6	69,3	68,1	66,6	64,8	70,2	79,7	78,2	71,6	68,7	62,7
Nordrhein-Westfalen	51,1	51,6	53,4	52,0	50,6	50,2	57,1 ²⁾	55,4	58,6 ²⁾	58,7	58,4	50,2 ³⁾
Flächenländer (West) insg.	56,2	55,9	57,2	54,8	53,2	52,2	56,0	58,2	59,1	58,9	58,2	52,6
Flächenländer (West) o. NRW	58,3	57,7	58,7	55,9	54,2	52,9	55,6	59,4	59,3	59,0	58,1	53,5
Brandenburg	52,9	60,4	58,4	57,6	53,7	49,9	52,3	55,9	56,0	48,8	48,4	43,1
Mecklenburg-Vorpommern	57,6	60,0	60,5	60,2	58,9	57,8	60,6	66,9	66,2	61,8	62,4	49,3
Sachsen	48,4	52,0	51,8	51,6	50,2	49,8	52,0	58,3	57,6	56,9	58,3	50,9
Sachsen-Anhalt	57,3	58,3	61,4	58,0	57,9	58,5	59,5	65,8	63,6	64,7	54,7	49,8
Thüringen	57,8	60,9	61,1	56,9	55,4	54,1	56,2	62,8	61,9	60,8	60,2	57,5
Flächenländer (Ost)	53,7	57,3	57,6	56,0	54,3	53,2	55,3	61,1	60,3	58,1	56,6	50,1
Hamburg	59,7	52,3	53,3	47,8	44,4	43,0	49,1	49,1	47,2	47,0	45,7	39,5
Bremen	72,8	74,5	69,7	75,5	68,7	71,1	76,3	75,5	71,6	69,4	70,4	62,4
Berlin	91,0	95,2	90,7	87,7	83,9	83,2	90,5	96,0	91,5	84,4	81,8	70,1
Stadtstaaten	77,2	75,9	73,9	70,3	66,1	65,2	72,1	74,0	70,4	67,0	65,2	56,0
Länder insgesamt	58,0	58,2	59,0	56,5	54,7	53,6	57,5	60,2	60,4	59,6	58,7	52,6

1) Anteil der Personalausgaben an den Steuereinnahmen (netto) in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

11. Investitionsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁶⁾
Bund	34.012	31.185	28.826	29.206	28.625	28.146	27.273	24.073	25.732	22.378	23.762	22.716
Schleswig-Holstein	834	822	701	700	758	766	745	690	724	668	675	700
Niedersachsen	2.398	2.454	2.361	2.290	2.022	2.190	2.681	2.189	2.212	1.636	1.845	1.482
Hessen	1.956	1.925	1.763	1.502	1.438	1.440	1.755	1.475	1.754	1.591	1.547	1.692
Rheinland-Pfalz	1.498	1.631	1.494	1.418	1.350	1.396	1.343	1.110	1.188	1.276	1.261	1.362
Baden-Württemberg	3.057	2.932	2.785	3.522	2.682	3.420	4.109	3.080	2.917	2.603	2.703	2.926
Bayern	5.319	5.904	5.033	4.936	4.843	4.834	4.820	4.956	5.105	4.005	3.932	4.174
Saarland	313	353	334	378	376	410	377	364	371	351	356	332
Nordrhein-Westfalen	4.915	4.826	4.692	4.715	4.723	4.695	4.346 ³⁾	4.237	4.684 ³⁾	4.581	6.738 ⁴⁾	4.349 ⁵⁾
Flächenländer (West) insg.	20.289	20.848	19.164	19.461	18.192	19.151	20.176	18.100	18.953	16.712	19.056	17.017
Flächenländer (West) ohne NRW	15.374	16.021	14.472	14.745	13.469	14.456	15.830	13.863	14.270	12.130	12.318	12.668
Brandenburg	2.804	2.528	2.270	2.470	2.400	2.162	2.151	2.161	1.782	1.840	1.753	1.834
Mecklenburg-Vorpommern	2.011	2.130	1.969	1.840	1.801	1.617	1.501	1.584	1.490	1.343	1.288	1.300
Sachsen	4.784	5.285	4.958	4.582	4.591	4.947	4.027	4.194	4.666	4.242	3.691	4.039
Sachsen-Anhalt	2.823	2.371	3.015	2.656	2.462	2.471	2.288	2.006	2.167	1.892	2.033	1.710
Thüringen	2.498	2.714	2.502	2.573	2.542	2.450	2.252	1.828	1.773	1.842	1.602	1.615
Flächenländer (Ost)	14.919	15.029	14.714	14.121	13.795	13.647	12.219	11.773	11.879	11.158	10.368	10.498
Hamburg	965	1.089	1.119	941	984	986	1.009	1.077	1.530	1.104	1.084	1.010
Bremen	423	449	522	548	568	628	671	747	793	785	754	622
Berlin	3.238	3.334	2.803	2.635	2.412	2.218	3.659	1.818	1.815	1.707	2.885	1.659
Stadtstaaten	4.626	4.872	4.444	4.125	3.964	3.832	5.339	3.642	4.137	3.596	4.724	3.291
Länder insgesamt ²⁾	39.832	40.740	38.307	37.702	35.946	36.621	37.734	33.508	34.969	31.466	34.148	30.796

1) Sachinvestitionen und Investitionsförderung

2) Bereinigt um Zahlungen der Länder untereinander

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie

Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Fn. 4 und Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF
Abweichungen in den Zwischensummen sind runderungsbedingt

12. Investitionsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder - in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁵⁾
Bund	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,6	10,0	8,9	9,1	8,7
Schleswig-Holstein	11,7	11,4	9,8	9,6	10,2	10,1	9,6	8,8	9,1	8,4	8,1	8,6
Niedersachsen	12,2	12,4	12,0	11,4	10,0	10,5	12,1	9,9	10,0	7,5	8,5	6,8
Hessen	12,6	11,6	10,7	9,0	8,1	7,9	9,5	8,1	9,5	8,9	8,8	8,9
Rheinland-Pfalz	14,5	14,8	13,8	13,0	12,2	12,4	11,9	9,7	10,2	11,0	10,9	11,4
Baden-Württemberg	11,2	10,5	10,3	12,3	9,4	11,3	13,0	10,0	9,4	8,3	8,6	8,9
Bayern	17,9	19,0	16,4	15,9	15,3	14,9	14,5	14,4	14,7	11,7	11,4	11,9
Saarland	10,0	10,9	10,6	11,8	11,7	12,5	11,5	11,0	11,2	10,8	10,9	10,2
Nordrhein-Westfalen	11,6	11,0	10,4	10,5	10,4	10,2	9,2 ²⁾	8,9	9,9 ²⁾	9,5	13,3 ³⁾	9,1 ⁴⁾
Flächenländer (West) insg.	13,1	13,0	12,0	11,9	11,0	11,3	11,5	10,3	10,7	9,5	10,6	9,5
Flächenländer (West) ohne NRW	13,6	13,7	12,6	12,5	11,2	11,7	12,4	10,8	11,0	9,5	9,6	9,6
Brandenburg	28,8	25,6	23,5	25,3	24,4	22,3	21,7	21,3	18,6	19,3	18,2	18,5
Mecklenburg-Vorpommern	28,1	28,0	26,9	25,1	24,9	22,7	21,3	21,8	20,8	19,3	18,6	19,0
Sachsen	30,8	32,8	31,7	29,8	29,5	30,7	26,0	26,3	28,0	26,7	23,7	25,5
Sachsen-Anhalt	27,2	23,0	27,9	25,4	23,9	23,6	22,1	19,5	20,7	18,7	19,9	16,9
Thüringen	27,6	28,2	26,1	26,6	26,0	25,3	23,4	19,7	19,2	19,9	17,6	17,9
Flächenländer (Ost)	28,8	28,1	27,7	26,8	26,2	25,7	23,3	22,2	22,3	21,6	20,2	20,3
Hamburg	10,6	11,5	11,9	10,1	10,4	10,1	10,5	11,0	14,4	10,5	10,9	9,7
Bremen	10,6	11,2	13,0	13,5	13,8	15,3	16,0	17,7	18,6	18,5	18,4	15,3
Berlin	14,7	15,3	13,1	12,4	11,4	10,6	16,2	8,6	8,8	8,3	13,4	8,1
Stadtstaaten	13,2	13,8	12,7	11,9	11,4	11,0	14,7	10,4	11,6	10,2	13,2	9,4
Länder insgesamt	16,8	16,8	15,9	15,5	14,7	14,7	14,8	13,0	13,5	12,3	13,2	11,9

1) Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Fn. 4 und Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

5) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

13. Zinsausgaben¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁴⁾
Bund	25.381	25.984	27.267	28.678	41.045 ²⁾	39.107	37.584	37.022	36.833	36.233	37.329	37.428
Schleswig-Holstein	826	834	863	896	897	900	910	882	884	889	875	892
Niedersachsen	1.835	1.923	1.993	1.993	2.124	2.082	2.186	2.247	2.274	2.369	2.329	2.277
Hessen	1.140	1.188	1.212	1.285	1.300	1.273	1.247	1.249	1.307	1.333	1.339	1.362
Rheinland-Pfalz	864	913	953	985	1.022	1.039	1.062	1.058	1.083	1.075	1.070	1.063
Baden-Württemberg	1.554	1.537	1.576	1.637	1.595	1.594	1.598	1.676	1.807	1.866	1.958	2.246
Bayern	985	910	996	1.049	1.047	1.010	965	952	1.020	1.018	1.039	1.068
Saarland	505	489	477	461	433	402	371	370	368	367	382	399
Nordrhein-Westfalen	3.894	3.937	4.079	4.158	4.303	4.289	4.408 ³⁾	4.560	4.635 ³⁾	4.592	4.509	4.634
Flächenländer (West) insg.	11.603	11.730	12.149	12.464	12.721	12.589	12.747	12.994	13.377	13.508	13.501	13.939
Flächenländer (West) ohne NRW	7.709	7.793	8.070	8.306	8.418	8.300	8.339	8.434	8.743	8.916	8.992	9.306
Brandenburg	445	521	593	643	686	680	712	757	781	849	784	783
Mecklenburg-Vorpommern	202	272	333	381	416	436	455	468	472	474	462	459
Sachsen	383	488	555	576	582	562	589	588	594	569	589	551
Sachsen-Anhalt	423	468	555	615	614	696	725	801	873	852	876	907
Thüringen	290	387	463	505	559	560	627	642	654	675	692	708
Flächenländer (Ost)	1.744	2.136	2.499	2.720	2.856	2.933	3.108	3.257	3.373	3.418	3.403	3.408
Hamburg	902	949	979	977	967	973	990	1.015	988	964	939	905
Bremen	624	612	570	561	556	512	544	501	488	501	499	517
Berlin	1.112	1.417	1.663	1.778	1.879	1.940	2.050	2.175	2.237	2.295	2.382	2.404
Stadtstaaten	2.638	2.978	3.212	3.316	3.402	3.425	3.584	3.691	3.712	3.761	3.820	3.826
Länder insgesamt	15.984	16.844	17.860	18.500	18.979	18.947	19.440	19.942	20.463	20.687	20.724	21.173

1) Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57)

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

14. Zinslastquoten¹⁾ des Bundes und der Länder

- in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁶⁾
Bund	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6 ²⁾	16,0	15,5	14,9	14,3	14,4	14,4	14,3
Schleswig-Holstein	11,6	11,5	12,1	12,3	12,1	11,9	11,8	11,3	11,1	11,2	10,5	10,9
Niedersachsen	9,3	9,7	10,1	9,9	10,5	10,0	9,9	10,1	10,3	10,8	10,7	10,5
Hessen	7,3	7,2	7,3	7,7	7,3	7,0	6,7	6,9	7,1	7,4	7,6	7,1
Rheinland-Pfalz	8,4	8,3	8,8	9,0	9,2	9,3	9,4	9,3	9,3	9,2	9,3	8,9
Baden-Württemberg	5,7	5,5	5,9	5,7	5,6	5,3	5,1	5,4	5,8	6,0	6,2	6,8
Bayern	3,3	2,9	3,2	3,4	3,3	3,1	2,9	2,8	2,9	3,0	3,0	3,1
Saarland	16,1	15,1	15,1	14,4	13,5	12,3	11,3	11,2	11,2	11,3	11,6	12,3
Nordrhein-Westfalen	9,2	9,0	9,0	9,2	9,5	9,3	9,3 ³⁾	9,6	9,8 ³⁾	9,5	8,9 ⁴⁾	9,7 ⁵⁾
Flächenländer (West) insg.	7,5	7,3	7,6	7,6	7,7	7,4	7,3	7,4	7,6	7,7	7,5	7,7
Flächenländer (West) ohne NRW	6,8	6,7	7,0	7,0	7,0	6,7	6,5	6,6	6,8	7,0	7,0	7,0
Brandenburg	4,6	5,3	6,1	6,6	7,0	7,0	7,2	7,4	8,1	8,9	8,1	7,9
Mecklenburg-Vorpommern	2,8	3,6	4,6	5,2	5,7	6,1	6,5	6,4	6,6	6,8	6,6	6,7
Sachsen	2,5	3,0	3,5	3,7	3,7	3,5	3,8	3,7	3,6	3,6	3,8	3,5
Sachsen-Anhalt	4,1	4,5	5,1	5,9	6,0	6,7	7,0	7,8	8,3	8,4	8,6	8,9
Thüringen	3,2	4,0	4,8	5,2	5,7	5,8	6,5	6,9	7,1	7,3	7,6	7,9
Flächenländer (Ost)	3,4	4,0	4,7	5,2	5,4	5,5	5,9	6,2	6,3	6,6	6,6	6,6
Hamburg	9,9	10,0	10,4	10,4	10,2	9,9	10,3	10,4	9,3	9,2	9,4	8,7
Bremen	15,7	15,3	14,2	13,8	13,6	12,2	13,0	11,9	11,4	11,8	12,2	12,7
Berlin	5,0	6,5	7,8	8,4	8,9	9,3	9,1	10,3	10,8	11,2	11,0	11,7
Stadtstaaten	7,5	8,4	9,2	9,6	9,8	9,8	9,9	10,5	10,4	10,7	10,7	10,9
Länder insgesamt	6,7	6,9	7,4	7,6	7,7	7,6	7,6	7,8	7,9	8,1	8,0	8,2

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen
(insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

6) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

15. Zinssteuerquoten¹⁾ des Bundes und der Länder - in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁴⁾
Bund	13,6	15,0	16,1	16,4	21,3 ²⁾	19,7	19,4	19,3	19,2	19,4	19,6	18,4
Schleswig-Holstein	16,7	17,1	17,6	17,3	17,4	17,5	17,8	18,1	17,2	18,3	17,4	16,0
Niedersachsen	14,1	14,5	15,2	14,6	15,1	14,3	15,5	17,1	16,9	16,9	16,5	14,3
Hessen	9,9	9,6	10,1	9,8	9,1	8,5	8,9	9,4	9,8	10,3	10,2	9,0
Rheinland-Pfalz	13,2	13,7	14,6	14,4	14,0	14,3	15,4	15,7	15,6	15,0	14,9	13,5
Baden-Württemberg	8,0	7,8	8,1	7,7	7,1	6,9	7,2	7,9	8,2	8,4	8,8	9,4
Bayern	4,4	3,9	4,3	4,3	4,1	3,8	3,8	3,8	4,1	3,9	4,0	3,8
Saarland	29,5	27,4	27,0	25,4	22,8	20,3	19,7	21,6	20,9	20,9	20,6	20,3
Nordrhein-Westfalen	11,7	11,6	12,2	11,9	11,7	11,3	13,1 ³⁾	12,7	13,9	13,5	13,0	12,5
Flächenländer (West) insg.	10,3	10,1	10,6	10,3	10,0	9,6	10,3	10,6	11,1	11,0	10,9	10,3
Flächenländer (West) ohne NRW	9,7	9,5	10,0	9,7	9,3	8,9	9,3	9,8	10,0	10,0	10,1	9,5
Brandenburg	10,0	12,7	13,9	14,7	14,6	14,1	15,2	17,8	18,3	18,6	18,1	16,5
Mecklenburg-Vorpommern	6,7	9,2	11,1	12,4	13,0	13,3	14,3	16,1	16,1	15,8	16,1	14,4
Sachsen	4,9	6,6	7,4	7,5	7,3	6,9	7,4	8,1	8,0	7,7	8,2	6,8
Sachsen-Anhalt	9,5	10,3	12,5	13,1	12,8	14,6	15,4	18,8	20,7	19,5	20,7	19,6
Thüringen	7,0	9,6	11,3	11,9	12,7	12,5	14,2	16,2	16,1	16,6	17,1	16,9
Flächenländer (Ost)	7,3	9,3	10,7	11,3	11,4	11,5	12,5	14,4	14,7	14,6	15,0	13,7
Hamburg	15,5	15,3	16,2	14,6	13,4	12,9	14,9	14,9	13,9	13,4	12,7	10,7
Bremen	33,7	34,1	29,9	31,8	28,7	27,2	31,2	28,6	26,0	26,9	27,5	25,5
Berlin	13,9	18,5	21,0	22,0	22,1	22,6	25,8	28,7	29,3	28,6	29,3	26,6
Stadtstaaten	16,8	19,0	20,2	20,0	19,3	19,0	21,9	22,8	22,3	22,0	22,1	19,6
Länder insgesamt	10,5	10,9	11,6	11,4	11,2	10,8	11,8	12,4	12,7	12,7	12,6	11,8

1) Anteil der Zinsausgaben für Kreditmarktmittel (OGr. 57) an den Steuereinnahmen

2) Wegen Einbeziehung der Sondervermögen in den Bundeshaushalt mit dem Vorjahr nicht vergleichbar

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

16. Steuereinnahmen¹⁾ des Bundes und der Länder
- in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ³⁾
Bund	187.194	173.104	169.272	174.598	192.423	198.774	193.765	192.046	191.881	187.005	190.149	203.903
Schleswig-Holstein	4.933	4.871	4.900	5.173	5.153	5.152	5.116	4.870	5.148	4.846	5.029	5.562
Niedersachsen	13.039	13.299	13.128	13.637	14.102	14.592	14.125	13.160	13.427	13.980	14.121	15.964
Hessen	11.514	12.391	11.996	13.090	14.343	14.991	14.087	13.214	13.373	12.955	13.119	15.120
Rheinland-Pfalz	6.567	6.675	6.546	6.831	7.278	7.260	6.877	6.719	6.921	7.182	7.169	7.862
Baden-Württemberg	19.458	19.808	19.426	21.144	22.315	22.987	22.063	21.304	21.997	22.305	22.228	24.006
Bayern	22.306	23.044	23.036	24.214	25.461	26.672	25.433	25.300	25.030	25.915	25.943	27.881
Saarland	1.712	1.784	1.765	1.815	1.901	1.980	1.884	1.711	1.766	1.755	1.856	1.967
Nordrhein-Westfalen	33.396 ²⁾	33.931	33.373	35.076	36.830	37.797	33.639	35.924	33.398	33.912	34.701	37.044
Flächenländer (West) insg.	112.926	115.803	114.170	120.980	127.393	131.432	123.225	122.200	121.060	122.850	124.166	135.406
Flächenländer (West) ohne NRW	79.530	81.872	80.797	85.905	90.553	93.635	89.586	86.276	87.662	88.938	89.466	98.362
Brandenburg	4.476	4.092	4.266	4.360	4.687	4.828	4.674	4.247	4.280	4.553	4.327	4.756
Mecklenburg-Vorpommern	2.995	2.975	3.015	3.076	3.200	3.285	3.174	2.911	2.929	3.002	2.865	3.179
Sachsen	7.765	7.447	7.540	7.690	8.023	8.146	7.959	7.230	7.413	7.358	7.143	8.066
Sachsen-Anhalt	4.448	4.536	4.439	4.709	4.781	4.759	4.707	4.259	4.206	4.375	4.240	4.638
Thüringen	4.124	4.041	4.086	4.225	4.399	4.489	4.398	3.956	4.058	4.065	4.043	4.193
Flächenländer (Ost)	23.808	23.091	23.346	24.060	25.091	25.506	24.912	22.603	22.885	23.352	22.617	24.832
Hamburg	5.834	6.202	6.052	6.681	7.206	7.462	6.668	6.829	7.096	7.190	7.382	8.455
Bremen	1.853	1.792	1.905	1.760	1.940	1.849	1.741	1.751	1.876	1.864	1.816	2.022
Berlin	8.020	7.676	7.931	8.098	8.498	8.594	7.941	7.575	7.638	8.012	8.120	9.051
Städtaaten	15.708	15.670	15.888	16.539	17.644	17.905	16.350	16.155	16.610	17.066	17.318	19.528
Länder insgesamt	152.440	154.564	153.404	161.578	170.118	174.843	164.488	160.959	160.555	163.267	164.102	179.765

1) Ohne steuerähnliche Abgaben

2) Nettostellung der bruttoveranschlagten Zahlungen an den Fonds "Dt. Einheit" (FDE 1995: 1.106 Mio EUR), ab 1996 erfolgt Nettoveranschlagung

3) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

17. Steuerfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder - in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁴⁾
Bund	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1
Schleswig-Holstein	69,0	67,3	68,7	71,1	69,2	68,2	66,2	62,4	64,9	61,1	60,4	68,0
Niedersachsen	66,1	67,2	66,5	67,8	69,6	70,0	64,0	59,3	60,5	64,0	64,8	73,3
Hessen	73,9	74,7	72,6	78,6	80,8	82,3	75,9	72,8	72,8	72,2	74,3	79,3
Rheinland-Pfalz	63,6	60,8	60,3	62,4	65,7	64,7	60,9	58,9	59,1	61,6	62,1	65,9
Baden-Württemberg	71,4	71,2	72,1	73,6	78,0	76,0	69,9	69,2	70,9	71,4	70,3	73,1
Bayern	75,3	74,0	75,0	77,9	80,4	82,3	76,5	73,4	71,9	75,7	75,5	79,7
Saarland	54,7	55,2	55,9	56,8	59,3	60,6	57,5	51,9	53,6	54,0	56,6	60,5
Nordrhein-Westfalen	78,6	77,3	74,0	77,9	80,9	81,8	70,9	75,3	70,4	70,5	68,6 ²⁾	77,5 ³⁾
Flächenländer (West) insg.	72,7	72,1	71,3	74,2	76,9	77,3	70,3	69,5	68,5	69,7	69,3	75,3
Flächenländer (West) ohne NRW	70,5	70,1	70,2	72,8	75,4	75,7	70,1	67,3	67,8	69,4	69,6	74,5
Brandenburg	45,9	41,5	44,2	44,7	47,7	49,8	47,1	41,8	44,6	47,8	45,0	47,9
Mecklenburg-Vorpommern	41,9	39,1	41,3	42,0	44,2	46,1	45,0	40,0	40,8	43,1	41,3	46,5
Sachsen	50,0	46,2	48,1	50,0	51,6	50,5	51,4	45,4	44,4	46,3	46,0	51,0
Sachsen-Anhalt	42,8	43,9	41,1	45,0	46,4	45,5	45,5	41,4	40,2	43,3	41,5	45,7
Thüringen	45,6	42,0	42,5	43,6	44,9	46,3	45,7	42,7	44,0	43,8	44,5	46,6
Flächenländer (Ost)	45,9	43,1	44,0	45,7	47,6	48,1	47,5	42,7	43,1	45,1	44,0	48,0
Hamburg	64,4	65,6	64,2	71,4	75,9	76,7	69,6	70,0	67,0	68,5	74,2	81,6
Bremen	46,5	44,7	47,3	43,4	47,3	44,9	41,6	41,5	43,9	43,9	44,3	49,7
Berlin	36,3	35,2	37,0	38,2	40,3	41,1	35,2	36,0	36,9	39,0	37,6	44,1
Stadtstaaten	44,7	44,4	45,6	47,8	50,9	51,5	45,0	46,1	46,7	48,4	48,6	55,9
Länder insgesamt	64,3	63,6	63,5	66,4	69,4	70,1	64,5	62,6	62,1	63,8	63,3	69,4

1) Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Beihilfeverfahren WestLB sowie Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

3) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

4) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

18. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁷⁾
Bund	25.626	40.022	32.571	28.852	26.110	23.759	22.826	31.863	38.648	39.542	31.197	27.893
Schleswig-Holstein	659	638	623	569	435	463	595	1.101	1.171	788	1.485	885
Niedersachsen	1.955	1.733	1.541	1.278	1.233	1.482	1.946 ⁴⁾	2.949	2.844	2.499	2.149	461
Hessen	1.204	1.112	1.479	731	601	664	1.168	1.986	1.499	1.680	776	579
Rheinland-Pfalz	863	1.021	1.040	961	802	793	695	1.517	1.312	1.276	1.010	893
Baden-Württemberg	1.423	1.375	1.408	855	511	713	2.257	1.864	2.039	2.039	1.686	1.536
Bayern	-89	1.524	1.323	807	-208	-314	199	1.019	1.123	935	1.836	-5
Saarland	670 ³⁾	617 ³⁾	585 ³⁾	596 ³⁾	492 ³⁾	482 ³⁾	508 ³⁾	693 ³⁾	730 ³⁾	664 ³⁾	773	692
Nordrhein-Westfalen	3.131	3.088	4.822	3.243	2.673	3.623	5.407 ⁵⁾	4.164	6.666	6.872	6.770 ⁶⁾	3.393
Flächenländer (West) insg.	9.817	11.107	12.821	9.040	6.539	7.906	12.776	15.292	17.384	16.752	16.486	8.434
Flächenländer (West) ohne NRW	6.686	8.020	7.999	5.797	3.866	4.283	7.369	11.128	10.718	9.880	9.716	5.041
Brandenburg	1.522	1.262	858	801	666	487	569	1.338	1.165	704	554	354
Mecklenburg-Vorpommern	1.096	1.046	759	660	471	366	332	533	1.034	844	331	0
Sachsen	1.239	1.015	721	524	252	220	208	460	492	393	353	-613
Sachsen-Anhalt	1.811	1.220	1.585	938	900	788	712	1.504	772	1.316	998	656
Thüringen	838	1.202	997	909	933	775	748	721	710	988	984	662
Flächenländer (Ost)	6.506	5.744	4.920	3.832	3.222	2.636	2.569	4.557	4.172	4.246	3.220	1.059
Hamburg	764	895	868	743	808	820	823	813	800	750	650	600
Bremen	908 ³⁾	921 ³⁾	905 ³⁾	807 ³⁾	695 ³⁾	1.005 ³⁾	1.034 ³⁾	1.196 ³⁾	1.216 ³⁾	1.259 ³⁾	1.089	761
Berlin	3.451	3.119	2.787	2.454	2.079	1.937	4.896	6.043	4.064	4.382	3.513	1.817
Stadtstaaten	5.124	4.943	4.560	4.004	3.582	3.762	6.753	8.051	6.080	6.390	5.252	3.178
Länder insgesamt ²⁾	19.708	20.048	20.562	15.137	11.810	12.948	20.922	26.902	26.818	26.774	24.958	12.672

- 1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln
 2) Ländersumme 1994 bis 2004 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen
 3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen
 4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO-Verlustes
 5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt
 6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt
 7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF
 Abweichungen in den Summen sind runderungsbedingt

19. Nettokreditaufnahme¹⁾ des Bundes und der Länder
 - in EUR je Einwohner²⁾ -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁷⁾
Bund	314	489	397	352	318	289	277	387	468	479	378	339
Schleswig-Holstein	243	234	226	206	157	166	213	392	416	279	525	313
Niedersachsen	252	222	197	163	157	187	245	370	356	312	268	58
Hessen	201	185	245	121	99	110	192	326	246	276	127	95
Rheinland-Pfalz	218	256	259	239	199	197	172	374	324	314	249	220
Baden-Württemberg	138	133	136	82	49	68	214	175	191	190	157	143
Bayern	-7	127	110	67	-17	-26	16	82	91	75	147	0
Saarland	619 ⁴⁾	570 ⁴⁾	540 ⁴⁾	554 ⁴⁾	459 ⁴⁾	451 ⁴⁾	476 ⁴⁾	651 ⁴⁾	686 ⁴⁾	627 ⁴⁾	734	661
Nordrhein-Westfalen	176	172	268	180	149	201	300 ⁵⁾	231	369	380	375 ⁶⁾	188
Flächenländer (West) insg.	159	180	206	145	105	126	204	243	275	265	260	133
Flächenländer (West) ohne NRW	153	182	181	131	87	96	165	247	238	219	215	111
Brandenburg	600	496	335	310	257	187	219	517	452	274	216	139
Mecklenburg-Vorpommern	600	574	418	366	262	205	187	304	595	489	193	0
Sachsen	271	223	159	116	56	50	47	105	113	91	82	-144
Sachsen-Anhalt	659	446	584	349	338	299	274	587	304	524	402	267
Thüringen	334	481	401	368	380	317	309	300	298	418	419	285
Flächenländer (Ost)	458	406	349	273	230	190	186	333	307	315	241	80
Hamburg	448	524	508	437	475	480	479	471	462	432	374	343
Bremen	1.336 ⁴⁾	1.368 ⁴⁾	1.339 ⁴⁾	1.203 ⁴⁾	1.044 ⁴⁾	1.519 ⁴⁾	1.565 ⁴⁾	1.810 ⁴⁾	1.835 ⁴⁾	1.900 ⁴⁾	1.643	1.146
Berlin	995	900	808	718	613	573	1.447	1.783	1.198	1.294	1.036	534
Staatsstaaten	875	844	782	692	622	654	1.172	1.394	1.051	1.104	907	547
Länder insgesamt ³⁾	241	245	251	185	144	158	254	326	325	325	303	154

1) Saldo der Aufnahme und der Tilgung von Schulden aus Kreditmarktmitteln

2) Einwohnerstand: 30.06. d. J.

3) Ländersumme 1994 bis 2004 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF, eigene Berechnungen

20. Kreditfinanzierungsquoten¹⁾ des Bundes und der Länder
- in v. H. -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ⁸⁾
Bund	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7
Schleswig-Holstein	9,2	8,8	8,7	7,8	5,8	6,1	7,7	14,1	14,8	9,9	17,8	10,8
Niedersachsen	9,9	8,9	7,8	6,4	6,1	7,1	8,8 ⁴⁾	13,3	12,8	11,4	9,9	2,1
Hessen	7,7	6,7	8,9	4,4	3,4	3,6	6,3	10,9	8,2	9,4	4,4	3,0
Rheinland-Pfalz	8,4	9,3	9,6	8,8	7,2	7,1	6,2	13,3	11,2	10,9	8,8	7,5
Baden-Württemberg	5,2	4,9	5,2	3,0	1,8	2,4	7,2	6,1	6,6	6,5	5,3	4,7
Bayern	- 0,3	4,9	4,3	2,6	- 0,7	- 1,0	0,6	3,0	3,2	2,7	5,3	- 0,0
Saarland	21,4 ³⁾	19,1 ³⁾	18,5 ³⁾	18,7 ³⁾	15,4 ³⁾	14,8 ³⁾	15,5 ³⁾	21,0 ³⁾	22,1 ³⁾	20,4 ³⁾	23,6	21,3
Nordrhein-Westfalen	7,4	7,0	10,7	7,2	5,9	7,8	11,4 ⁵⁾	8,7	14,1 ⁵⁾	14,3	13,4 ⁶⁾	7,1 ⁷⁾
Flächenländer (West) insg.	6,3	6,9	8,0	5,5	4,0	4,7	7,3	8,7	9,8	9,5	9,2	4,7
Flächenländer (West) ohne NRW	5,9	6,9	7,0	4,9	3,2	3,5	5,8	8,7	8,3	7,7	7,6	3,8
Brandenburg	15,6	12,8	8,9	8,2	6,8	5,0	5,7	13,2	12,1	7,4	5,8	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	15,3	13,7	10,4	9,0	6,5	5,1	4,7	7,3	14,4	12,1	4,8	0,0
Sachsen	8,0	6,3	4,6	3,4	1,6	1,4	1,3	2,9	2,9	2,5	2,3	-3,9
Sachsen-Anhalt	17,4	11,8	14,7	9,0	8,7	7,5	6,9	14,6	7,4	13,0	9,8	6,5
Thüringen	9,3	12,5	10,4	9,4	9,5	8,0	7,8	7,8	7,7	10,7	10,8	7,3
Flächenländer (Ost)	12,5	10,7	9,3	7,3	6,1	5,0	4,9	8,6	7,8	8,2	6,3	2,0
Hamburg	8,4	9,5	9,2	7,9	8,5	8,4	8,6	8,3	7,6	7,1	6,5	5,8
Bremen	22,8 ³⁾	23,2 ³⁾	22,5 ³⁾	19,9 ³⁾	17,0 ³⁾	24,4 ³⁾	24,7 ³⁾	28,4 ³⁾	28,5 ³⁾	29,6 ³⁾	26,5	18,7
Berlin	15,6	14,3	13,0	11,6	9,9	9,3	21,7	28,7	19,7	21,3	16,3	8,9
Stadtstaaten	14,6	14,0	13,1	11,6	10,3	10,8	18,6	23,0	17,1	18,1	14,7	9,1
Länder insgesamt ²⁾	8,3	8,2	8,5	6,2	4,8	5,2	8,2	10,5	10,4	10,5	9,6	4,9

1) Anteil der Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.

2) Ländersumme 1994 bis 2004 incl. Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

3) Ohne Sanierungshilfen des Bundes fürs Saarland und Bremen

4) Einschl. zweckgebundene Kreditaufnahme zur Abdeckung des EXPO - Verlustes

5) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Verwaltungsmodernisierungsmaßnahmen (insb. Ausgliederungen) eingeschränkt

Quelle: Rechnungsergebnisse, Finanzberichte des Bundes, BMF

6) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Kapitalzuführungen an landeseigene Betriebe eingeschränkt

7) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wg. Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

8) Teilweise vorläufiges Ist; NRW endgültig

21. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder - in Mio EUR -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bund ^{2) 3) 4)}	380.548	420.905	454.581	482.902	663.147 ³⁾	671.494	688.340	711.588	753.775	797.460	868.209 ⁴⁾	897.530
Schleswig-Holstein	12.914	13.568	14.268	14.690	15.041	15.490	16.147	17.231	18.585	19.594	20.918	21.765
Niedersachsen	28.626	30.283	31.888	33.047	33.437	34.076	36.880	40.010	43.339	46.735	47.855	48.774
Hessen	18.249	18.798	20.660	21.310	21.249	21.575	22.903	24.818	27.164	28.617	30.233	29.364
Rheinland-Pfalz	13.923	15.154	16.275	17.273	17.902	18.346	19.588	20.858	22.138	23.242	24.638	25.252
Baden-Württemberg	24.123	25.784	26.873	28.073	28.554	29.506	31.897	33.378	35.676	37.554	39.541	41.072
Bayern	14.296	16.280	17.761	18.537	18.278	17.964	18.164	19.183	20.306	21.240	23.077	23.072
Saarland	6.938	6.849	6.613	6.389	6.360	6.130	6.151	6.537	6.973	7.371	8.102	8.736
Nordrhein-Westfalen	61.712	65.233	69.918	73.382	74.805	76.670	83.162	88.471	95.243	102.494	108.939	112.900
Flächenländer (West) insg.	180.781	191.950	204.255	212.702	215.627	219.757	234.891	250.486	269.424	286.847	303.303	310.935
Flächenländer (West) ohne NRW	119.069	126.717	134.338	139.320	140.822	143.087	151.729	162.015	174.181	184.353	194.364	198.035
Brandenburg	8.245	9.814	10.842	11.640	11.972	12.799	13.522	14.656	16.264	16.397	16.928	17.136
Mecklenburg-Vorpommern	3.993	5.014	5.953	6.679	7.106	7.493	8.164	8.686	9.499	10.283	10.777	10.737
Sachsen	7.457	8.572	9.288	9.822	9.830	10.071	10.201	10.679	11.343	11.824	12.086	11.592
Sachsen-Anhalt	7.330	9.592	10.750	11.861	12.782	13.577	14.443	15.677	16.662	18.006	19.223	19.303
Thüringen	6.007	7.195	8.241	9.217	10.122	10.888	11.594	12.176	13.073	14.060	15.052	15.805
Flächenländer (Ost)	33.032	40.188	45.073	49.218	51.812	54.828	57.925	61.874	66.841	70.570	74.066	74.573
Hamburg	13.356	14.314	14.629	14.929	15.666	16.626	17.624	18.183	19.355	20.359	21.162	21.604
Bremen	8.620	8.518	8.666	8.493	8.062	8.522	8.894	9.584	10.606	11.270	12.303	13.384
Berlin	21.547	24.895	27.120	29.421	31.506	33.453	38.350	44.647	48.727	53.876	57.380	58.995
Stadtstaaten	43.523	47.727	50.415	52.844	55.234	58.601	64.868	72.414	78.688	85.505	90.845	93.983
Länder insgesamt	257.336	279.864	299.744	314.765	322.672	333.187	357.684	384.773	414.952	442.922	468.214	479.489

1) Jeweils am 31.12. d. J.; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte

2) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

3) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundeseseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

4) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5)

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt

22. Schuldenstand (am Kreditmarkt)¹⁾ des Bundes und der Länder

- in EUR je Einwohner²⁾ -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bund ^{3) 4) 5)}	4.661	5.140	5.540	5.887	8.079 ⁴⁾	8.171	8.360	8.628	9.135	9.666	10.528 ⁵⁾	10.896
Schleswig-Holstein	4.756	4.969	5.189	5.321	5.430	5.570	5.777	6.133	6.596	6.935	7.394	7.686
Niedersachsen	3.696	3.885	4.071	4.209	4.244	4.307	4.645	5.020	5.425	5.841	5.977	6.099
Hessen	3.045	3.125	3.425	3.533	3.516	3.562	3.772	4.079	4.461	4.700	4.962	4.832
Rheinland-Pfalz	3.515	3.804	4.059	4.299	4.444	4.554	4.847	5.150	5.458	5.727	6.069	6.229
Baden-Württemberg	2.343	2.493	2.586	2.697	2.732	2.811	3.020	3.140	3.340	3.507	3.685	3.824
Bayern	1.196	1.355	1.473	1.536	1.508	1.474	1.479	1.553	1.638	1.709	1.853	1.849
Saarland	6.407	6.323	6.108	5.932	5.930	5.732	5.765	6.138	6.561	6.961	7.698	8.345
Nordrhein-Westfalen	3.459	3.643	3.892	4.084	4.160	4.260	4.614	4.899	5.270	5.672	6.032	6.258
Flächenländer (West) insg.	2.936	3.102	3.288	3.421	3.459	3.515	3.742	3.974	4.265	4.536	4.792	4.915
Flächenländer (West) ohne NRW	2.722	2.882	3.042	3.151	3.175	3.213	3.390	3.603	3.863	4.082	4.297	4.379
Brandenburg	3.251	3.856	4.232	4.510	4.618	4.921	5.206	5.666	6.315	6.384	6.607	6.713
Mecklenburg-Vorpommern	2.184	2.754	3.278	3.704	3.959	4.200	4.615	4.955	5.465	5.958	6.291	6.312
Sachsen	1.630	1.881	2.047	2.179	2.196	2.266	2.315	2.446	2.617	2.746	2.821	2.720
Sachsen-Anhalt	2.665	3.512	3.960	4.409	4.799	5.154	5.556	6.111	6.571	7.172	7.740	7.857
Thüringen	2.393	2.882	3.316	3.731	4.121	4.460	4.787	5.069	5.486	5.945	6.418	6.803
Flächenländer (Ost)	2.326	2.840	3.193	3.502	3.705	3.943	4.199	4.525	4.927	5.236	5.532	5.609
Hamburg	7.825	8.378	8.571	8.778	9.206	9.732	10.251	10.535	11.176	11.721	12.173	12.367
Bremen	12.679	12.551	12.817	12.664	12.103	12.881	13.465	14.505	16.003	17.013	18.564	20.149
Berlin	6.209	7.180	7.869	8.610	9.286	9.888	11.332	13.172	14.368	15.907	16.919	17.354
Stadtstaaten	7.431	8.152	8.648	9.129	9.588	10.186	11.254	12.537	13.600	14.777	15.683	16.174
Länder insgesamt	3.152	3.418	3.653	3.837	3.931	4.054	4.344	4.665	5.029	5.369	5.678	5.821

1) Jeweils am 31.12. d. J.; ohne Ausgleichsforderungen; ab 1991 ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte

2) Einwohnerstand jeweils am 30.06. d. J.

3) Einschl. der ab 01.01.1980 mitübernommenen Schulden des Lastenausgleichsfonds; ohne Altschulden der ehem. DDR, Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen und Treuhandschulden

4) Ab 1999 einschl. der am 01.07.1999 mitübernommenen Schulden des Bundesisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds "Steinkohle" und des Erblastentilgungsfonds

5) Ab 2005 einschl. der mitübernommenen Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"

Quelle: Schuldenstandsstatistik des Stat. Bundesamtes (Fachs. 14 Reihe 5); eigene Berechnungen

**23. Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2008
des Landes Nordrhein-Westfalen mit Vorjahresvergleich *)**

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Gruppierungsnummer	2007 Haushaltsplan (einschl. Nachtragsentwurf)	2008 Haushalts- planentwurf	Veränderung 2008 gegenüber 2007	
		- Mio EUR -		- Mio EUR -	- v. H. -
I. Ausgaben					
1. Personalausgaben	4	19.672,3	19.319,4	-352,9	-1,8
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	2.334,1	2.441,3	+107,1	+4,6
3. Schuldendienst	56 - 59	4.858,7	5.019,0	+160,3	+3,3
3.1 Zinsausgaben	56, 57	(4.680,2)	(4.840,6)	(+160,4)	(+3,4)
dar.: an Kreditmarkt	57	(4.679,5)	(4.840,0)	(+160,5)	(+3,4)
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	18.663,5	19.214,5	+551,1	+3,0
5. Investitionsausgaben	7, 8	4.521,5	4.667,3	+145,9	+3,2
5.1 Bauausgaben	7	(231,7)	(221,5)	(-10,2)	(-4,4)
5.2 Sonst. Investitionsausgaben	8	(4.289,7)	(4.445,8)	(+156,1)	(+3,6)
6. Bes. Finanzierungsausgaben	9	32,7	158,5	+125,8	x
Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan		50.082,8	50.820,0	+737,3	+1,5
II. Einnahmen					
1. Steuern	01, 05, 06	39.950,0	41.140,0	+1.190,0	+3,0
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahmen)	09, 1 - 3 (ohne 31 u. 32)	7.609,8	7.508,7	-101,0	-1,3
dar.: Investitionseinnahmen	33, 34	(1.299,4)	(1.213,2)	(-86,2)	(-6,6)
3. Schuldenaufnahme	31, 32	2.523,0	2.171,3	-351,7	-13,9
dar.: am Kreditmarkt	32	(2.523,0)	(2.171,3)	(-351,7)	(-13,9)
Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan		50.082,8	50.820,0	+737,3	+1,5
III. Nachrichtlich:					
1. Bereinigte Gesamteinnahmen ¹⁾	(0 - 3) ./. (32, 35, 36, 38)	47.554,9	48.644,0	+1.089,0	+2,3
2. Bereinigte Gesamtausgaben ²⁾	(4 - 9) ./. (59, 91, 96, 98)	50.021,3	50.722,6	+701,3	+1,4
3. Finanzierungssaldo		-2.466,4	-2.078,6	+387,8	x
4. Schuldenaufnahme netto	(31 u. 32) ./. (58 u. 59)	2.344,5	1.992,9	-351,6	-15,0
dar.: am Kreditmarkt netto	32 ./ 59	(2.523,0)	(2.171,3)	(-351,7)	(-13,9)
5. Kreditfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		5,0	4,3	x	x
6. Investitionsquote - v. H. - ³⁾		9,0	9,2	x	x
7. Zinsquote (Kreditmarkt) - v. H. - ³⁾		9,4	9,5	x	x
8. Steuerfinanzierungsquote - v. H. - ³⁾		79,9	81,1	x	x
9. Personalausgabenquote - v. H. - ³⁾		39,3	38,1	x	x
10. Schuldenstand aus Kreditmarktmitteln am 31.12.2006: 112.900,4 Mio EUR (6.262 EUR je Einwohner)					

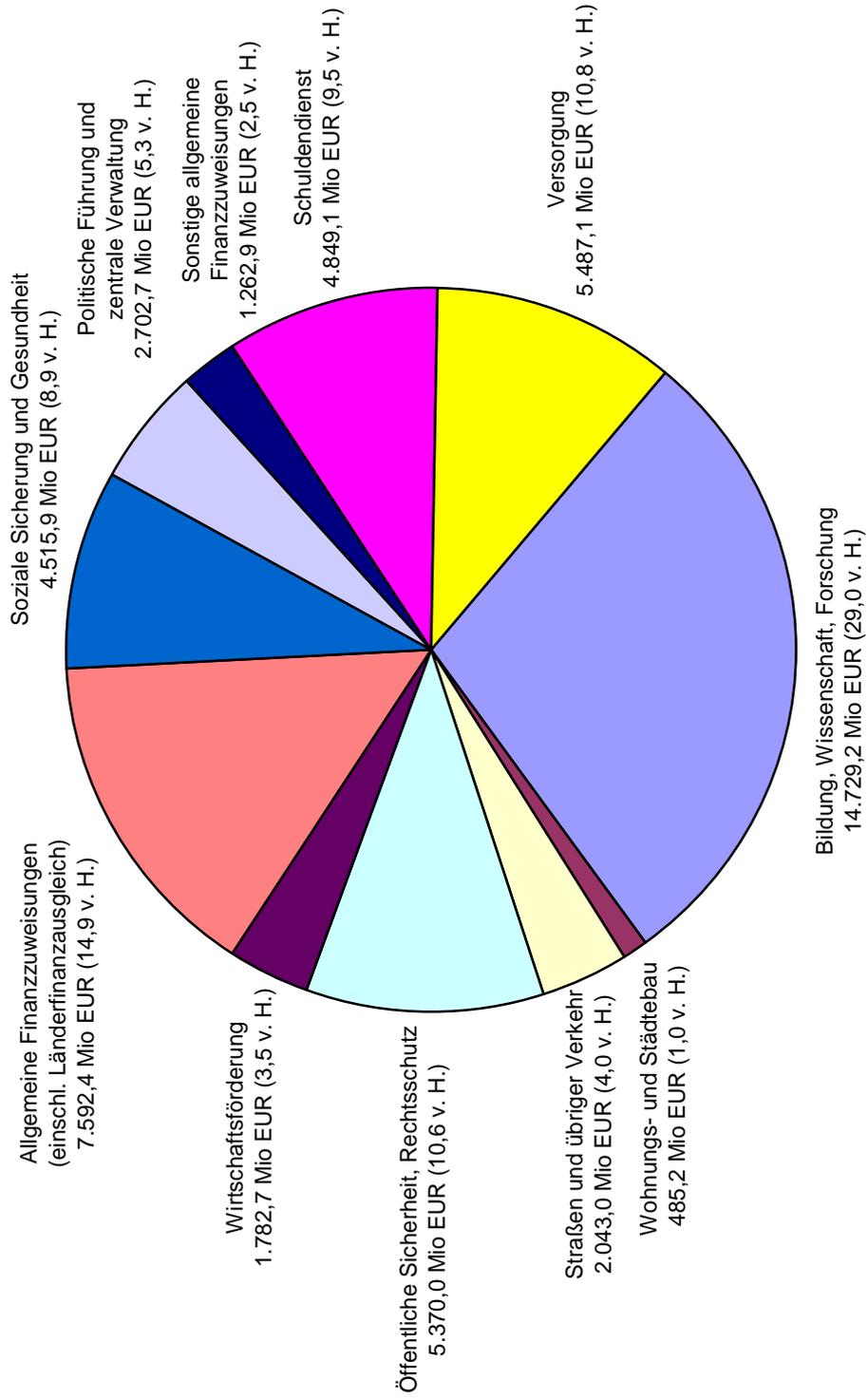
¹⁾ Die sog. "bereinigten Gesamteinnahmen" errechnen sich aus den Gesamteinnahmen lt. Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahme am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse der Vorjahre und haushaltstechnische Verrechnungen.

²⁾ Die sog. "bereinigten Gesamtausgaben" errechnen sich aus den Gesamtausgaben lt. Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben an Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen.

³⁾ Berechnet als v. H.-Anteil der sog. "bereinigten Gesamtausgaben" (s. Ziff. III.2.). Bei der Kreditfinanzierungsquote handelt es sich um den v. H.-Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt netto an den "bereinigten Gesamtausgaben".

*) Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Aufstockung der Versorgungsrücklage in 2007 eingeschränkt

**24. Ausgaben nach Aufgabenbereichen des Landes NRW
Ansätze lt. Haushaltsplanentwurf 2008**



Gesamtausgaben: 50.820,0 Mio EUR

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

25. Eckdaten des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen 1970, 1980, 1990, 2000 bis 2008

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	2000	2001 ¹⁾	2002 ²⁾	2003 ¹⁾	2004	2005 ³⁾	2006 ⁴⁾	2007 ^{5) 6)}	2008 ⁷⁾
		- in Mio EUR -											
I. Ausgaben													
1. Personalausgaben	4	3.422,6	9.921,6	13.287,0	18.977,5	19.193,7	19.906,5	19.573,6	19.897,5	20.260,8	18.601,2	19.672,3	19.319,4
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 9,2	+ 5,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 3,7	- 1,7	+ 1,7	+ 1,8	- 8,2	+ 5,8	- 1,8
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	51 - 54	415,2	1.287,9	1.529,1	2.328,8	2.916,4	3.082,0	2.949,8	3.014,5	3.118,0	2.237,8	2.334,1	2.441,3
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 7,8	+ 6,9	+ 4,8	+ 25,2	+ 5,7	- 4,3	+ 2,2	+ 3,4	- 28,2	+ 4,3	+ 4,6
3. Schuldendienst	56 - 59	183,6	1.328,3	3.628,7	4.477,4	4.530,8	4.740,9	4.797,9	4.790,0	4.665,6	4.796,7	4.868,7	5.019,0
- ohne nicht veranschl. Tilgung -													
3.1 Zinsausgaben	56, 57	91,0	1.013,4	3.508,0	4.321,8	4.438,9	4.593,5	4.669,6	4.625,1	4.539,3	4.634,3	4.680,2	4.840,6
dar.: an Kreditmarkt	57	69,0	992,4	3.489,1	4.289,3	4.407,5	4.559,5	4.634,9	4.592,3	4.509,5	4.633,5	4.679,5	4.840,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 23,2	+ 3,9	- 0,3	+ 2,8	+ 3,4	+ 1,7	- 0,9	- 1,8	+ 2,8	+ 1,0	+ 3,4
4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	6	2.907,2	8.375,5	10.946,4	15.700,2	16.449,8	15.758,5	15.411,9	15.818,5	15.809,0	17.813,9	18.663,5	19.214,5
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder -													
Veränd. geg. Vorj. in v. H.													
5. Investitionsausgaben	7, 8	2.359,1	5.893,2	5.105,5	4.694,8	4.346,2	4.236,9	4.683,5	4.581,5	6.737,5	4.348,6	4.521,5	4.667,3
5.1 Sachinvestitionen	7, 81, 82	472,4	757,2	548,7	789,5	712,0	623,3	525,0	608,0	536,8	502,7	492,9	562,9
5.2 Investitionsförderung	83 - 89	1.886,7	5.135,9	4.556,8	3.905,3	3.634,2	3.613,6	4.158,5	3.973,4	6.200,7	3.845,9	4.028,6	4.104,4
6. Besondere Finanzierungsausgaben	9	176,9	32,7	103,0	1.349,9	659,4	153,7	6,8	7,8	10,0	29,2	32,7	158,5
7. Gesamtausgaben		9.464,5	26.839,2	34.599,7	47.528,5	48.096,2	47.878,4	47.423,5	48.109,7	50.601,0	47.827,3	50.082,8	50.820,0
- ohne Ausgaben zugunsten der neuen Länder -													
Veränd. geg. Vorj. in v. H.													
7.1 Gesamtausg. ohne bes. Finanzierungsvorgänge	(4 - 9) ohne	9.253,9	26.319,3	34.459,1	46.178,7	47.436,9	47.724,8	47.416,7	48.102,0	50.591,0	47.798,2	50.021,3	50.722,6
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 11,0	+ 7,1	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,6	- 0,6	+ 1,4	+ 5,2	- 5,5	+ 4,7	+ 1,4

Ausgabe- bzw. Einnahmeart	Grupp.-Nr.	1970	1980	1990	2000	2001 ¹⁾	2002 ²⁾	2003 ¹⁾	2004	2005 ³⁾	2006 ⁴⁾	2007 ^{5) 6)}	2008 ⁷⁾
		- in Mio EUR -											
II. Einnahmen													
1. Steuereinnahmen	01, 05, 06	7.485,3	18.102,8	27.108,5	37.796,9	33.639,1	35.923,8	33.398,5	33.912,0	34.700,7	37.043,8	39.950,0	41.140,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.		-	+ 4,8	+ 1,0	+ 2,6	- 11,0	+ 6,8	- 7,0	+ 1,5	+ 2,3	+ 6,8	+ 7,8	+ 3,0
2. Übrige Einnahmen (ohne Schuldenaufnahme, Entnahme aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und ohne haushaltstechnische Verrechnungen)	(09, 1 - 3) ./. (31, 32, 35, 36, 38)	1.716,9	4.160,9	5.027,0	6.236,4	6.954,5	7.117,7	7.153,1	7.288,4	9.102,5	7.370,7	7.604,9	7.504,0
3. Schuldenaufnahme (brutto) einschl. nicht veransch. Tilgung 3.1 dar.: am Kreditmarkt (brutto)		72,6	5.637,0	6.403,2	(10.116,0)	(13.232,2)	(14.292,3)	(17.836,5)	(18.527,0)	(21.695,1)	(18.604,5)	(18.162,1)	(18.569,0)
4. Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	(0 - 3) ohne	9.179,2	22.194,2	32.240,7	44.091,2	40.643,2	43.086,0	40.580,4	41.217,3	43.815,7	44.424,0	47.554,9	48.644,0
Veränd. geg. Vorj. in v. H.	32,35,36,38	-	+ 4,7	+ 2,2	+ 1,8	- 7,8	+ 6,0	- 5,8	+ 1,6	+ 6,3	+ 1,4	+ 7,0	+ 2,3
III. Nachrichtlich													
1. Schuldenstand am Kreditmarkt		640,1	15.373,0	49.543,9	76.670,4	83.162,3	88.470,9	95.243,0	102.494,0	108.939,4	112.900,4	115.423,4	115.071,7
2. Nettokreditaufnahme	32 ./ 59	-27,6	4.125,6	2.219,2	3.623,2	5.407,4	4.163,5	6.666,1	6.872,4	6.770,3	3.393,0	2.523,0	2.171,3
3. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt einschl. nicht veransch. Tilgung ⁸⁾		33,7	1.331,4	4.078,8	6.434,9	7.775,3	10.084,3	11.141,0	11.637,7	14.912,2	15.202,0	15.639,1	16.397,7
4. Personalstellen insgesamt (ohne Beamte im Vorbereitungsdienst)		246.401	351.383	338.950	343.660	314.005	313.427	309.574	308.577	326.426 ¹¹⁾	326.107	289.184 ¹²⁾	288.829
Veränd. geg. Vorjahr		+ 13.240	+ 8.506	+ 3.068	- 739	- 29.655 ⁹⁾	- 578	- 3.853 ¹⁰⁾	- 997	+ 17.849	- 319	- 36.923	- 355

¹⁾ Aufgrund von durchgeführten Ausgliederungen ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren z. T. erheblich eingeschränkt.

²⁾ Ab 2002: Neue Haushaltssystematik

³⁾ Aufgrund folgender Sondereffekte nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar:

- Umsetzung von Maßnahmen aufgrund der Entscheidung der Europäischen Kommission in Sachen Beihilfverfahren WestLB (Übrige Einnahmen/Investitionsausgaben dadurch jeweils um 1,4 Mrd. EUR erhöht)

- Kapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sowie an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (Investitionsausgaben dadurch um 943 Mio EUR erhöht)

⁴⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Sondereffekten im Hochschulbereich stark eingeschränkt (flächendeckende Einführung von Globalhaushalten; geänderte Drittmittelveranschlagung)

⁵⁾ Verabschiedeter Haushaltsplan einschließlich Nachtragse Entwurf

⁶⁾ Vergleichbarkeit zum Vorjahr wegen Aufstockung der Versorgungsrücklage eingeschränkt

⁷⁾ Haushaltsplanentwurf

⁸⁾ Einschließlich Kurspflege

⁹⁾ Weniger zum Vorjahr insbesondere durch Verlagerung von Stellen der medizinischen Einrichtungen in die Anstalten (ohne Auswirkung auf die Personalausgaben, da bereits seit 1985

Zuführungstitel der HGr. 6)

¹⁰⁾ Ausgliederung der TH Aachen, Uni Bielefeld, FH Münster und FH Niederrhein als Globalhaushalte aus dem Landeshaushalt NRW

¹¹⁾ Vergleichszahl zu 2006 incl. bis 2005 ausgegliederte Bereiche, daher mit 2004 nicht vergleichbar

¹²⁾ Mit dem 01.01.2007 wurden die Hochschulbereiche "Körperschaften öffentlichen Rechts" aus dem Landeshaushalt NRW ausgegliedert

(06 103 - 06 108 - FB Medizin, 06 111 - 06 270 - Universitäten und 06 670 - 06 850 - Fachhochschulen).

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quellen: Haushaltsrechnungsstatistik; Gruppierungsübersichten des Landeshaushalts NRW; Haushaltspläne

26. a) Einnahmen der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2000 - 2005 (Maßeinheit: 1.000 EUR)

KZ	Einnahmeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	2000	2001	2002	2003	2004	2005
1	Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	00-03 ./ 810,811	14.367.860	13.498.235	12.945.468	13.014.814	14.015.656	14.721.455
2	Lfd. Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen u.ä.	04 - 09,16,17,20, 23 ./ 169, 209	17.328.481	17.190.833	17.212.391	16.336.826	17.610.017	17.390.461
3	vom Land	je ..1	8.602.997	8.428.199	8.395.814	7.383.427	8.451.968	7.718.321
4	vom Bund	je ..0	257.837	210.029	214.613	192.031	181.125	226.659
5	von Gemeinden/GV	je ..2	7.512.349	7.423.616	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.220.574
6	von sonst. öffentl. Bereich	je ..3, ..4	278.717	264.965	208.862	221.765	240.244	398.400
7	von nichtöffentlichen Bereich	je ..5 - ..8	676.581	864.024	798.083	775.066	824.912	826.507
8	Gebühren, sonstige Entgelte	10, 11, 12	5.794.933	5.594.647	5.558.034	5.554.259	5.600.751	5.518.044
9	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	13, 14, 21, 22	1.818.437	2.035.290	2.517.725	2.403.198	2.242.580	2.339.410
10	Übrige laufende Einnahmen	15, 24, 25, 26	1.963.096	2.124.123	2.271.051	2.306.107	2.258.059	1.970.199
11	./ Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 5	7.512.349	7.423.616	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.220.574
12	Einnahmen der laufenden Rechnung	KZ 1,2,8-10./11	33.760.458	33.019.511	32.909.650	31.850.666	33.815.293	33.718.994
13	Nettostellungen beim VWH	KZ 14 - 17	4.669.932	4.699.173	4.982.651	5.388.331	5.166.724	5.189.837
14	innere Verrechnungen	169, 209	1.238.944	1.253.488	1.308.529	1.353.822	1.446.054	1.467.863
15	kalkulatorische Einnahmen	27	1.344.561	1.188.176	1.166.589	1.192.601	1.295.324	1.255.256
16	Zuführungen vom VMH	28	713.909	936.167	1.151.065	1.180.548	1.143.833	1.032.587
17	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.372.517	1.321.342	1.356.468	1.661.360	1.281.512	1.434.131
18	Einnahmen des Verwaltungshaushalts	KZ 11 - 13	45.942.738	45.142.300	45.487.321	45.003.534	46.893.785	47.129.406
19	Rückflüsse von Darlehen	32	90.785	187.989	357.766	265.444	198.403	176.025
20	Veräußerung von Vermögen	33, 340, 345	1.511.789	1.415.645	1.631.200	1.457.636	1.692.115	1.007.324
21	Beiträge und ähnliche Entgelte	35	376.400	335.158	300.009	312.930	277.861	278.564
22	Investitionszuweisungen	KZ 23 - 27	1.949.618	1.587.647	1.632.030	1.606.383	1.784.201	1.781.689
23	vom Land	361	1.733.660	1.370.911	1.430.996	1.415.321	1.553.392	1.548.684
24	vom Bund	360	59.541	55.228	73.693	52.610	72.944	60.248
25	von Gemeinden/GV	362	39.159	45.785	42.791	48.150	37.879	41.225
26	von sonst. öffentl. Bereich	363, 364	5.410	3.788	1.946	2.227	2.345	3.627
27	von nichtöffentlichen Bereich	365 - 368	111.848	111.934	82.604	88.074	117.641	127.904
28	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	370 - 373	16.782	17.782	19.691	39.697	11.370	25.657
29	./ Zahlungen von gleicher Ebene	322, 362, 372	39.664	47.456	48.262	74.938	38.143	52.293
30	Einnahmen der Kapitalrechnung	KZ 19-22,28./29	3.905.710	3.496.765	3.892.434	3.607.152	3.925.807	3.216.967
31	Einnahmen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	347	13.417	10.640	24.511	19.884	20.242	13.441
32	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	30	2.428.754	1.840.737	2.092.235	1.420.079	1.873.224	1.828.703
33	Besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 34 - 36	3.047.792	3.268.543	3.912.910	4.338.392	3.588.694	3.127.688
34	Entnahmen aus Rücklagen	31	585.423	977.266	728.260	1.059.796	892.655	859.146
35	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374 - 378	2.445.757	2.265.328	2.943.396	3.098.303	2.601.994	2.259.451
36	Aufnahme innerer Darlehen	379	16.611	25.949	241.255	180.294	94.046	9.091
37	Einnahmen des Vermögenshaushalts	KZ 29 - 33	9.435.337	8.664.142	9.970.353	9.460.446	9.446.110	8.239.092
38	Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 12, 30	37.666.168	36.516.276	36.802.083	35.457.818	37.741.100	36.935.962
39	Nachrichtlich: bewirtschaftete Fremdmittel	160 aus A14	218	342	390	252	272	344
40	Nettostellungen insgesamt	KZ 13, 31, 32, 39	7.112.321	6.550.892	7.099.787	6.828.546	7.060.462	7.032.325

*1) Stand: Jahr 2002

26. b) Ausgaben der Gemeinden/GV in Nordrhein-Westfalen 2000 - 2005 (Maßeinheit: 1.000 EUR)

KZ	Ausgabeart	Grupp.-Nr. bzw. Rechenoperation *1)	2000	2001	2002	2003	2004	2005
41	Personalausgaben	40 - 46	10.159.471	9.858.702	9.953.866	9.978.423	10.043.033	10.079.792
42	Laufender Sachaufwand	50-66, 675 - 678, 718, 84	10.407.664	10.603.357	10.897.387	11.150.368	11.325.309	11.522.629
43	Zinsausgaben	800 - 808	1.618.690	1.663.047	1.556.015	1.485.187	1.442.173	1.433.300
44	Soziale Leistungen	73 - 79	8.154.837	8.368.929	8.616.130	8.997.556	9.404.912	9.002.905
45	Übrige lfd. Zuweisungen und Zuschüsse	670-674,710-717, 72, 82, 83	9.663.358	9.776.536	9.993.537	10.123.724	10.468.382	10.434.257
46	./.. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 11	7.512.349	7.423.616	7.595.020	7.764.537	7.911.769	8.220.574
47	Ausgaben der laufenden Rechnung	KZ 41 - 45 ./.. 46	32.491.671	32.846.955	33.421.914	33.970.722	34.772.040	34.252.309
48	Nettostellungen beim VWH	KZ 49 - 53	6.384.776	5.603.742	5.923.820	5.627.862	5.896.115	5.985.953
49	innere Verrechnungen	679	1.228.361	1.242.721	1.299.760	1.346.655	1.438.092	1.458.812
50	kalkulatorische Kosten	68	1.344.561	1.188.176	1.166.589	1.192.601	1.295.324	1.255.256
51	Zinsausgaben für innere Darlehen	809	10.583	10.766	8.768	7.167	7.961	9.051
52	Gewerbesteuerumlage	810, 811	1.372.517	1.321.342	1.356.468	1.661.360	1.281.512	1.434.131
53	Zuführungen zum VMH	86	2.428.754	1.840.737	2.092.235	1.420.079	1.873.224	1.828.703
54	Deckung von Sollfehlbeträgen	892	1.434.512	1.422.495	1.938.356	2.705.449	3.417.749	5.031.351
55	Ausgaben des Verwaltungshaushalts	KZ 46 - 48, 54	47.823.308	47.296.809	48.879.111	50.068.570	51.997.673	53.490.188
56	Sachinvestitionen	932, 935, 94	4.112.290	3.864.383	3.809.890	3.427.003	3.460.703	3.231.727
57	Erwerb von Beteiligungen	930	305.773	488.267	228.043	285.149	219.337	283.371
58	Gewährung von Darlehen	92	111.244	166.797	163.682	149.729	224.708	89.323
59	Investitionszuweisungen	98	543.335	579.319	557.556	555.529	526.867	626.016
60	Sonstige Investitionsausgaben	990, 991	1.127	570	715	702	1.452	1.542
61	Schuldentilgung öffentl. Bereich	970 - 973	32.068	35.224	33.071	29.936	26.466	25.189
62	./.. Zahlungen von gleicher Ebene	KZ 29	39.664	47.456	48.262	74.938	38.143	52.293
63	Ausgaben der Kapitalrechnung	KZ 56 - 61 ./.. 62	5.066.174	5.087.104	4.744.694	4.373.110	4.421.391	4.204.875
64	Zuführungen zum VWH	90	713.909	936.167	1.151.065	1.180.548	1.143.833	1.032.587
65	Besondere Finanzierungsausgaben	KZ 66 - 69	3.610.057	3.317.546	4.076.515	3.793.341	3.541.253	3.064.203
66	Zuführung an Rücklagen	91	1.192.962	816.159	1.468.251	853.599	922.849	773.549
67	Schuldentilgung am Kreditmarkt	974 - 978	2.372.092	2.441.662	2.578.731	2.637.846	2.401.702	2.165.146
68	Tilgung innerer Darlehen	979	13.626	36.670	17.568	258.303	175.390	100.998
69	Deckung von Sollfehlbeträgen	992	31.377	23.056	11.965	43.593	41.313	24.511
70	Ausgaben des Vermögenshaushalts	KZ 62 - 65	9.429.804	9.388.274	10.020.536	9.421.936	9.144.620	8.353.958
71	Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	KZ 47, 63	37.557.845	37.934.059	38.166.608	38.343.831	39.193.431	38.457.184
72	Nachrichtlich: Nettostellungen zusammen	KZ 39, 48, 64	7.098.903	6.540.251	7.075.276	6.808.662	7.040.220	7.018.884
73	besondere Finanzierungsausgaben	KZ 54, 65	5.044.569	4.740.041	6.014.871	6.498.790	6.959.002	8.095.555

*1) Stand: Jahr 2002

Quelle: LDS NRW, Informationssystem Finanzstatistik (ISF), Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik